

Linke Gewalt in Berlin

2009 - 2013

IM FOKUS



BERLINER

VERFASSUNGSSCHUTZ

Linke Gewalt in Berlin 2009 - 2013

Herausgeber: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz

Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Telefon 030 90129 – 440
Fax 030 90129 – 844
info@verfassungsschutz-berlin.de
www.verfassungsschutz-berlin.de

Pressestelle

030 90129 – 565

Vertrauliches Telefon

030 90129 – 400 Deutsch/Englisch
030 90129 – 401 Türkisch
030 90129 – 402 Arabisch

Auflage: 1. Auflage
Redaktionsschluss: Oktober 2015

Bildernachweis

Cover: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Seite 5: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Seite 67: lesniewski - Fotolia.com

Die Studie entstand mit freundlicher Unterstützung des Landeskriminalamtes Berlin.

Abdruck gegen Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erbeten.

Diese Druckschrift wird von der Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin herausgegeben. Sie darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Abteilung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

Vorwort



Wer linke Gewalt öffentlich thematisiert, sieht sich regelmäßig einem bemerkenswerten Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Sind es nicht vor allem Islamisten oder Rechtsextremisten, die mit ihren Terrordrohungen oder den fortgesetzten Angriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte unsere Demokratie bedrohen? Ist linke Gewalt demgegenüber nicht ein zu vernachlässigendes Problem, für das ohnehin nur ein paar Jugendliche verantwortlich sind, die bei der Artikulation berechtigter politischer Anliegen ein bisschen über die Stränge schlagen?

Für Berlin sind beide Fragen klar mit Nein zu beantworten. Links motivierte Gewalttaten machten in den letzten Jahren den (zum Teil mit großem Abstand) größten Anteil der politisch motivierten Gewaltdelikte in Berlin aus. Noch klarer wird das Gefährdungspotenzial linker Gewalt, wenn man die Qualität einzelner Taten betrachtet. Dies gilt vor allem, da die überwiegende Anzahl linker Gewalttaten - anders als regelmäßig angenommen - nicht gegen Sachen, sondern gegen Personen gerichtet ist. Polizisten, die in den Hinterhalt gelockt und vorsätzlich auf lebensbedrohliche Weise angegriffen werden, Bewohner und Geschäftsleute, die sich über Monate verbalen und tätlichen Angriffen ausgesetzt sehen, Brandanschläge auf die Deutsche Bahn, die immense Sachschäden und stundenlange Verzögerungen im öffentlichen Nahverkehr zur Folge haben oder auch organisierte Plünderungen und Straßenblockaden sind nur einige Beispiele für kriminelle Handlungen, die mit diffusen Versatzstücken einer linken Ideologie gerechtfertigt werden: Weltverbesserung als Deckmantel für die Lust an der Gewalt und den Hass auf den Staat.

Mit dieser Studie untersucht der Berliner Verfassungsschutz zum zweiten Mal Art und Ausmaß politisch links motivierter Gewalt in Berlin und die vorliegenden Erkenntnisse zu den Verursachern dieser Taten. Damit soll diese Untersuchung auch einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte über linke Gewalt liefern. Während die Ächtung politisch rechts motivierter Gewalt zu einem gesellschaftlichen Konsens geworden ist, steht eine ähnliche Übereinkunft für links motivierte Gewalt nach wie vor aus.

Vor dem Hintergrund der steigenden Fallzahlen und zunehmenden Schwere dieser Gewalttaten ist sie allerdings überfällig. Wer Gewalt zur Durchsetzung seiner wie auch immer begründeten politischen Vorstellungen anwendet, stellt sich klar außerhalb unseres demokratischen Wertekanons. Diese unverrückbare und allen demokratischen Kräften gemeinsame Position noch stärker und öffentlich zu vertreten, ist der erste unabdingbare Schritt zur wirksamen Bekämpfung politisch motivierter Gewalt, gleich welcher Couleur.

Frank Henkel

Senator für Inneres und Sport

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
<hr/>	
1 Einleitung	9
1.1 Fragestellung und Aufbau der Studie	9
1.1.1 Fragestellung	9
1.1.2 Aufbau	10
1.2 Definition des Untersuchungsgegenstandes	10
1.2.1 Begriffe	10
1.2.2 Kategorisierungssystem des polizeilichen Staatsschutzes	10
1.2.3 Abgrenzung zum Linksextremismus-Begriff	12
1.3 Methodik	13
1.3.1 Forschungsdesign	13
1.3.2 Datengrundlage	14
1.3.3 Methodische Probleme	15
<hr/>	
2 Taten	16
2.1 Delikte	17
2.2 Tatort 1: Öffentlicher und privater Raum	21
2.3 Tatort 2: Tat- und Wohnorte	23
2.3.1 Tatorte	23
2.3.2 Wohnorte	25
2.3.3 Linksextremistische Wohn- und Trefforte	28
2.4 Zeiträume linker Gewalt	29
2.4.1 Verteilung nach Jahren und Monaten	29
2.4.2 Verteilung nach Wochentagen	31
2.4.3 Verteilung nach Uhrzeit	31
2.5 Tatmittel und Tatbegehung	32

3 Tatverdächtige	34
3.1 Vorbemerkung	35
3.2 Anzahl der Tatverdächtigen	36
3.3 Geschlecht und Alter	38
3.3.1 Geschlecht	38
3.3.2 Alter	38
3.4 Familienstand und Wohnsituation	40
3.4.1 Familienstand	40
3.4.2 Wohnsituation	40
3.5 Schulbildung und Beruf	41
3.5.1 Formale Bildungsabschlüsse	41
3.5.2 Erwerbstätigkeit	41
3.6 Delinquenz	42
3.7 Hintergründe und Akteure linksextremistischer Gewalt in den Jahren 2009 bis 2013	44
3.7.1 Linksextremistische „Agenda“	45
3.7.2 Gegen „Faschismus“	45
3.7.3 Gegen „Repression“	46
3.7.4 Gegen Umstrukturierung	47
<hr/>	
4 Opfer	49
4.1 Auswahl der Opfer	50
4.2 Gewalt gegen Personen	51
4.2.1 Gewalt gegen Polizeibeamte	51
4.2.2 Gewalt gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten	53
4.2.3 Gewalt gegen (sonstige) Privatpersonen	55
4.3 Gewalt gegen Sachen	55
4.4 Zielrichtung nach Themenfeldern	57

5 Entwicklungen **59**

- 5.1 Vergleich Taten 59
- 5.2 Vergleich Tatverdächtige 60
- 5.3 Vergleich Opfer 61

6 Maßnahmen gegen linke Gewalt **62**

7 Anhang **64**

- Verzeichnis der Abbildungen 64
- Delikte Politisch motivierter Gewaltkriminalität
nach dem Strafgesetzbuch (StGB) 66
- Karte der Berliner Bezirke und Ortsteile 67
- Literaturverzeichnis 68
- Publikationen des Verfassungsschutzes 69

1 Einleitung

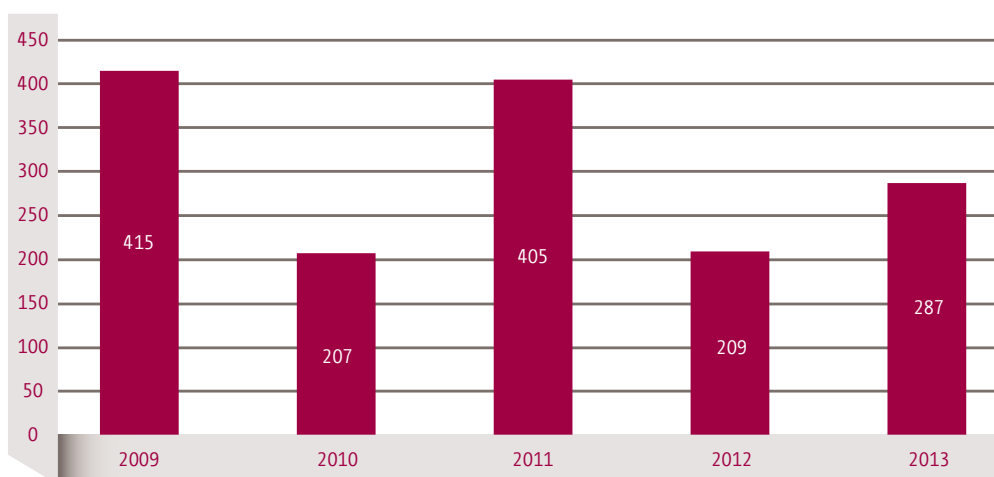
1.1 Fragestellung und Aufbau der Studie

1.1.1 Fragestellung

2009 veröffentlichte der Berliner Verfassungsschutz erstmals eine Studie, die sich empirisch mit politisch links motivierter Gewalt in Berlin auseinandersetzte. Einem Phänomen, das Politik, Gesellschaft und Sicherheitsbehörden auch in den Folgejahren vor immer neue Herausforderungen stellte. Unter qualitativen Gesichtspunkten waren etwa versuchte Morde an Polizisten, Brandanschläge auf Gleise und Bahnanlagen oder die fortgesetzten Attacken gegen Neubauprojekte in verschiedenen Kiezen die negativen Höhepunkte dieser Entwicklung. Aber auch rein quantitativ betrachtet, belegen die Zahlen, dass sich an einem grundsätzlichen Befund des Jahres 2009 nichts verändert hat: Berlin ist in besonderem Maß von linker Gewalt betroffen.

Lagen dieser ersten Linken-Gewalt-Studie 835 in den sechs Jahren zwischen 2003 und 2008 begangene Gewaltdelikte zugrunde, wurden für die vorliegende Fünf-Jahres-Studie 1 523 Delikte ausgewertet, die im Zeitraum von 2009 bis 2013 von der Polizei (Abteilung Staatsschutz beim Landeskriminalamt) als Politisch motivierte Gewaltkriminalität - links bewertet wurden.¹ Vergleicht man diese Zahl mit den 730 Gewaltdelikten des vorausgegangenen Fünf-Jahres-Zeitraums 2004 bis 2008 hat sich die Anzahl linker Gewalttaten in den fünf Folgejahren mehr als verdoppelt.

Abb. 1: Fallzahlen linker Gewalt in Berlin nach Jahren (in absoluten Zahlen)



n = 1 523 (n = Anzahl ausgewerteter Fälle)

Art und Umfang linker Gewalt in Berlin zeigen in eindrucksvoller Weise die Notwendigkeit auf, sich detaillierter mit diesem Problemfeld zu beschäftigen; nicht zuletzt, da sich hinter dem Begriff des „linken Gewaltdelikts“ ein enorm vielschichtiges Phänomen verbirgt. Linke Gewalttaten umfassen verschiedene Deliktarten, ihnen liegen unterschiedliche Motive zugrunde, und es werden verschie-

1 Die politische Motivation einer Gewalttat wird häufig erst im Zuge des entsprechenden Ermittlungsverfahrens erkannt oder umgekehrt auch verneint. Dies führt zu nachträglichen Veränderungen in der polizeilichen Statistik, wodurch die in dieser Studie verwandten Fallzahlen von denen zuvor, insbesondere in den Verfassungsschutzberichten der Jahre 2009 bis 2013 verwandten Fallzahlen abweichen können.

dene Ziele und Opfer an unterschiedlichen Orten angegriffen. Die vorliegende Studie orientiert sich in ihrem Aufbau an der Vorgängerstudie zu „Linker Gewalt in Berlin“ und der Ende 2014 veröffentlichten Studie „Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2012“.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie stehen dabei die Fragen nach dem Ausmaß und den Charakteristika linker Gewalt in Berlin. Mit einer detaillierten Auswertung der vorliegenden Daten über Tatorte, Tatzeitpunkte, Tatverdächtige, Kontextfaktoren und die Opfer linker Gewalt sollen belastbare Aussagen zur Quantität und Qualität linker Gewalt in Berlin getroffen werden. Dabei werden auch Veränderungen und Konstanten im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorgängerstudie aufgezeigt.

1.1.2 Aufbau

Die Studie umfasst folgende Themenblöcke:

Die Kapitel 1.2 und 1.3 widmen sich der Definition des Untersuchungsgegenstandes linke Gewalt und der Methodik der Studie. Aufgrund des empirischen Charakters der Studie wird auf eine Darstellung der theoretischen Debatte zur linken Gewalt weitgehend verzichtet.

In den Kapiteln 2 bis 4 werden die empirischen Daten zu Ausmaß und Charakteristika linker Gewalt in Berlin dargestellt. Kapitel 2 widmet sich den Taten, Kapitel 3 den Tatverdächtigen und Kapitel 4 den Opfern.

Kapitel 5 vergleicht zentrale Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung mit denen der Vorgängerstudie „Linke Gewalt in Berlin 2003 bis 2008“.

Kapitel 6 stellt Maßnahmen gegen linke Gewalt und Linksextremismus in Berlin vor.

1.2 Definition des Untersuchungsgegenstandes

1.2.1 Begriffe

Für eine empirische Analyse des Phänomens „linke Gewalt“ gilt es zunächst, bestimmte begriffliche Kategorien zu klären und voneinander abzugrenzen. Während der Verfassungsschutz gemäß seiner gesetzlichen Bestimmung im Falle (links-)extremistischer Bestrebungen aktiv wird, werden in der Wissenschaft, von anderen Sicherheitsbehörden oder auch in der öffentlichen Debatte Begriffe wie „links“, „linksradikal“ oder „autonom“ für gleiche, aber auch unterschiedliche Aktivitäten und Personenzusammenschlüsse verwendet. Für die vorliegende Studie wurden Gewalttaten herangezogen, die von der Polizei als Delikte des Phänomenbereichs Politisch motivierte Kriminalität - links (PMK - links) bewertet wurden. Aufgrund dieser empirischen Datengrundlage ist die vorliegende Studie notwendigerweise an das Definitionssystem des polizeilichen Staatsschutzes gebunden, deren Sprache und Kategorien für die Empirie maßgeblich sind.

1.2.2 Kategorisierungssystem des polizeilichen Staatsschutzes

Die bundesweit einheitliche Erfassung politisch motivierter Straftaten obliegt dem Meldedienst der Polizei. Fälle politisch motivierter Kriminalität werden von den Polizeibehörden auf der Grundlage eines zum 1. Januar 2001 eingeführten Definitionssystems der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) erfasst. Demnach werden Straftaten als politisch motivierte Kriminalität eingestuft, wenn in der Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie:

1. den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
2. sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder richten,

3. durch Anwendung von Gewalt oder Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen ein Objekt richtet („Hassverbrechen“).²

Unterschieden werden kann dabei zwischen „echten Staatsschutzdelikten“ und „unechten Staatsschutzdelikten“. Als „echte Staatsschutzdelikte“ werden alle Straftaten bezeichnet, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten „klassischen“ Staatsschutzdelikte erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die in den §§ 80 bis 129b des Strafgesetzbuches (StGB) aufgeführten Straftatbestände aus den Bereichen „Friedens- und Hochverrat“, „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“, „Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit“ sowie „Straftaten gegen die öffentliche Ordnung“. Neben diesen „echten Staatsschutzdelikten“ kann die Politisch motivierte Kriminalität aber auch nahezu alle gängigen Straftatbestände („unechte Staatsschutzdelikte“) beinhalten, wenn diese auf der Grundlage des o. a. Definitionssystems Anhaltspunkte dafür liefern.

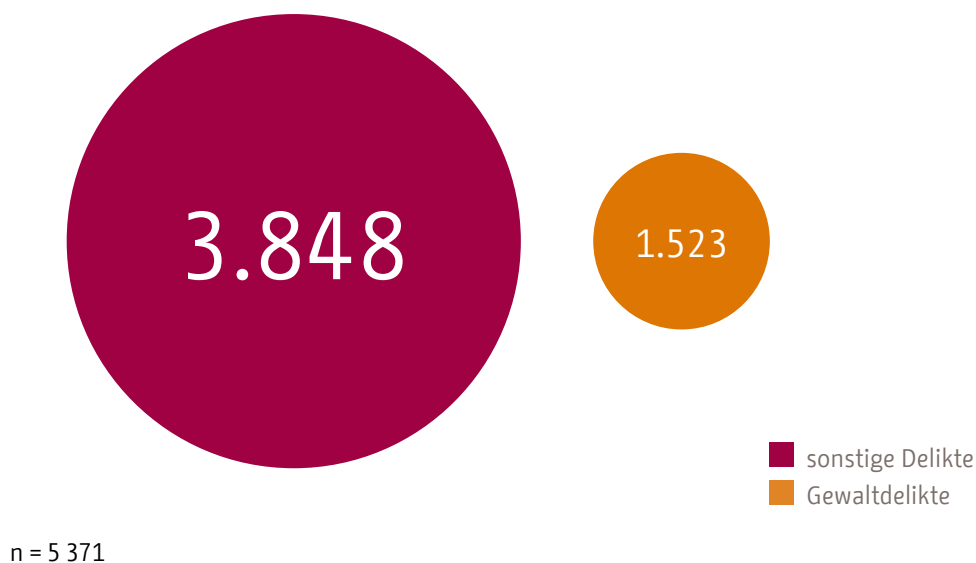
Phänomenbereich PMK - links: Die Politisch motivierte Kriminalität wird zudem nach unterschiedlichen Phänomenbereichen unterschieden: „PMK - links“, „PMK - rechts“, „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ und „Sonstige / Nicht zuzuordnende Kriminalität“³. Die Einordnung in eines dieser Felder der PMK erfolgt auf der Grundlage der ideologischen Hintergründe und Ursachen einer Straftat.

Der PMK - links werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie einer „linken Orientierung“ zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Neben links motivierten Gewaltdelikten zählen hierzu insbesondere Sachbeschädigungen, die den größten Teil der als „sonstige Delikte“ im Bereich links ausgewiesenen Straftaten in der jährlich vom Landeskriminalamt Berlin (LKA) veröffentlichten „Lagedarstellung der politisch motivierten Kriminalität in Berlin“ ausmachen. Insgesamt wurden in den Jahren 2009 bis 2013 5 371 links motivierte Straf- und Gewalttaten begangen; neben 1 523 Gewalttaten (38 %) auch 3 848 „sonstige Delikte“ (72 %).

2 Im Rahmen einer vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz initiierten Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) wird der Bewertung einer Tat als „Hassverbrechen“ zukünftig deutlich mehr Gewicht zufallen. In § 46 StGB, der die Grundsätze der Strafzumessung enthält, wird ausdrücklich die Prüfung „rassistischer, fremdenfeindlicher und sonstiger menschenverachtender“ Beweggründe vorgeschrieben, wodurch auch die frühzeitige Bewertung einer Straftat als „politisch motiviert“ durch die Polizei an Bedeutung gewinnt.

3 Im Bereich „Sonstige / Nicht zuzuordnende Kriminalität“ sind die Fälle enthalten, die keinem der drei sonstigen Phänomenbereiche zugeordnet werden können.

Abb. 2: Überblick PMK - links 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)



Politisch motivierte Gewaltkriminalität: Bei der politisch motivierten Gewaltkriminalität als Teilmenge der PMK ist neben den vier oben genannten Kriterien eine besondere Gewaltbereitschaft des Straftäters zu erkennen. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Delikte des Landfriedensbruches, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte.

Zur Einordnung und Erfassung links motivierter Gewalttaten wurde 2004 vom Bund und von den Ländern ein einheitlicher Themenfeldkatalog beschlossen, der die Umstände einer Tat ebenso wie die Zielrichtung und Motivlage politisch motivierter Taten oder der Täter beschreiben soll. Nach diesem Themenfeldkatalog werden Gewalttaten der PMK - links nach den folgenden Oberbegriffen betrachtet: Ausländer-/Asylproblematik, Antifaschismus, Antiimperialismus, Anarchismus, Antirassismus, Befreiungsbewegung / Internationale Solidarität, Hasskriminalität, Herausragende Veranstaltungen, Innen- und Sicherheitspolitik, Krisenherde / Bürgerkriege, Kernenergie, Kommunismus, Konfrontation / Politische Einstellung, Militär, Menschenrechte, Ökologie / Industrie / Wirtschaft, Politischer Kalender, Sozialpolitik. Um den sich verändernden Lebensumständen und Lageentwicklungen angemessen Rechnung zu tragen, unterliegt dieser Themenfeldkatalog einer ständigen Überprüfung und Weiterentwicklung. Dies gilt nicht nur für die politisch links motivierte Gewaltkriminalität, sondern auch für die sonstigen Delikte der PMK - links. Für die vorliegende Studie wurden 1 523 auf der Grundlage des in den Jahren 2009 bis 2013 geltenden polizeilichen Kriterienkatalogs zur Erfassung links motivierter Gewalttaten erfasste Delikte ausgewertet.

1.2.3 Abgrenzung zum Linksextremismus-Begriff

Vom Begriff der Politisch motivierten Gewaltkriminalität - links zu unterscheiden ist der Begriff der linksextremistischen Gewalt. Wie oben dargestellt umfasst die Definition der PMK - links einen wesentlich weiteren Bereich als den für den Verfassungsschutz entscheidenden Extremismus-Begriff. Während in der Definition der PMK - links von einer „linken“ Orientierung die Rede ist, stellt der Linksextremismus ein qualifizierendes Merkmal dar: „Extremistisch“ sind Bestrebungen dann, wenn sie sich in Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates gegen seine fundamentalen Regeln und Werte richten.⁴ Diese fundamentalen Regeln und Werte, die das Bundesverfassungsgericht 1952 als „freiheitliche demokratische Grundordnung“ definiert hat,⁵ werden von linksextremistischen Bestrebungen negiert.

⁴ Vgl. Backes/Jesse (1996), S. 45; § 5 (2) Verfassungsschutzgesetz Berlin (VSG Bln.). Für einen umfassenden Überblick über verschiedene Konzepte und Theorien der Extremismusforschung vgl. Böttcher / Mares (2012).

⁵ Vgl. BVerfGE 2, 1 ff; BVerfGE 5, 85 ff.

Das zentrale Element dieser Negation liegt in der Verabsolutierung der aufklärerischen Werte von Freiheit und Gleichheit, die von Linksextremisten in explizitem Gegensatz zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und zur repräsentativen Demokratie gestellt werden. Während Kommunisten insbesondere das Ziel einer absolut gleichen Gesellschaft verfolgen, die über den Sozialismus und die „Diktatur des Proletariats“ hin zum vollständig egalitären Kommunismus erreicht werden soll, verabsolutieren Anarchisten die Idee der Freiheit. Der „Staat“ soll abgeschafft und eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ ohne „Fremdbestimmung“ errichtet werden. Ähnlich argumentieren und agieren Autonome, die die Unterordnung unter einen organisierten Willen ebenso kategorisch ablehnen, wie das Repräsentationsprinzip und das staatliche Gewaltmonopol. Für die Arbeit des Verfassungsschutzes sind diese Merkmale von großer Bedeutung, da der Extremismus-Begriff die vom Gesetzgeber vorgegebene Eingriffsschwelle ist. Der Verfassungsschutz konzentriert sich aufgrund seines gesetzlichen Auftrages ausschließlich auf extremistische Bestrebungen.⁶

Der Unterschied zwischen dem von der Polizei verwandten Begriff „links“ und den für den Verfassungsschutz relevanten „linksextremistischen Bestrebungen“ wird auch im Bereich der Straftaten deutlich. Zentraler Maßstab für den Verfassungsschutz ist die Frage, ob die Intention einer Tat beinhaltet, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen. *Linksextremistische* Straftaten lassen sich wie folgt charakterisieren:

Symbolische Straftaten, mit denen auf einen vermeintlichen Missstand aufmerksam und die aus linksextremistischer Perspektive hierfür Verantwortlichen benannt werden sollen;

sabotierende Straftaten, die darauf abzielen, die Funktionsfähigkeit der angegriffenen Institution zu beeinträchtigen;

konfrontative Straftaten, mit denen die direkte oder indirekte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner gesucht wird und

aufwiegelnde Straftaten, die sich an eigene Szeneangehörige und potenzielle Bündnispartner richten und einen Solidarisierungs- und Mobilisierungseffekt erzielen sollen.

Da es sich bei der vorliegenden Studie jedoch um eine empirische Untersuchung handelt, die auf den Daten der Polizei zur PMK - links beruht, werden nachfolgend alle politisch links motivierten Gewalttaten - mit und ohne extremistischem Hintergrund - dargestellt.

1.3 Methodik

1.3.1 Forschungsdesign

Die vorliegende Studie schließt methodisch an die Studie „Linke Gewalt in Berlin 2003 bis 2008“ und die 2014 erschienene Studie „Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2012“ an. Dabei wurde der in diesen beiden Studien verwandte Aufbau grundsätzlich beibehalten⁷, so dass sich auch die vorliegende Studie bei der Analyse linker Gewalttaten auf die folgenden Aspekte konzentriert:

WER?

Welche Merkmale kennzeichnen die Verursacher linker Gewalt (Täterangaben zu Alter, Geschlecht, Wohnort, sozialer Lage, Bildung, Wohnsituation, Gruppenstrukturen) und wer sind die Opfer linker Gewalt in Berlin?

WAS?

Welches Ausmaß und welche Formen hat linke Gewalt in Berlin? Welche Sachverhalte liegen ihr zugrunde und welche Straftatbestände erfüllt sie?

WO?

Wie verteilen sich die Tatorte linker Gewalt in Berlin und die Wohnorte der Tatverdächtigen in den einzelnen Bezirken und Ortsteilen?

⁶ Vgl. zum Begriff der extremistischen Bestrebung § 6 VSG Bln.

⁷ Dieser Aufbau ist eng an die im Jahr 2001 im Auftrag des Bundesministers des Innern entstandene Straftatenstudie von Peucker/Gaßebner/Wahl angelehnt.

WANN?

Zu welchen Tatzeiten wird linke Gewalt ausgeübt (Monate, Wochentage, Uhrzeiten) und wie hoch ist der Einfluss bestimmter Ereignisse oder Termine (z. B. Demonstrationen) hierauf?

WIE?

Auf welche Weise und mit welchen Tatmitteln wird linke Gewalt verübt?

Ergänzt wird die Studie durch ein Vergleichskapitel, in dem Entwicklungen in Bezug auf die erste linke Gewaltstudie des Berliner Verfassungsschutzes dargestellt werden.

Als regionale Studie zum Phänomen linke Gewalt in Berlin wurden ausschließlich Taten betrachtet, die in Berlin stattgefunden haben. Die Studie soll zu gesellschaftlichen Debatten über die Ursachen linker Gewalt und mögliche Gegenstrategien beitragen, ohne die vorliegenden Daten eigenständig in diese Richtung zu interpretieren.

1.3.2 Datengrundlage

Die vorliegende Studie untersucht Politisch motivierte Gewaltkriminalität - links, die zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 31. Dezember 2013 in Berlin begangen wurde. Auf die Einbeziehung der linken Gewalttaten für das Jahr 2014 wurde verzichtet, da sich durch die aufwendige Aufbereitung und Auswertung der entsprechenden Daten der Abstand zwischen dem untersuchten Zeitraum und der Veröffentlichung dieser Broschüre weiter vergrößert und sie dadurch an Aktualität eingebüßt hätte.

Bei den untersuchten Daten zu den Gewalttaten handelt es sich um die Fälle, die in diesem Zeitraum im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) als links motivierte Gewalttaten registriert wurden. Diese Fallzählung erfolgte verdachtsbezogen und unabhängig davon, wann, ob und mit welchem Ergebnis ein Ermittlungsverfahren abgeschlossen wurde. Da es sich bei der Datengrundlage um Ermittlungsverfahren handelt, ist die vorliegende Studie eine Tatverdächtigenanalyse.

Insgesamt wurden 1 523 Gewalttaten analysiert. Je nach Fragestellung und in Abhängigkeit der hierzu zur Verfügung stehenden Daten wurden im Folgenden für die auf Tatmerkmale abstellenden Auswertungen bis zu 1 523 Datensätze verwandt. Bei den Aussagen über die Tatverdächtigen linker Gewalt ist zu berücksichtigen, dass zu einer Gewalttat entweder kein, ein oder mehrere Tatverdächtige ermittelt wurden. 920 Gewalttaten mit unbekanntem Tatverdächtigen stehen 603 Fälle linker Gewalt gegenüber, in denen Tatverdächtige ermittelt werden konnten. Insgesamt gab es bei diesen 603 Fällen 974 namentliche Feststellungen, darunter 873 verschiedene Tatverdächtige. Bei 31 Taten lagen Angaben zu den Tatverdächtigen vor, ohne dass diese namentlich bekannt waren.⁸ Die Anzahl der Datensätze, die zu dem jeweils untersuchten Indikator verwertbare Informationen enthielt und hierfür ausgewertet werden konnte, variiert demnach (zum Teil stark) und ist in jeder der nachfolgenden Grafiken enthalten bzw. dem dazugehörigen Text aufgeführt.

Die geographische Zuordnung einer Gewalttat zum Land Berlin erfolgte allein aufgrund des Tatortes. Linke Gewalttaten, die von in Berlin wohnhaften Personen außerhalb des Landes Berlin begangen wurden, sind somit nicht in die Analyse eingeflossen. Aussagen über mögliche Verbindungen von linker Gewalt mit dem Phänomen des Linksextremismus wurden auf der Grundlage der dem Berliner Verfassungsschutz vorliegenden Informationen über die linksextremistische Szene in Berlin getroffen.

⁸ Ein Beispiel hierfür wären Zeugenaussagen, nach denen für eine Tat drei Täter verantwortlich waren. Hier lägen Angaben zur Anzahl der Täter und zur Gruppenstruktur, nicht jedoch zum Geschlecht oder Alter vor.

1.3.3 Methodische Probleme

Aus wissenschaftlicher Sicht muss berücksichtigt werden, dass bei Erhebung der Datengrundlage nicht wissenschaftliche, sondern polizeiliche Kriterien angewandt wurden:

Bei den polizeilichen Ermittlungsverfahren stehen im Hinblick auf ein sich hieran anschließendes gerichtliches Verfahren juristische Kategorien im Vordergrund und nicht sozialwissenschaftliche. Daher wurden nur in Ausnahmefällen sozialwissenschaftlich interessante Punkte, wie etwa die soziale Herkunft der Tatverdächtigen, erfragt. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich dabei um Daten handelt, die von den Tatverdächtigen im Rahmen einer Vernehmung freiwillig gemacht werden können. Aufgrund eines äußerst restriktiven Aussageverhaltens linker/linksextremistischer Gewalttäter sind die Datenmengen für repräsentative Aussagen in sozialwissenschaftlichen Fragen nicht repräsentativ.

Da die vorliegende Studie auf dem Meldesystem PMK beruht, basieren die Daten auf einem frühen Erkenntnisstand im Ermittlungsverfahren. Es handelt sich um eine Tatverdächtigenanalyse, nicht um eine Täteranalyse.

Die Studie umfasst nur polizeilich bekannt gewordene Straftaten. Da das Anzeigeverhalten der Bevölkerung Schwankungen unterliegt, ist das Dunkelfeld nur schwer abschätzbar. Allerdings dürfte dieses Dunkelfeld kleiner als bei vielen anderen Kriminalitätsphänomenen sein; insbesondere, da die Polizei häufig selber das Ziel linker Gewalt ist. Viele Delikte richten sich zudem gegen Behörden und Unternehmen, die nicht zuletzt aufgrund gesetzlicher Verpflichtung oder aus Versicherungsgründen zur Anzeige von Straftaten verpflichtet sind.

2 Taten

Empirische Befunde

Deliktstruktur 1: 95 % der politisch links motivierten Gewalttaten in Berlin verteilten sich auf vier Deliktarten: Landfriedensbruch (29 %), Körperverletzungsdelikte (28 %), Brandstiftungen (25 %) und mit einigem Abstand Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (13 %). Dabei schwankten die Anteile der Delikte in den einzelnen Jahren zum Teil sehr stark. Am Auffälligsten: Der Anteil der jährlichen Brandstiftungen verringerte sich von 2009 bis 2013 um zwei Drittel, Körperverletzungsdelikte verdoppelten sich nahezu.

Deliktstruktur 2: Mehr als die Hälfte aller linken Gewalttaten (52 %) stand im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen (Demonstrationen, Kundgebungen etc.). Im Jahr 2013 stieg der Anteil demonstrationsbezogener Delikte sogar auf 72 %.

Tatort 1: Nahezu neun von zehn (86 %) linken Gewalttaten wurden im öffentlichen Straßenland verübt. Im Vergleich zur Vorgängerstudie fällt vor allem ein gestiegener Anteil von Straftaten an Wohngebäuden und auf Firmengeländen auf (von 4 % auf 7 %).

Tatort 2: Linke Gewalt konzentriert sich auf bestimmte Regionen der Stadt. 58 % aller linken Gewalttaten wurden in den drei Ortsteilen Friedrichshain (24 %), Kreuzberg (21 %) und Mitte (13 %) begangen. 2013 veränderte sich die regionale Verteilung linker Gewalt stark. Mit Hellersdorf und Oberschöneweide fanden die zweit- und drittmeisten Straftaten in diesem Jahr in bis dahin kaum von linker Gewalt betroffenen Ortsteilen statt.

Wohnort: Etwa drei Viertel (74 %) der insgesamt 873 verschiedenen namentlich ermittelten Tatverdächtigen wohnten in Berlin. Weitere 6 % der Tatverdächtigen kamen aus Brandenburg, 16 % verteilten sich auf andere Bundesländer, ohne dass bestimmte regionale Schwerpunkte festzustellen waren. Die Berliner Tatverdächtigen wohnten vor allem in den Ortsteilen Neukölln (19 %), Friedrichshain (17 %) und Kreuzberg (14 %).⁹

Tatort-Wohnort: Die Ortsteile Friedrichshain und Kreuzberg waren sowohl Wohnorte eines großen Anteils linker Gewalttäter als auch als Tatorte stark von linker Gewalt betroffen. Neukölln war vor allem Wohnort linker Gewalttäter, Mitte Tatort linker Gewalt. Allerdings spielte die direkte Nähe zum eigenen Wohnumfeld nur eine untergeordnete Rolle bei der Begehung von Straftaten. So wohnten nur 15 % der namentlich ermittelten Tatverdächtigen „gegen rechts“ gerichteter Gewalttaten im Tatort-Bezirk.

Tatzeit 1: Die jährlichen Zahlen linker Gewalttaten waren starken Schwankungen unterworfen. Unterschieden nach Monaten war der Mai mit insgesamt ca. 20 % der verübten Gewalttaten der weiterhin am stärksten von linker Gewalt betroffene Monat. Allerdings ging die Bedeutung des Monats Mai für das Gesamtaufkommen linker Gewalttaten deutlich zurück. 2013 wurden nur noch 14 % der Taten im Mai verübt.

⁹ Die Daten zu den Wohnorten der Tatverdächtigen an dieser Stelle (und nicht im Kapitel 3 („Tatverdächtige“) vorzustellen und auszuwerten, ist der Orientierung am Aufbau der Vorgängerstudie und der Vergleichbarkeit der dort ausgewerteten Daten mit den Ergebnissen der aktuellen Studie geschuldet.

Tatzeit 2: 70 % der linken Gewalttaten wurden zwischen 18:00 Uhr und 6:00 Uhr begangen. Dabei zeichneten sich zwei Schwerpunkt-Intervalle ab: der Endzeitpunkt vieler Demonstrationen zwischen 18:00 Uhr und 22:00 Uhr (29 % der Taten) und zwischen 0:00 Uhr und 4:00 Uhr (25 % der Taten), als vor allem Brandstiftungsdelikte verübt wurden (61 % der in diesem Zeitintervall begangenen Gewalttaten).

Tatmittel: 42 % der linken Gewalttaten wurden ohne jedes Tatmittel verübt. In 25 % der Fälle wurde mit Flaschen, Steinen oder Wurfgegenständen auf spontan beschaffte Tatmittel zurückgegriffen. Bei 21 % der Delikte wurden Brandmittel benutzt.

Interpretation

Heterogenes Phänomen: Linke Gewalt in Berlin hat viele Facetten, deren deliktspezifische, räumliche und zeitliche Schwerpunkte sich verändern. Brandstiftungsdelikte, das Geschehen rund um den 1. Mai oder auch der sich verstärkende Widerstand gegen rechtsextremistische Veranstaltungen in der Nähe von Flüchtlingsheimen sind nur drei Beispiele für den Einfluss bestimmter Entwicklungen auf die Dynamik bei der sicherheitspolitischen Bewertung und öffentlichen Wahrnehmung linker Gewalt.

Agendabezogenheit: Linke Gewalt sucht in den meisten Fällen politische Bedeutung und wird politisch gerechtfertigt. Nicht selten sind es daher einzelne Ereignisse im Jahresverlauf, die das Gesamtbild linker Gewalt prägen: 2010 eine eskalierende kapitalismuskritische Demonstration im Juni, 2011 die Räumung eines Szeneobjektes in der Friedrichshainer Liebigstraße im Februar oder in der gesamten zweiten Jahreshälfte 2013 die Proteste gegen fremdenfeindliche Aktivitäten in Hellersdorf.

Verdichteter Raum: In Berlin existiert mit der Region Nord-Neukölln, Kreuzberg und nördliches Friedrichshain ein verdichteter Raum linker Gewalt, in dem Wohn- und Tatorte der PMK - links mit Wohn- und Trefforten von Linksextremisten korrelieren. Hier hat sich offensichtlich ein soziales Umfeld etabliert, in dem die Übergänge zwischen linken Gewalttätern und Linksextremisten fließend sind.

Friedlicherer 1. Mai: Die Bedeutung des 1. Mai für das gesamte Ausmaß linker Gewalt in Berlin war rückläufig. In den sinkenden Anteilen der rund um den 1. Mai begangenen Gewalttaten spiegelt sich die generelle Befriedung des 1. Mai ebenso wider, wie eine zunehmende Diversifizierung des Demonstrationsgeschehens im Hinblick auf Themen und Veranstaltungsorte.

Dominanz spontaner Taten: Das Gros der linken Gewalttaten in Berlin war nicht das Ergebnis umfangreicher Planungen, sondern beruhte auf situativen Entwicklungen zumeist im Zusammenhang mit Demonstrationen. Gleichwohl gab es einzelne Gewalttaten, wie die wiederholten Angriffe auf Polizeibeamte oder die Brandanschläge auf Bahnanlagen, in denen sich die besondere Qualität offenkundig detailliert vorbereiteter linker Gewalt offenbarte.

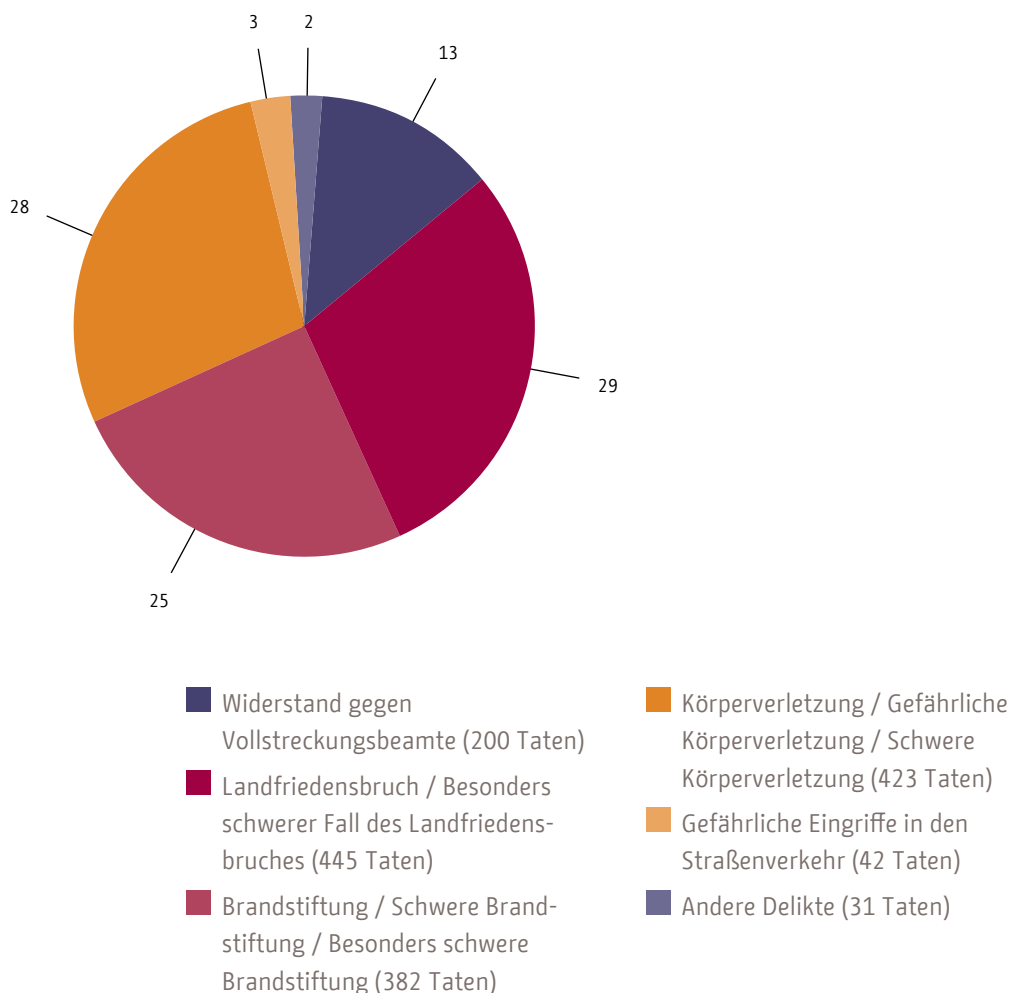
2.1 Delikte

Insgesamt werden 37 Strafrechtsnormen der Kategorie Politisch motivierte Gewaltkriminalität zugeordnet, darunter so unterschiedliche Delikte wie Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315 b StGB) und Mord (§ 211 StGB).¹⁰ In den fünf Jahren zwischen 2009 und 2013 wurden elf versuchte Morde und zwei versuchte Totschlagsdelikte als politisch links motiviert eingeordnet. Mehr als 60 % dieser Delikte (acht von dreizehn) richteten sich gegen Polizisten.

10 Vgl. den abschließenden Katalog der „Delikte Politisch motivierter Gewaltkriminalität“ im Anhang.

Den Schwerpunkt linker Gewalt in Berlin bildeten jedoch vier Deliktarten: Landfriedensbruch, Körperverletzungen, Brandstiftungen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Verstieß ein Tatverdächtiger gegen mehrere Strafrechtsnormen wurde das jeweils schwerwiegendste Delikt gezählt (maßgeblich für die Schwere ist das Strafmaß im Strafgesetzbuch). Sachbeschädigungen wie eingeworfene Fensterscheiben oder politisch motivierte Schmierereien wurden nicht als Gewaltdelikte gezählt.

Abb. 3: Anteil einzelner Delikte 2009 bis 2013 (in Prozent)



n = 1 523

Mit einem Anteil von 29 % an den insgesamt 1 523 linken Gewalttaten handelte es sich bei den meisten Delikten um Landfriedensbruch / Schweren Landfriedensbruch. Den ungefähr gleichen Anteil (28 %) machten Körperverletzungsdelikte (einfache, gefährliche und schwere Körperverletzung) aus, gefolgt von den Delikten Brandstiftung und schwere Brandstiftung, die ein Viertel der Taten (25 %) ausmachten. Bei 13 % der Delikte handelte es sich um Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, 3 % betrafen gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr und jeweils weniger als 1 % machten Mord / Totschlag, Raub / Erpressung / Räuberische Erpressung und Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, und Luftverkehr aus.

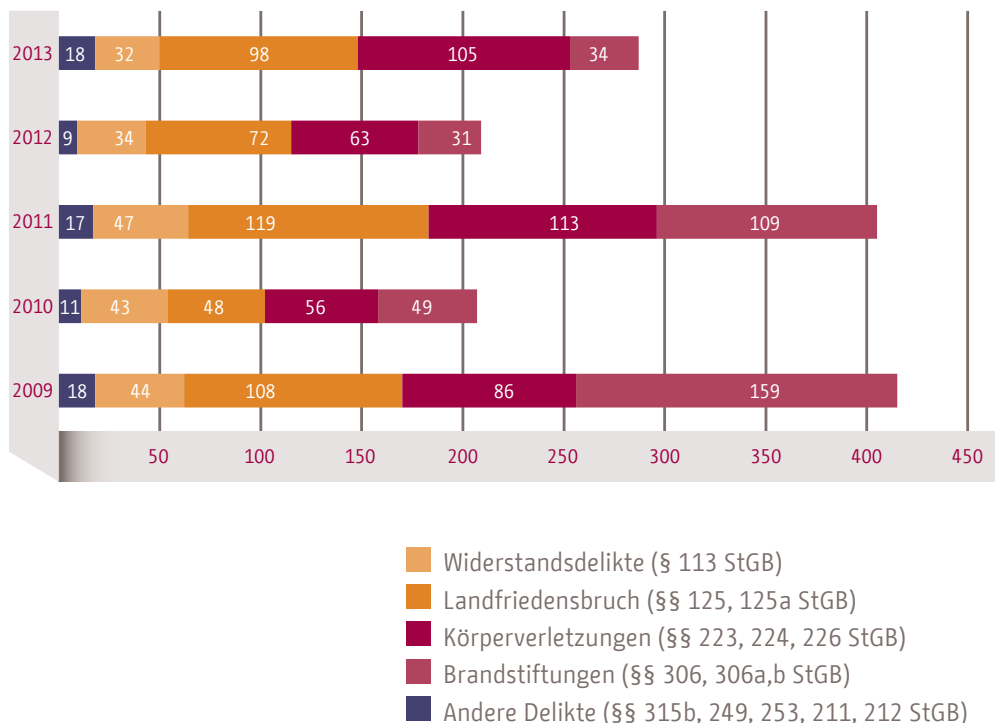
Fallbeispiel: Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr

Quantitativ waren die letztgenannten Fälle politisch motivierter Gewalt des Eingriffes in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr zwischen 2009 und 2013 zwar zu vernachlässigen, allerdings sorgten insbesondere die Brandstiftungen an Verteilerkästen der Deutschen Bahn im Mai 2011 und im Mai 2013 für enorme Sachschäden und führten zum Teil zu massiven Beeinträchtigungen des öffentlichen Nahverkehrs. In diffus antikapitalistischen Bekennerstreifen, die mit den Namen isländischer Vulkane unterzeichnet waren, betonten die Verfasser, mit ihren Aktionen vor allem alltägliche Funktionsabläufe stören zu wollen. Obwohl ihnen dies zweifellos gelang, zogen diese Straftaten vor allem Unverständnis und breiten öffentlichen Unmut nach sich. Auch in der linksextremistischen Szene ernteten sie Kritik.

Während sich die Anteile der Landfriedensbruchs- (28 % zu 29 %) und Körperverletzungsdelikte (30 % zu 28 %) im Vergleich zur Vorgängerstudie „Linke Gewalt in Berlin 2003 bis 2008“ kaum verändert haben, hat sich der Anteil der Brandstiftungen deutlich verringert (von 32 % auf 25 %). Demgegenüber hat sich der Anteil der Widerstandsdelikte (§ 113 StGB) nahezu verdoppelt (von 7 % auf 13 %). Berücksichtigt man, dass diese Widerstandsdelikte häufig in Verbindung mit schwerwiegenderen Delikten begangen werden, dürfte deren Gesamtzahl sogar noch höher sein.

Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Jahren zwischen 2009 und 2013 fallen vor allem zwei Entwicklungen ins Auge. Die Anzahl der als politisch motiviert bewerteten Brandstiftungsdelikte sank von 159 im Jahr 2009 auf 34 im Jahr 2013. Machten diese Delikte 2009 noch 38 % aller linken Gewalttaten aus, sank deren Anteil kontinuierlich auf schließlich 12 % im Jahr 2013. Gegenteilig verlief die Entwicklung im Bereich der Körperverletzungsdelikte. 86 Körperverletzungen im Jahr 2009 stehen 105 entsprechende Delikte im Jahr 2013 gegenüber. Damit hat sich deren Anteil am jährlichen Gesamtaufkommen der Gewalttaten von 21 % im Jahr 2009 auf 37 % 2013 nahezu verdoppelt.

Abb. 4: Deliktarten nach Jahren (in absoluten Zahlen)

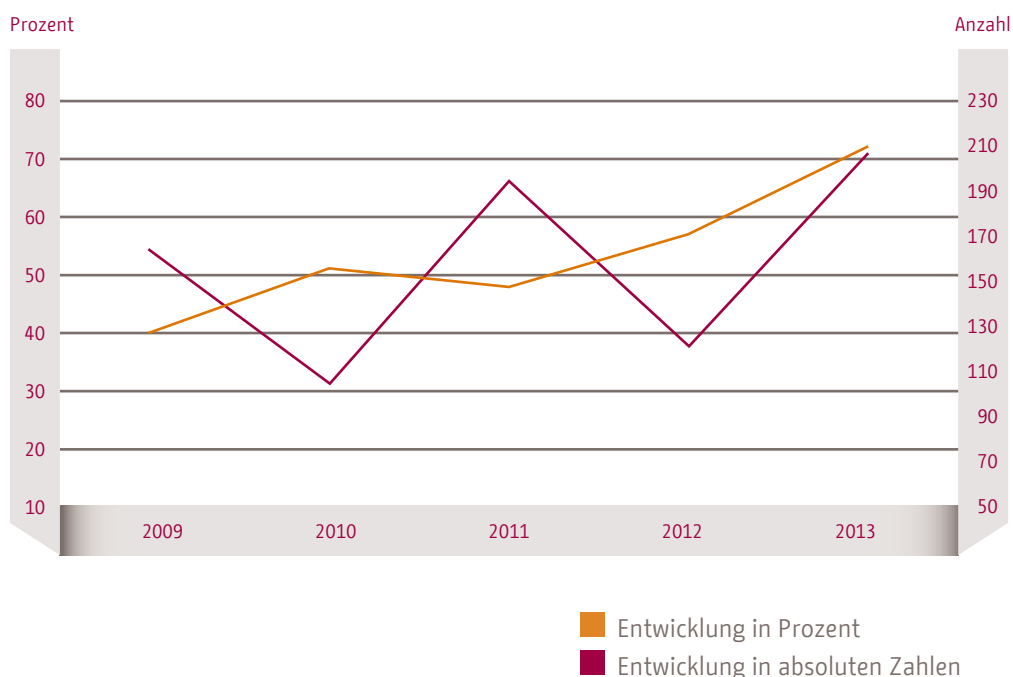


Besondere Aufmerksamkeit verdient schließlich die Entwicklung im Bereich der Delikte Mord und Totschlag. Wurde im Zeitraum der Vorgängerstudie 2003 bis 2008 lediglich in zwei Fällen wegen versuchten Totschlags ermittelt, wurden in den Jahren 2009 bis 2013 insgesamt 13 entsprechende Ermittlungsverfahren geführt, elf davon wegen versuchten Mordes.

Eine Mehrheit aller linken Gewaltdelikte (52 %, 789 von 1 523 Delikten) ereignete sich zwischen 2009 und 2013 im Zusammenhang mit Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen. Diese „Demonstrationsbezogenheit“ wurde bei der vorliegenden Untersuchung bewusst weit gefasst, um Gewalttaten bei angemeldeten und nicht angemeldeten Demonstrationen, bei eindeutig links-extremistischen Aufzügen, im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Protesten und auch bei Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Aufzügen berücksichtigen zu können. Darüber hinaus wurden sowohl Delikte einbezogen, die sich im Verlauf von Demonstrationen ereigneten als auch solche, die während des Zu- und Abstroms zu entsprechenden Veranstaltungen begangen wurden.

Im Vergleich zur Vorgängerstudie hat sich der bereits hohe Anteil von im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen begangenen Gewalttaten (44 %) nochmals erhöht. Der Anstieg des Anteils demonstrationsbezogener Delikte wird noch deutlicher, wenn man die einzelnen Jahre des Untersuchungszeitraumes der vorliegenden Studie betrachtet. Betrug dieser Anteil 2009 noch 40 %, wurden 2013 knapp drei Viertel (72 %) aller linken Gewalttaten im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen.

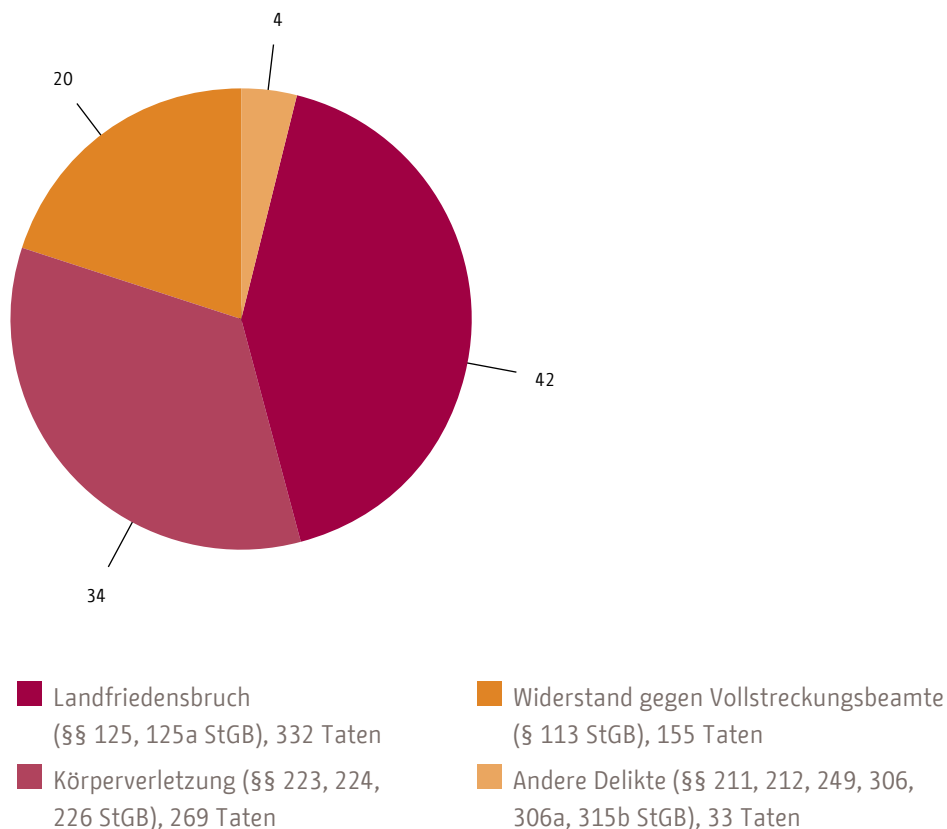
**Abb. 5: Entwicklung demonstrationsbezogener Gewalttaten nach Jahren
(in Prozent und in absoluten Zahlen)**



Dies ist eine Entwicklung, die mit einer generellen Zunahme des Demonstrationsgeschehens einherging, wofür die rechtsextremistisch motivierten Proteste gegen neue Flüchtlingsunterkünfte einen entscheidenden Faktor darstellten. Diese Veranstaltungen, vor allem die regelmäßig im Bezirk Marzahn-Hellersdorf abgehaltenen Kundgebungen und Demonstrationen sogenannter „Bürgerinitiativen“, waren von einer Vielzahl von Gegendemonstrationen begleitet. Diese Gemengelage führte regelmäßig zu wechselseitigen Provokationen und zu Straftaten gegen Teilnehmer der rechtsextremistischen Veranstaltungen sowie gegen Polizeibeamte. War Marzahn-Hellersdorf in den Jahren 2009 bis 2012 lediglich ein- bis zweimal jährlich Tatort linker Gewalt, ereigneten sich 2013 insgesamt 66 linke Gewalttaten in diesem Bezirk (vgl. 2.3.1).

Diese Entwicklung schlug sich auch in der Deliktstruktur demonstrationsbezogener linker Gewalttaten nieder, die sich von der oben dargestellten Verteilung der Delikte bei der Gesamtheit der Taten (Abb. 3) unterscheidet. Bei den am häufigsten begangenen Delikten im Zusammenhang mit Demonstrationen handelt es sich um Fälle des Landfriedensbruchs bzw. besonders schwere Fälle des Landfriedensbruchs (42 %), gefolgt von Körperverletzungsdelikten (34 %) und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (20 %). Auffällig im Vergleich zur Vorgängerstudie ist ein gesunkener Anteil der Landfriedensbruchsdelikte (- 8 Prozentpunkte), bei einem gleichzeitigen Anstieg von Fällen des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte (+ 8 Prozentpunkte). Die Struktur demonstrationsbezogener Delikte weicht damit weniger als noch in der Vorgängerstudie von der Gesamtdeliktstruktur ab. Eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf den gestiegenen Anteil demonstrationsbezogener Delikte an der Gesamtzahl linker Gewalttaten zurückzuführen ist.

Abb. 6: Deliktstruktur Demonstrationen 2009 bis 2013 (in Prozent)



n = 789

2.2 Tatort 1: Öffentlicher und privater Raum

Eine sozialräumliche Analyse linker Gewalttaten kann Aufschlüsse über Intentionen und Kontextfaktoren einer Tat geben. Dabei geht es nicht alleine um eine Verortung von Gewalttaten in einer Straße oder einem Stadtteil, sondern auch um die Frage, in welchem räumlichen Umfeld eine Tat stattgefunden hat. Zur Interpretation der Gewalttaten ist es wichtig zu wissen, ob die Tat im öffentlichen Raum (also prinzipiell für jeden beobachtbar) oder in privaten Räumen begangen wurde. Für die Analyse wurde dabei zwischen drei abstrahierten Räumen differenziert, die sich hinsichtlich der Zugangsbeschränkungen unterscheiden:

- 1. Privater Raum (PR):** Zum privaten Raum haben nur Personen Zugang, die dort ihren unmittelbaren Lebensschwerpunkt haben oder, im Falle von Gewerberäumen bzw. Firmengelände, Eigentümer oder die dort Beschäftigten (z. B. Wohnung, Arbeitsplatz).

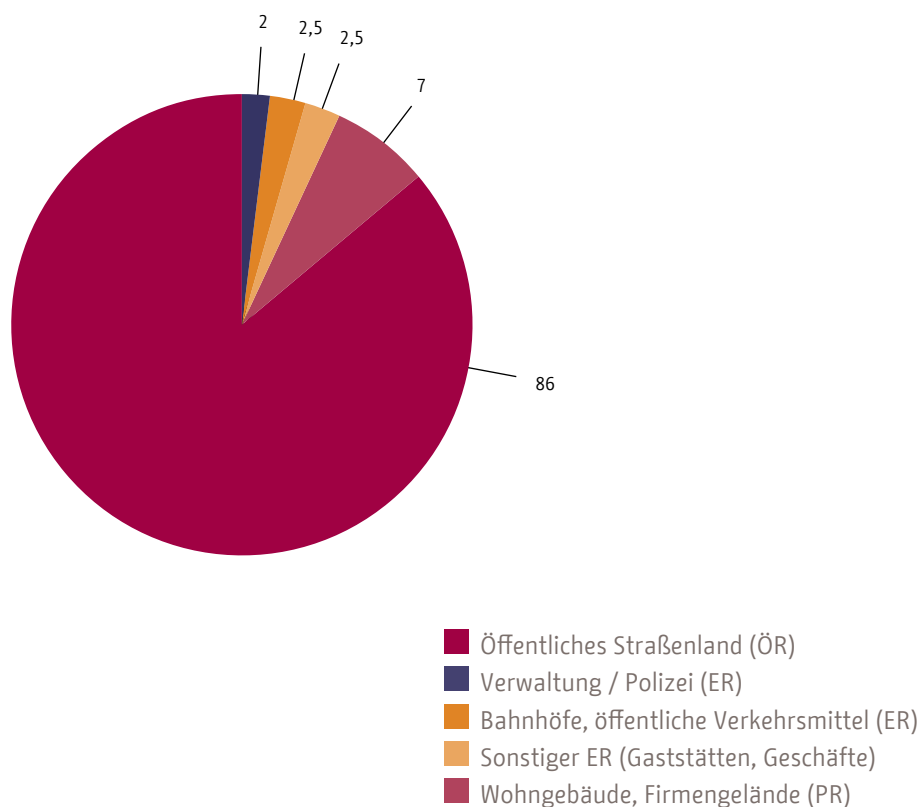
2. Eingeschränkter öffentlicher Raum (ER): Der eingeschränkte öffentliche Raum unterliegt dem Hausrecht eines Eigentümers oder Betreibers und ist zu bestimmten Zwecken jedem zugänglich (z. B. Bahnhöfe, öffentliche Verkehrsmittel, Gaststätten, Veranstaltungsräume).

3. Öffentlicher Raum (ÖR): Der öffentliche Raum zeichnet sich durch unbeschränkte Zugangsmöglichkeiten aus. Hierzu zählt vor allem das öffentliche Straßenland.

Auf der Grundlage dieser Kategorisierung zeigt sich, dass linke Gewalt in erster Linie im öffentlichen Raum stattfindet. 86 % der linken Gewalttaten ereigneten sich im öffentlichen Straßenland, in Parks oder auf allgemeinem Freigelände. Ein Ergebnis, in dem sich in erster Linie der hohe Anteil demonstrationsbezogener Delikte widerspiegelt.

7 % der Taten fanden im eingeschränkten öffentlichen Raum statt, wobei sich diese Taten nahezu gleichmäßig auf Bahnhöfe bzw. Bahnsteige, auf Geschäfte bzw. Gaststätten und auf Verwaltungs- und Polizeigebäude verteilen. Die Anteile von Gewalttaten im öffentlichen und im eingeschränkt öffentlichen Raum stimmen damit weitgehend mit den Ergebnissen der Vorgängerstudie überein.

Abb. 7: Tatorte 2009 bis 2013 (in Prozent)



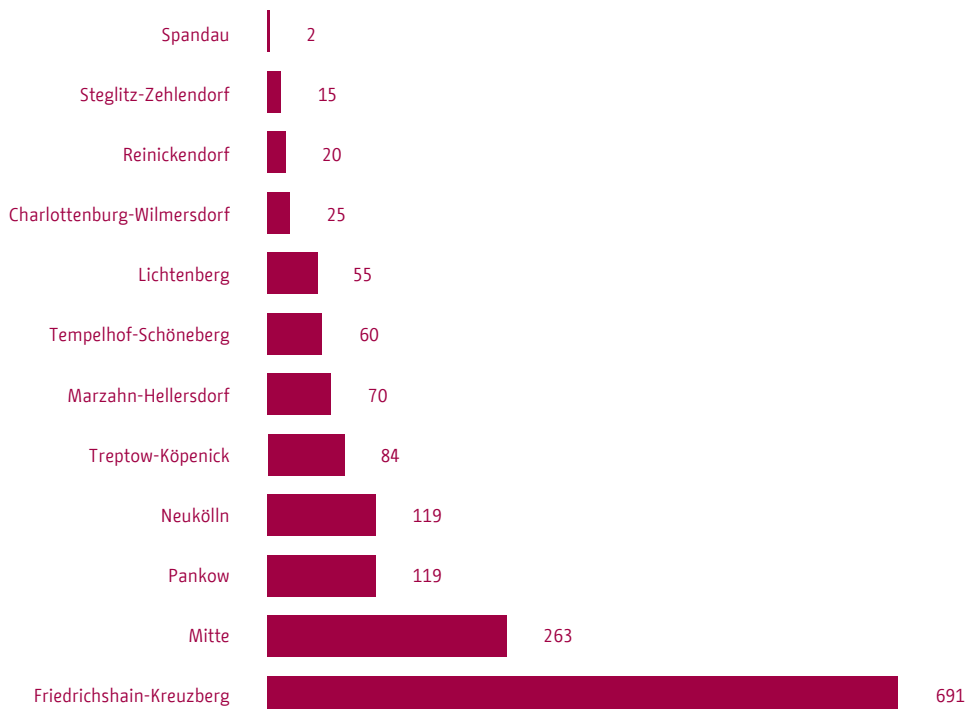
n = 1 521

Angestiegen im Vergleich zur Vorgängerstudie ist hingegen der Anteil linker Gewalttaten am bzw. im privaten Raum, der sich mit 7 % im Vergleich zum Zeitraum 2003 bis 2008 (4 %) nahezu verdoppelte. Auf die einzelnen Jahre des Untersuchungszeitraumes bezogen, wird diese Entwicklung noch deutlicher. War der private Raum zwischen 2009 und 2011 zu durchschnittlich 6 % von linken Gewalttaten betroffen, erhöhte sich der Anteil in den Jahren 2012 und 2013 auf durchschnittlich 10 %. Vor allem Baustellen und privater Wohnraum waren hiervon betroffen - Taten, die offensichtlich auch Ausfluss der wachsenden Bedeutung des Themas „Gentrifizierung“ für die linke / linksextremistische Szene waren.

2.3 Tatorte 2: Tat- und Wohnorte

2.3.1 Tatorte

Abb. 8: Tatorte nach Bezirken 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)

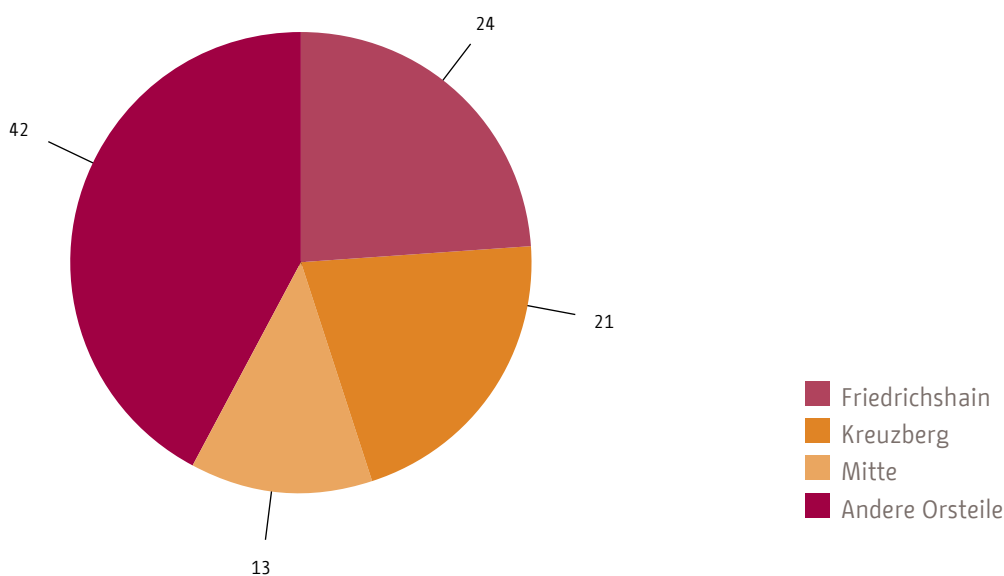


n = 1 523

In der Zuordnung der Gewalttaten nach Bezirken zeichnet sich ein eindeutiger geographischer Schwerpunkt linker Gewalt in Berlin ab. Mit 46 % aller Delikte wurde knapp die Hälfte der linken Gewalttaten in den Jahren 2009 bis 2013 im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg begangen.

Damit hat sich der bereits in der Vorgängerstudie ausgewiesene hohe Anteil linker Gewalttaten in diesem Bezirk (35 %) nochmals erhöht. Mit deutlichem Abstand folgen die Bezirke Mitte, Neukölln und Pankow, in denen sich 17 % (Mitte) bzw. 8 % (Neukölln und Pankow) der linken Gewalttaten ereigneten. In Marzahn-Hellersdorf (5 %) und Treptow-Köpenick (6 %) geht das Gros der Taten auf Delikte zurück, die im Zusammenhang mit Protesten gegen rechtsextremistische Veranstaltungen im Jahr 2013 begangen wurden.

Als aufschlussreich erweist sich auch ein Blick auf die Ebene unterhalb der Bezirke. Hier wird die Konzentration linker Gewalt auf bestimmte Regionen in Berlin noch deutlicher. Mehr als die Hälfte (869 von 1 520, 58 %) aller in den Jahren 2009 bis 2013 erfassten linken Gewalttaten wurden in lediglich drei der insgesamt 92 Berliner Ortsteile begangen.

Abb. 9: Tatorte nach Ortsteilen 2009 bis 2013 (in Prozent)

n = 1 520

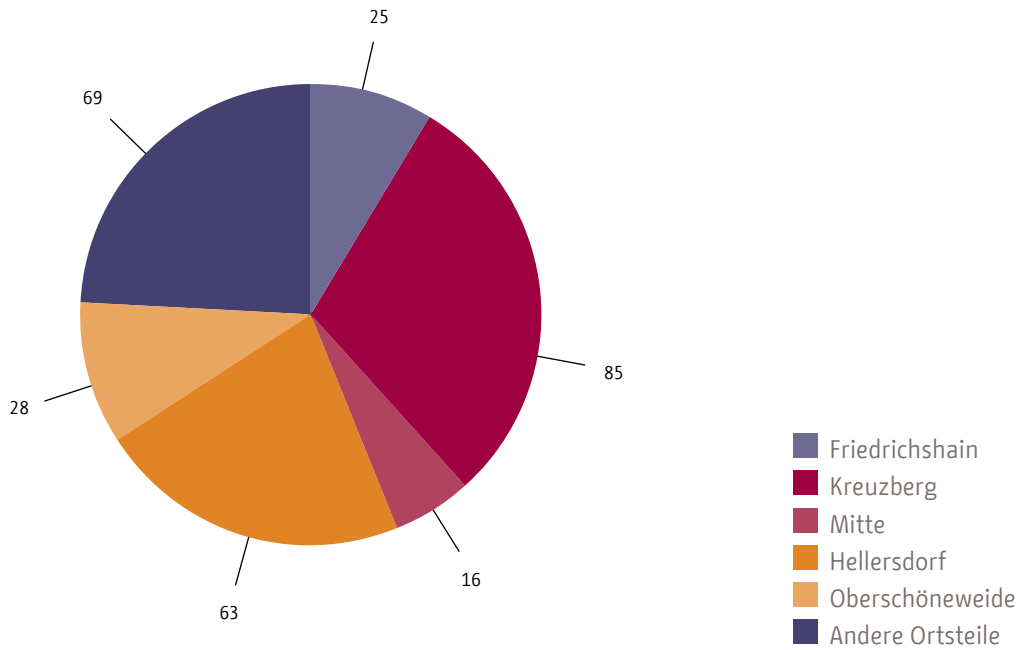
Der Ortsteil Friedrichshain war mit 357 Gewalttaten (24 %) am stärksten betroffen, gefolgt von den Ortsteilen Kreuzberg mit 321 Taten (21 %) und Mitte, wo 191 Gewalttaten (13 %) begangen wurden. Damit verfestigte sich die bereits in der Vorgängerstudie festgestellte Konzentration linker Gewalt auf einige wenige Regionen in Berlin. Insbesondere Friedrichshain (24 % gegenüber 19 %) und Kreuzberg (21 % gegenüber 17 %) waren in den Jahren 2009 bis 2013 noch stärker von linker Gewalt betroffen als im zuvor untersuchten Zeitraum 2003 bis 2008.

Eine gegenläufige Entwicklung lässt sich hingegen im Ortsteil Prenzlauer Berg feststellen. Ereigneten sich dort im Zeitraum der Vorgängerstudie 2003 bis 2008 noch 12 % aller linken Gewalttaten in Berlin, sank dieser Anteil in den Jahren 2009 bis 2013 auf durchschnittlich 7 %. In den Jahren 2011, 2012 und 2013 war der Rückgang noch gravierender. In diesen drei Jahren wurden in Prenzlauer Berg durchschnittlich weniger als 4 % der berlinweit festgestellten linken Gewalttaten begangen.

Eine nach Jahren aufgeschlüsselte Betrachtung der Betroffenheit der einzelnen Berliner Ortsteile zeigt schließlich die Bindung linker Gewalt an bestimmte „Großereignisse“. 2011 wurden allein im Ortsteil Friedrichshain 150 (37 %) von insgesamt 405 linken Gewalttaten begangen. Eine Vielzahl davon allein im Monat Februar und im Zusammenhang mit der Räumung eines linken Szeneobjektes in der Liebigstraße 14 im Friedrichshainer Nordkiez.

Ein wesentlich uneinheitlicheres Bild zeigt hingegen die regionale Verteilung linker Gewalttaten im Jahr 2013. In diesem Jahr ereigneten sich die meisten Fälle linker Gewalt in Kreuzberg (85 Taten, 30 %), von denen wiederum mehr als ein Drittel (29 Taten) im Zusammenhang mit einer Mitte Februar 2013 durchgeführten Zwangsräumung in der Lausitzer Straße standen. Nach Kreuzberg folgen 2013 die Ortsteile Hellersdorf mit 63 linken Gewalttaten (22 %) und Oberschöneweide mit 28 Taten (10 %).

Abb. 10: Tatorte nach Ortsteilen 2013 (in absoluten Zahlen)



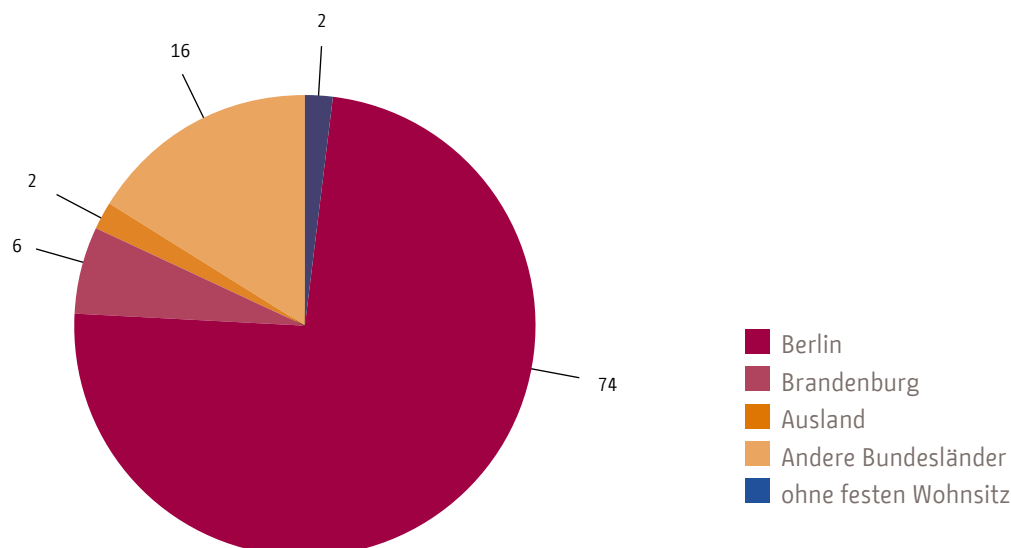
n = 286

Während die Taten in Hellersdorf nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit rechtsextremistisch motivierten Protesten gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft standen, fanden die meisten Taten in Oberschöneeweide am Rande einer NPD-Demonstration am 1. Mai statt. In beiden Ortsteilen ereigneten sich 2013 mehr Taten als in Friedrichshain, dem zwischen 2009 und 2012 am häufigsten von linker Gewalt betroffenen Ortsteil.

2.3.2 Wohnorte

Neben den Tatorten ist auch der Wohnort der Tatverdächtigen ein wichtiger Indikator bei der Bewertung linker Gewalt in Berlin. Die Wohnortanalyse bezieht sich auf die Angaben, die die Tatverdächtigen bei ihrer Festnahme gemacht haben, beziehungsweise die Anschriften, die von den Polizeidienststellen ermittelt wurden. In der Regel handelte es sich hier um die Meldeanschriften der Tatverdächtigen, unabhängig von deren tatsächlichem Aufenthalt.

Insgesamt lagen zu 873 namentlich verschiedenen Tatverdächtigen Angaben zur Wohnanschrift vor.

Abb. 11: Wohnorte der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)

n = 873

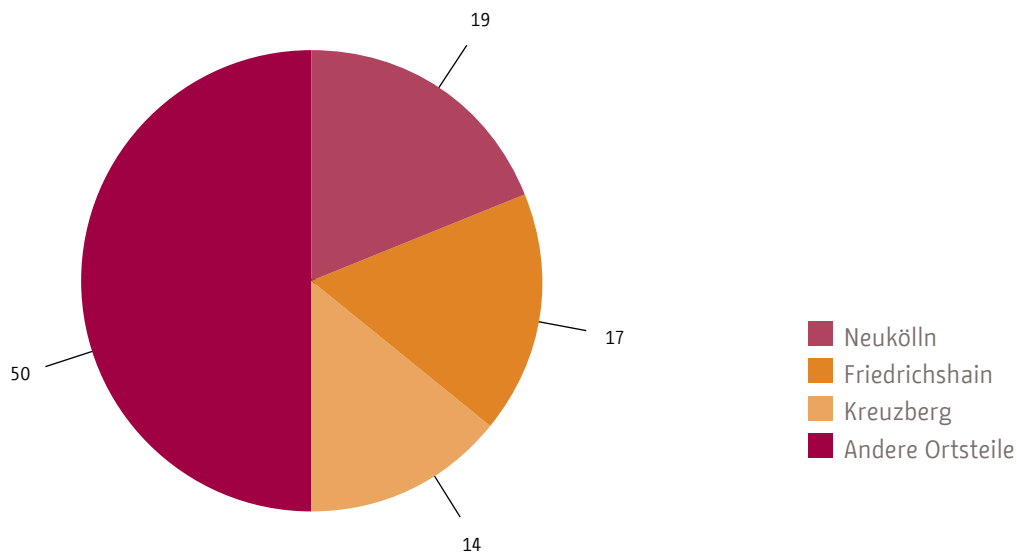
Drei Viertel der Tatverdächtigen (74 %) waren in Berlin gemeldet, 6 % in Brandenburg, 16 % in einem der 14 anderen Bundesländer und je 2 % der Tatverdächtigen kamen aus dem Ausland bzw. waren zum Tatzeitpunkt ohne festen Wohnsitz.

Damit entspricht der Anteil Berliner Tatverdächtiger exakt dem in der Vorgängerstudie festgestellten. Linke Gewalt in Berlin geht damit weiterhin vor allem von Ortsansässigen aus. Rückläufig war der Anteil Brandenburger Tatverdächtiger (von 10 % auf 6 %), bei einem gleichzeitigen Anstieg der Tatverdächtigen aus anderen Bundesländern (von 13 % auf 16 %) und aus dem Ausland (von 1 % auf 2 %), wobei sich keine lokalen Schwerpunkte außerhalb Berlins erkennen ließen.

Die insgesamt 648 Berliner Tatverdächtigen verteilen sich etwa zur Hälfte auf die beiden Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg (202 Tatverdächtige, 31 %) und Neukölln (132 Tatverdächtige, 20 %). 49 % der Tatverdächtigen hatten ihren Wohnsitz in einem der anderen zehn Berliner Bezirke, von denen in Mitte (73 Personen, 11 %) und Pankow (72 Personen, 11 %) die meisten Tatverdächtigen, in Steglitz-Zehlendorf (10 Personen, 2 %) und Spandau (8 Personen, 1 %) dagegen die wenigsten Tatverdächtigen wohnhaft waren.

Unterhalb der Bezirksebene verteilen sich die Berliner Tatverdächtigen zu 50 % auf die drei Ortsteile Neukölln (19 %), Friedrichshain (17 %) und Kreuzberg (14 %). Die zweite Hälfte der Berliner Tatverdächtigen verteilt sich auf die übrigen 89 Berliner Ortsteile, ohne das hier bestimmte Ortsteile überproportional betroffen waren. Verglichen mit der Vorgängerstudie wohnten zwischen 2009 und 2013 mehr Tatverdächtige in Neukölln (19 % statt zuvor 17 %) und Kreuzberg (14 % statt zuvor 11 %). Im Ortsteil Prenzlauer Berg hingegen - zwischen 2003 und 2008 noch Wohnort von 11 % der Tatverdächtigen - wohnten zwischen 2009 und 2013 hingegen nur noch insgesamt 40 Tatverdächtige, was einem Anteil von etwa 5 % entspricht.

Abb. 12: Wohnorte der Berliner Tatverdächtigen nach Ortsteilen 2009 bis 2013 (in Prozent)

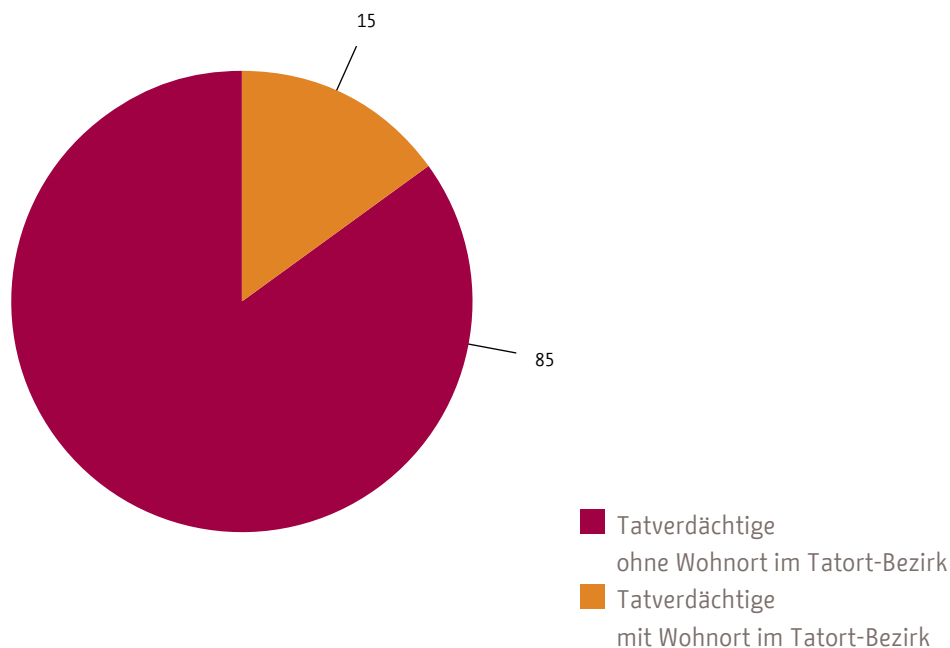


n = 648

Ein Vergleich mit den Tatorten linker Gewalt zeigt, dass in Friedrichshain und Kreuzberg sowohl ein großer Anteil der Tatverdächtigen linker Gewalttaten wohnte als auch beide Ortsteile Schwerpunkttatorte linker Gewalt in Berlin waren. Demgegenüber ragte Neukölln nur als Wohnort heraus, wohingegen Mitte zwar stark von linker Gewalt betroffen war, jedoch ohne zugleich Wohnort einer größeren Anzahl an Tatverdächtigen gewesen zu sein.

Ohnehin zeigt eine detailliertere Betrachtung der Befunde zu den Tat- und Wohnorten linker Gewalt in Berlin, dass die vermeintliche Kongruenz von Tatorten und Wohnorten Tatverdächtiger linker Gewalt geringer ausfällt, als vermutet. So zeigt sich zunächst bei einer gesonderten Betrachtung des Wohnortes der Tatverdächtigen nach linken Gewalttaten ohne Demonstrationsbezug und solchen mit Demonstrationsbezug, dass bei demonstrationsbezogenen Gewalttaten der Anteil Nicht-Berliner Tatverdächtiger mit knapp 30 % etwa ein Drittel höher war als bei Gewalttaten ohne Demonstrationsbezug, deren Tatverdächtige zu 21 % nicht in Berlin wohnhaft waren. Ein Befund, der allerdings auch insofern nachvollziehbar ist, als dass für viele Veranstaltungen der linken / linksextremistischen Szene überregional und über einen längeren Zeitraum hinweg geworben wurde, um auch eine entsprechend große Anzahl Nicht-Berliner hieran teilnehmen zu lassen.

**Abb. 13: Verortung der Tatverdächtigen bei Gewalttaten „gegen rechts“ 2009 bis 2013
(in Prozent)**



n = 214

Überraschender ist hingegen der Befund im Bereich „gegen rechts“ gerichteter Straftaten. Hier galt lange die These, dass bei diesen Gewalttaten dem Schutz des „eigenen Reviers“ vor Rechtsextremisten eine zentrale Rolle zufällt.

Tatsächlich waren allerdings nur 15 % der namentlich bekannten Tatverdächtigen der „gegen rechts“ begangenen Gewalttaten in den Jahren 2009 bis 2013 auch in dem Bezirk wohnhaft, in dem sie die Straftat begangen hatten. Zwar ist hier zu berücksichtigen, dass bei ca. 53 % der „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten kein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte, gleichwohl lässt das obige Ergebnis doch den Schluss zu, dass weniger der Schutz des „eigenen Reviers“ als vielmehr die Möglichkeit des Aufeinandertreffens mit Rechtsextremisten - gleich an welchem Ort der Stadt - ursächlich für eine Vielzahl dieser Gewalttaten war.¹¹ Diese Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner eröffnete sich insbesondere bei „gegen rechts“ gerichteten (Groß-)Demonstrationen, auf die etwa ein Drittel der „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten im Untersuchungszeitraum zurückzuführen war.

2.3.3 Linksextremistische Wohn- und Trefforte

Im folgenden Abschnitt werden die Befunde zu den Tatorten linker Gewalt und den Wohnorten der Tatverdächtigen mit den Erkenntnissen, die dem Berliner Verfassungsschutz zu linksextremistischen Bestrebungen in Berlin vorliegen, abgeglichen. Insbesondere da politisch motivierte Gewalt, neben beispielsweise der Mitgliedschaft in bestimmten Personenzusammenschlüssen oder dem Wahlverhalten, nur eine Ausdrucksform des politischen Extremismus darstellt, drängt sich die Frage auf, inwieweit die regionalen Schwerpunkte linker Gewalt mit Wohn- und Trefforten von Linksextremisten in Berlin korrespondieren. Kurz: Inwieweit und ggf. in welchen Gegenden der Stadt existieren verdichtete / gemeinsame Räume linker Gewalt und des Linksextremismus?

¹¹ Dessen ungeachtet kommt den lokalen „Antifa“-Strukturen nach wie vor eine ungebrochen große Bedeutung zu, die sich vor allem in den Angriffen auf lokale Rechtsextremisten oder deren Wohn- und Trefforte in den Kiezen zeigt.

Im Bereich der Wohnorte zeigen sich zunächst große Übereinstimmungen zwischen Linksextremisten und linken Gewalttätern. 36 % der Berliner Linksextremisten sind im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gemeldet, weitere 28 % in Neukölln. Mit weitem Abstand folgen die Bezirke Mitte (15 %), Pankow (6 %) und Lichtenberg (5 %). Insbesondere in bestimmten Regionen innerhalb der Ortsteile Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln hat sich in den vergangenen Jahren offensichtlich ein soziales Umfeld etabliert, in dem sowohl linke Gewalttäter als auch Linksextremisten leben und politisch agieren.

Der hohe Grad dieser räumlichen Verdichtung von linker Gewalt und linksextremistischen Aktivitäten in den drei Ortsteilen Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln wird untermauert durch die Anzahl der dort befindlichen Szenetrefforte. Hierbei handelt es sich um Orte, die regelmäßig von Linksextremisten frequentiert werden. Dazu zählen sowohl öffentlich zugängliche, nicht nur von Linksextremisten besuchte Gaststätten als auch Trefforte mit informellen oder expliziten Zugangsbeschränkungen. Auch hier zeigt sich eine besondere Konzentration im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, wo sich knapp die Hälfte der Trefforte befindet, wobei etwa doppelt so viele Trefforte im Ortsteil Kreuzberg zu verorten sind. Eine nennenswerte Anzahl an Trefforten befindet sich auch im Bezirk Neukölln, wo sie ausschließlich in der Region Nord-Neukölln zu finden sind. Neben diesen beiden Schwerpunkt-Bezirken finden sich auch in Pankow viele von Linksextremisten besuchte Trefforte, die sich auf die Ortsteile Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow verteilen. In anderen Bezirken finden sich nur vereinzelt linksextremistische Trefforte.

Speziell im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg korrelieren damit noch stärker als in der Vorgängerstudie die verdichteten Räume der PMK - links mit denen der linksextremistischen Szene in Berlin. Die breite Übereinstimmung von Wohn-, Treff- und Tatorten linker Gewalt bzw. linker Gewalttäter und Linksextremisten ist ein starkes Indiz für ein gemeinsames soziales Umfeld linker Gewalttäter und Linksextremisten in Friedrichshain-Kreuzberg. In keiner anderen Regionen Berlins ist eine derartige Konzentration festzustellen.

Zwar existiert im Norden Berlins - Wedding, Pankow, Weißensee - eine weitere Region, in der sich eine nennenswerte Zahl insbesondere an Trefforten Berliner Linksextremisten befindet. Allerdings waren diese Ortsteile bislang weder überdurchschnittlich von linker Gewalt betroffen, noch sind sie Wohnort eines besonders großen Anteils linker Gewalttäter bzw. von Linksextremisten. Ein ähnlich uneinheitliches Bild bieten die Regionen Nord-Neukölln und Mitte. Nord-Neukölln ist zwar Wohn- und Treffort einer Vielzahl von Linksextremisten und linken Gewalttätern, jedoch kaum als Tatort von linker Gewalt betroffen. Berlin-Mitte hingegen war vor allem als Tatort von linker Gewalt betroffen, ohne gleichzeitig Wohn- und Treffort linker Gewalttäter oder von Linksextremisten zu sein. Diese Beispiele zeigen, dass polizeilich festgestellte linke Gewalt einerseits und die für den Verfassungsschutz relevanten linksextremistischen Bestrebungen zwar Schnittmengen besitzen, aber eben nicht deckungsgleich sind.

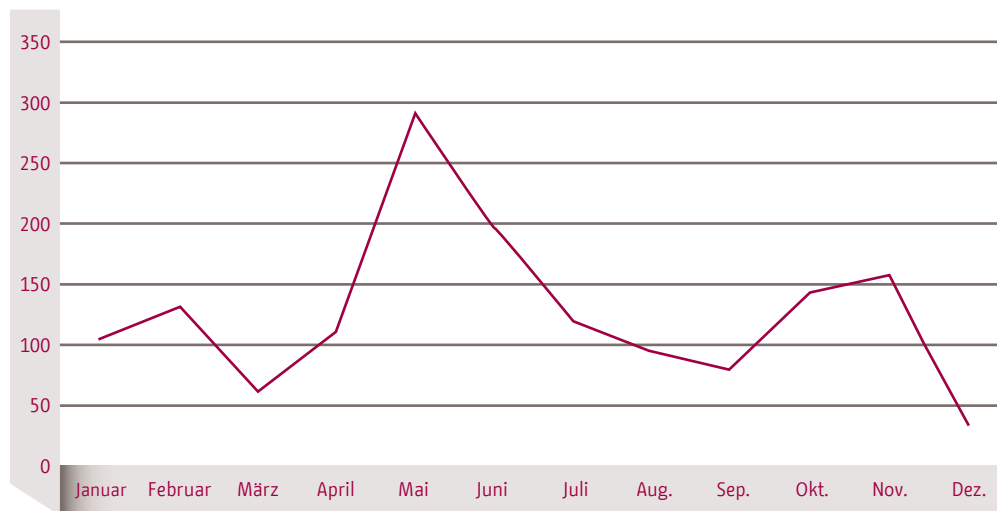
2.4 Zeiträume linker Gewalt

2.4.1 Verteilung nach Jahren und Monaten

Ähnlich wie bei den geographischen Räumen ergeben sich auch hinsichtlich der zeitlichen Verteilung linker Gewalttaten Schwerpunkte. Unterschieden nach Jahren lässt sich anhand der Gesamt-Fallzahlen linker Gewalt in den Jahren 2009 bis 2013 (Abb. 1) zunächst keine eindeutige Entwicklung erkennen. In den Jahren 2009 und 2011 waren die Fallzahlen nahezu doppelt so hoch wie in den Jahren 2010 und 2012. Zwar gab es bestimmte Szene-Großereignisse, die diese Zahlen beeinflusst haben, tatsächlich greift jede monokausale Begründung für die Entwicklung der jährlichen Fallzahlen politisch motivierter Gewalt jedoch zu kurz. Vielmehr spielen hierbei Anzahl und Ausrichtung öffentlicher Veranstaltungen, die Zusammensetzung der Teilnehmer an diesen Veranstaltungen oder auch strukturelle und ideologische Entwicklungen innerhalb der Szene eine Rolle. Hinzu kommt auf der anderen Seite die Wahrnehmung insbesondere öffentlicher Veranstaltungen durch die Polizei und das daran geknüpfte Anzeigeverhalten.

Ein aussagekräftigeres Bild liefert die Aufschlüsselung linker Gewalttaten nach Monaten. Insgesamt war in den Jahren 2009 bis 2013 der Monat Mai mit 290 Gewalttaten (ca. 20 % aller linken Gewalttaten) der am stärksten betroffene Monat. Dabei waren nach wie vor vor allem die jährlichen (Gewalt-)Rituale rund um den 1. Mai - angefangen bei der Walpurgisnacht am 30. April, über die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ am 1. Mai um 18 Uhr, bis in die Morgenstunden des 2. Mai - hierfür verantwortlich. Mit 74 % wurden knapp drei Viertel der linken Gewalttaten im Mai in den ersten 48 Stunden des 1. und 2. Mai begangen.

Abb. 14: Linke Gewalttaten nach Monaten 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)



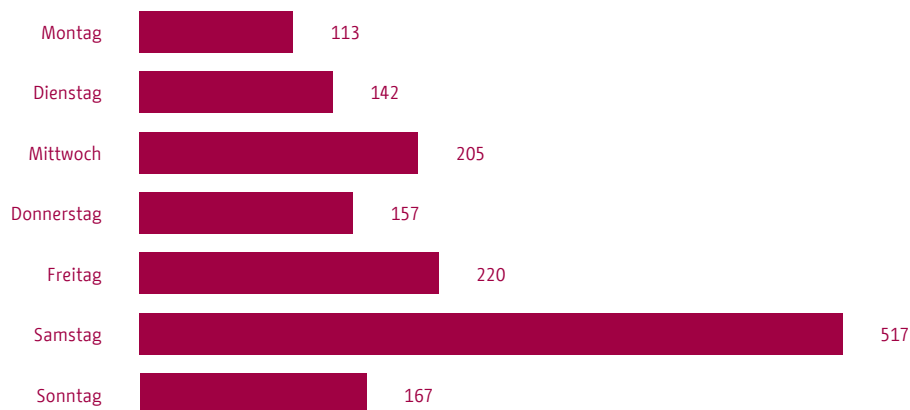
n = 1 519

Die vorliegenden Zahlen zeigen allerdings auch, dass der Mai zwischen 2009 und 2013 - und hier insbesondere die Geschehnisse rund um den 1. Mai - von immer geringerer Bedeutung für die Zahl der Gesamtstraftaten im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität links geworden sind. Betrug der Anteil der Mai-Gewalttaten in den Jahren 2009 bis 2011 im Durchschnitt noch 22 %, waren es in den Jahren 2012 und 2013 nur noch durchschnittlich 16 %. Eine Entwicklung, die mit der allgemeinen Befriedung der Ereignisse rund um den 1. Mai, aber auch mit der Verlagerung der Aktions-schwerpunkte und des Demonstrationsgeschehens auf andere Bereiche bzw. in andere Regionen zusammenhängt.

Beispielhaft hierfür stehen die für das Jahr 2013 vorliegenden Daten, in denen im einzigen Jahr zwischen 2009 und 2013 nicht im Mai die meisten Gewalttaten verübt wurden (40 Taten), sondern im Februar (50 Taten), gefolgt von den Monaten Oktober (49 Taten) und August (42 Taten). Während die meisten der im Februar begangenen Taten im Zusammenhang mit einer Zwangsräumung in Kreuzberg und einer gewalttätigen Demonstration gegen den Polizeikongress standen, wurde die überwiegende Mehrheit der Taten im August und Oktober 2013 im Zusammenhang mit einem neu eröffneten Flüchtlingsheim in Hellersdorf begangen. Gentrifizierung und der „Kampf gegen rechts“ waren die dominierenden Kampagnenthemen dieses Jahres, was sich auch in den Aktivitäten der Szene niederschlug.

2.4.2 Verteilung nach Wochentagen

Abb. 15: Linke Gewalttaten nach Wochentagen 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)



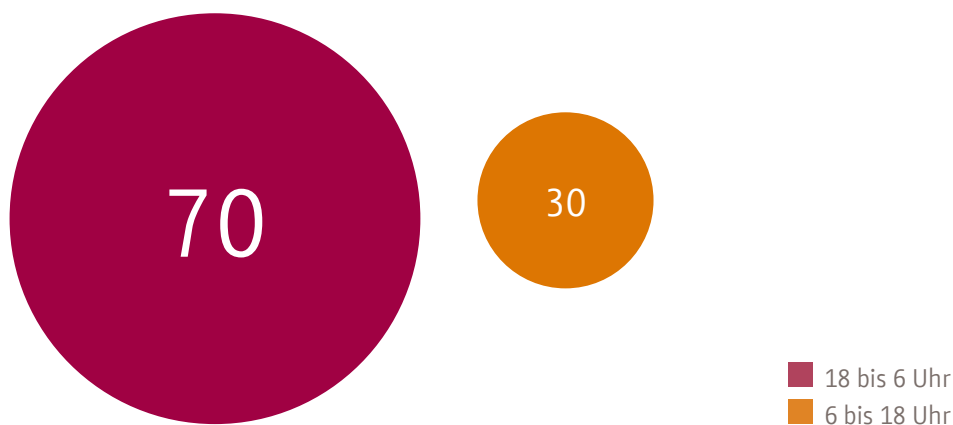
n = 1 521

Unterschieden nach Wochentagen ragte zwischen 2009 und 2013 der Samstag mit einem Anteil von 34 % der Taten, die an diesem Tag begangen wurden, heraus. Ursächlich hierfür dürften vor allem zwei Aspekte gewesen sein. Zum Einen die Tatsache, dass samstags eine Vielzahl von Demonstrationen stattfand und zum Anderen der Zusammenhang bestimmter Taten mit dem Freizeit- und Ausgehverhalten der zumeist jugendlichen Tatverdächtigen. Letzteres wird dadurch gestützt, dass auf den Tatzeitraum des Wochenendes - Freitag bis Sonntag - mit 60 % knapp zwei Drittel aller linken Gewalttaten entfielen.

2.4.3 Verteilung nach Uhrzeit

Der Zusammenhang von linken Gewalttaten und Freizeitverhalten wird auch durch die Verteilung der Gewalttaten nach der Uhrzeit gestützt. Mehr als zwei Drittel der linken Gewalttaten (1 046 Taten, 70 %) wurde in den Abendstunden oder in der Nacht (zwischen 18:00 Uhr und 6:00 Uhr) begangen. Demgegenüber fielen nur ca. 30 % der Taten (449) in die Tageszeit zwischen 6:00 Uhr und 18:00 Uhr.

Abb. 16: Linke Gewalttaten nach Uhrzeit 2009 bis 2013 (in Prozent)



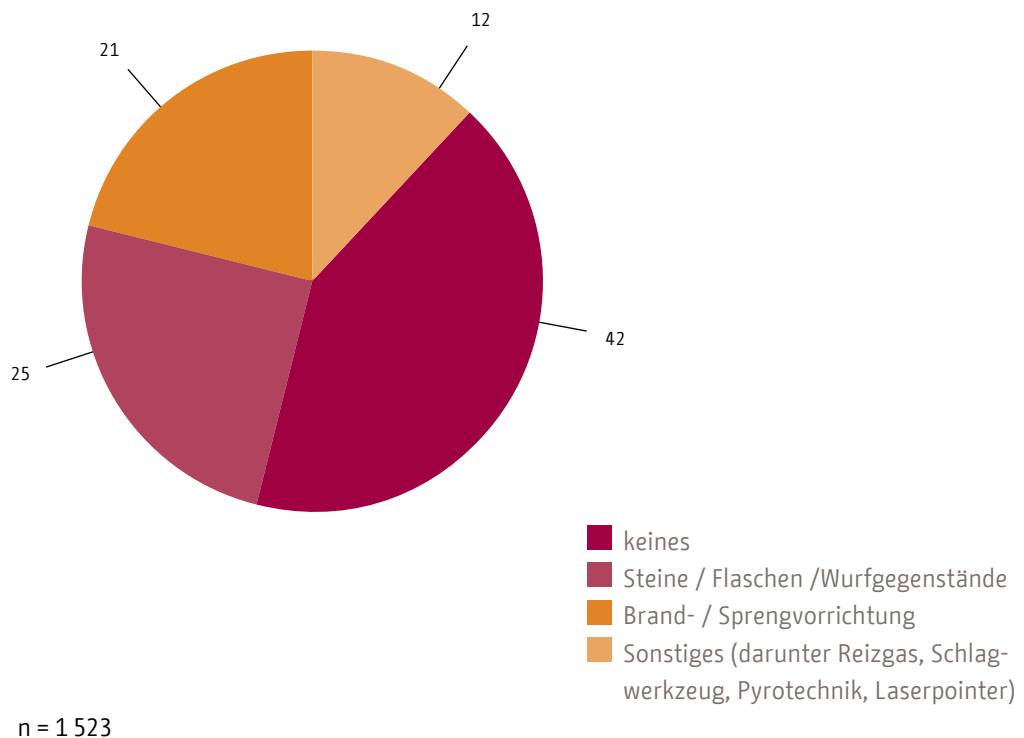
n = 1 495

Unterschieden nach Zeitintervallen waren vor allem zwei Zeiträume besonders von linker Gewalt betroffen. Zwischen 18:00 Uhr und 22:00 Uhr ereigneten sich insgesamt 433 Taten (29 %) und zwischen 0:00 Uhr und 4:00 Uhr weitere 380 Taten (25 %). Während die erste Phase häufig mit dem teilweise gewalttätigen - Ende von Demonstrationen zusammenfiel, fand in der zweiten Phase ein Großteil der klandestin geplanten und durchgeführten Brandstiftungen statt. So hatten 75 % (325 Taten) der zwischen 18:00 Uhr und 22:00 Uhr registrierten Delikte einen Bezug zu einer zuvor oder gleichzeitig stattgefundenen Veranstaltung, während Brandstiftungsdelikte 61 % (233 Taten) der zwischen 0:00 Uhr und 4:00 Uhr erfassten Gewalttaten ausmachten.

2.5 Tatmittel und Tatbegehung

Die zu den Mitteln und der Art einer Tatbegehung vorliegenden Daten wurden im Hinblick darauf ausgewertet, ob es sich bei den untersuchten linken Gewalttaten mehrheitlich um spontane oder geplante Taten handelte. Grundsätzlich lässt eine Tatbegehung ohne besonderes Tatmittel auf eine eher spontane, strategisch weniger durchdachte Tat schließen.

Abb. 17: Tatmittel 2009 bis 2013 (in Prozent)



42 % der zwischen 2009 und 2013 festgestellten linken Gewalttaten wurden ohne Tatmittel begangen (640 Taten). In 25 % der Fälle wurden Steine, Flaschen oder andere Wurfgegenstände verwandt (381 Taten). In beiden Fällen - ohne Tatmittel bzw. unter Einsatz von Steinen, Flaschen und sonstigen Wurfgegenständen - ist der Anteil der Delikte, die im Zusammenhang mit Demonstrationen oder Kundgebungen stattfanden, hoch. 74 % der ohne Tatmittel und 67 % der mit Steinen etc. begangenen Gewalttaten hatten einen Demonstrationsbezug. Zwar sind Fälle von im Vorfeld von Demonstrationen angelegten Steindepots ebenso bekannt wie das bewusste Mitführen von Flaschen als spätere Wurfgeschosse. In der Regel werden solche Gegenstände allerdings spontan oder erst kurz vor der Tat beschafft. Bei der Mehrheit der ohne Tatmittel bzw. mit Steinen und Flaschen begangenen Straftaten dürfte es sich damit nicht um geplante Taten gehandelt haben.

Bei 21 % der Taten (320) wurden Brand- und Sprengstoffvorrichtungen benutzt, in 12 % der Fälle (182 Taten) andere Gegenstände, wie etwa Reizgas, Schlagwerkzeuge oder Pyrotechnik. Zwar kann das Mitführen solcher Tatmittel zweifellos ein Indiz für eine geplante Tat sein, tatsächlich bedurfte es allerdings für eine Vielzahl der Taten keiner aufwendigen Planung. Dies trifft auch auf die bis 2011 häufig angezeigten Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen im öffentlichen Straßenland zu; Taten, die in vielen Fällen keine detaillierte Planung voraussetzten und auf einem spontanen Tatentschluss beruhen konnten.

Von der allgemeinen Tendenz linker Gewalttaten zu einer spontanen Tatbegehung abzugrenzen sind Taten, bei denen Brandsätze verwandt wurden und die sich gegen Personen, insbesondere Polizeibeamte, Gebäude und Bahnanlagen richteten, mit zum Teil enormen Sachschäden und unter Inkaufnahme von erheblichen Verletzungen der angegriffenen Personen. Einige dieser Anschläge wurden anschließend mit Selbstbeichtigungsschreiben begründet. Hier muss von einer aufwendigeren und geheimen Planung der Taten ausgegangen werden.

Gezielt gerieten auch immer wieder Rechtsextremisten und vermeintliche Rechtsextremisten in den Fokus linker Gewalttäter. Insbesondere im Rahmen von „Antifa“-Aktivitäten wurden Personen ausgeforscht, öffentlich denunziert und auch körperlich attackiert - Aktivitäten, mit denen eine Drohkulisse aufgebaut und politische Gegner eingeschüchtert werden sollten. Bei der Mehrzahl der „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten ließen sich allerdings auch keine Indizien für eine längerfristige Planung finden. 58 % der „gegen rechts“ gerichteten Taten wurden ohne Tatmittel begangen, bei weiteren 20 % der Taten wurden Flaschen, Steine oder andere Wurfgeschosse verwandt, die zu einem Großteil überwiegend spontan beschafft wurden.

3 Tatverdächtige

Empirische Befunde

Gruppen- und Einzeltaten: 76 % der linken Gewalttaten wurden von Gruppen oder von einem Einzelnen aus einer Gruppe heraus begangen. Großgruppen von über 10 Personen machten dabei mit einem Anteil von 43 % aller Gewaltdelikte den größten Anteil aus. Knapp ein Viertel (24 %) der linken Gewalttaten wurde von Einzeltätern begangen. 2013 stieg dieser Einzeltäter-Anteil auf 44 % an.

Geschlecht: Linke Gewalt ist nach wie vor ein überwiegend männlich dominiertes Phänomen - insgesamt standen 737 männlichen Tatverdächtigen (84 %) 136 weibliche Tatverdächtige (16 %) gegenüber.

Alter: Mehr als drei Viertel (79 %) aller linken Gewalttäter waren zum Tatzeitpunkt unter 30 Jahren. Am stärksten betroffen war die Altersgruppe zwischen 21 und 24 Jahren, der allein 35 % aller Tatverdächtigen angehörten. Unterschieden nach Geschlechtern zeigte sich eine weitgehend identische Altersverteilung männlicher und weiblicher Tatverdächtiger.

Sozialstruktur: Der formale Bildungsstand der Tatverdächtigen wies im Vergleich zum gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt keine Auffälligkeiten auf. Bei knapp zwei Drittel (61 %) der Tatverdächtigen handelte es sich um Arbeitslose (34 %) oder Schüler bzw. Studenten (27 %).

Delinquenz: Vier von zehn Tatverdächtigen (41 %) waren vor der hier untersuchten Gewalttat aufgrund anderer Straftaten bereits rechtskräftig verurteilt worden. 56 % der vorbestraften Gewalttäter waren bereits wegen politischer oder aber wegen politischer und allgemeinkrimineller Straftaten verurteilt worden. „Gefängniserfahrung“ hatten 4 % der Tatverdächtigen.

Gemeinsame „Agenda“: Eine Verortung linker Gewalttaten und -täter im linksextremistischen Spektrum Berlins ist empirisch nicht zweifelsfrei möglich. Gerade der hohe Anteil von Demonstrationsdelikten lässt zwar auf eine große thematische / ideologische Übereinstimmung zwischen linken Gewalttätern und dem linksextremistischen und hier insbesondere dem autonomen Spektrum schließen. Allerdings bestehen zwischen der Begehung einer linken Gewalttat und der Organisation in einer verfassungsfeindlichen Bestrebung qualitative Unterschiede. Daher fällt die personelle Schnittmenge klein aus, die gemeinsame Aktionsbasis ist jedoch groß. Dazwischen bestehen Grauzonen.

Interpretation

Gruppen- und Einzeltäterphänomen: Linke Gewalt bleibt mehrheitlich ein Gruppenphänomen. Insbesondere gruppenspezifische Prozesse bei öffentlichen Veranstaltungen, ein Gefühl von Stärke und Anonymität in größeren Gruppen und Versuche, öffentliche Veranstaltungen bewusst „aufzuheizen“, waren ursächlich für die Eskalation linker Gewalt. Unabhängig von Gruppen agierten aber auch immer öfter Einzeltäter gewalttätig. Hierzu hat insbesondere die angespannte, häufig situativ eskalierende Lage im Zusammenhang mit Protesten gegen rechtsextremistische Veranstaltungen vor Flüchtlingsunterkünften beigetragen.

Ähnlichkeit zur unpolitischen Jugendgewalt: Hinsichtlich des Geschlechts und der Altersstruktur der Tatverdächtigen bestehen Ähnlichkeiten zur unpolitischen Jugendgruppen-gewalt. Wie bei anderen Gewaltphänomenen auch spielt die „Ausdrucksform“ Gewalt mit zunehmendem Alter eine geringere Rolle. Im Vergleich zur Vorgängerstudie befanden sich prozentual allerdings deutlich mehr linke Gewalttäter im (jungen) Erwachsenen- als im Jugendalter. Für einen wachsenden Anteil der Tatverdächtigen war die Ausrede vom „jugendlichen Ausrutscher“ damit immer weniger plausibel.

Linke Gewalt und Linksextremismus: Die geringe Schnittmenge von linken Gewalttätern und organisierten Linksextremisten ist nicht zuletzt Ausdruck der hier untersuchten Delikte, die mehrheitlich im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen wurden. Bei den meisten dieser öffentlichen Veranstaltungen stellten Linksextremisten nur einen kleinen Teil der Teilnehmer. „Qualitativ“ mag ihre Rolle dabei von großer Bedeutung gewesen sein, insbesondere was den gewalttätigen Verlauf bestimmter Veranstaltungen angeht, quantitativ stellten sie jedoch eine Minderheit unter den linken Gewalttätern. Nicht zu unterschätzen ist jedoch das „Agenda-Setting“ durch die linksextremistische Szene, wodurch auch linken Gewalttätern ein politischer Bezugsrahmen geboten wird.

3.1 Vorbemerkung

In dem in Berlin für die Erfassung von Straftaten genutzten „Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung“ (POLIKS) werden Personen in Abhängigkeit ihres jeweiligen Status (Tatverdächtige, Zeugen, Geschädigte, etc.) zu strafrechtlich relevanten Sachverhalten erfasst. Die Angaben zu den namentlich nicht ermittelten Tatverdächtigen (z. B. männlich / weiblich) und den Täterstrukturen (Einzeltäter / Gruppe) können sich aus den geschilderten Sachverhalten (Zeugenaussagen) oder Bilddokumentationen ergeben. Insbesondere die Subjektivität der Aussagen von Zeugen - bei denen es sich zudem gleichzeitig auch um Tatverdächtige / -beteiligte handeln kann - hat Einfluss auf die Validität der hier vorliegenden Informationen.

Eine Straftäterin oder ein Straftäter wird mit dem personengebundenen Hinweis (PHW) „Straftäter linksorientiert“ erfasst und gespeichert, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie eine Straftat aus linksorientierten politisch motivierten Beweggründen begangen haben. Die Vergabe erfolgt im Rahmen einer Einzelfallprüfung, wobei für jeden Fall die Verhältnismäßigkeit, die Erforderlichkeit und die Geeignetheit nachgewiesen und dokumentiert werden muss.

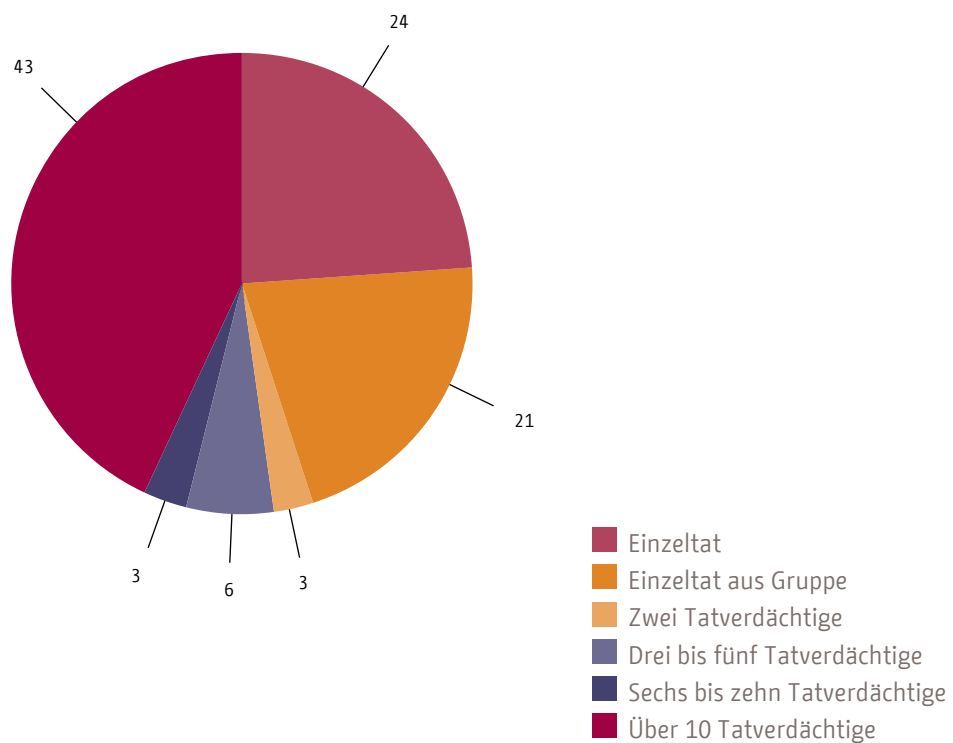
Im Untersuchungszeitraum zwischen 2009 und 2013 wurden zu 603 der 1 523 Fälle linker Gewalt insgesamt 974 - davon 873 verschiedene - Tatverdächtige namentlich ermittelt.

3.2 Anzahl der Tatverdächtigen

Zu 1 041 der insgesamt 1 523 zwischen 2009 und 2013 begangenen linken Gewalttaten lagen Angaben zur Anzahl der Tatverdächtigen vor. Dies beinhaltet auch Fälle, in denen Zeugen oder Opfer Angaben zur Anzahl der Tatverdächtigen machen konnten, ohne, dass die Tatverdächtigen festgenommen oder in anderer Weise namentlich ermittelt werden konnten.

Linke Gewalt in Berlin zeigte sich demnach zwar überwiegend als Gruppenphänomen, allerdings mit einem steigenden Anteil von Einzeltätern. In 55 % der Fälle gab es mehr als einen Tatverdächtigen. Hinzu kamen 21 % aller Delikte, bei denen es sich um Einzeltaten, die aus einer Gruppe heraus begangen wurden, handelte. Zusammen genommen machte der Anteil von linken Gewalttaten mit mehreren Tatbeteiligten damit etwa drei Viertel (76 %) der gesamten Taten aus.

Abb. 18: Tatverdächtige je Tat 2009 bis 2013 (in Prozent)



n = 1 041

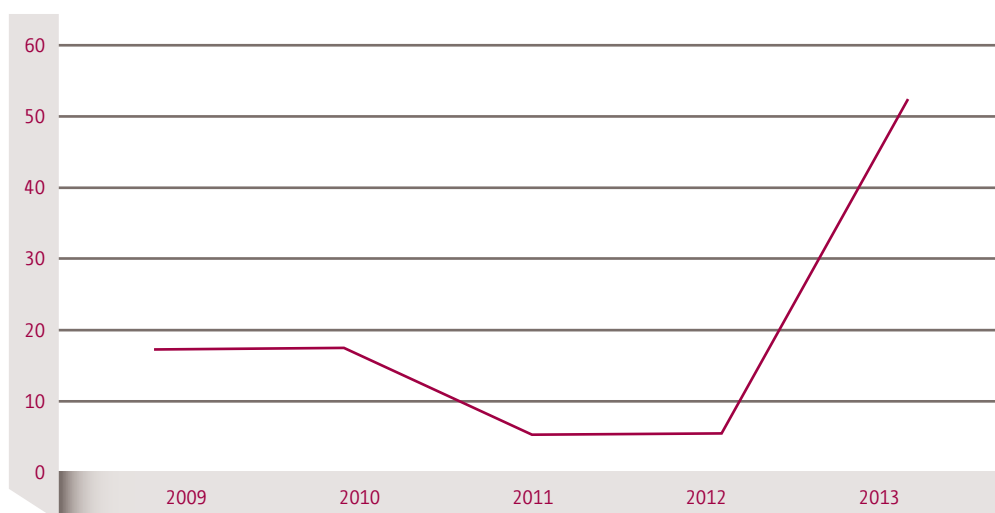
Auffällig ist der hohe Anteil von Gewalttaten, die von Gruppen mit mehr als zehn Personen begangen wurden (43 %), während Taten von Gruppen zwischen zwei und 9 Personen lediglich 12 % ausmachten.

Obwohl linke Gewalt damit mehrheitlich immer noch von bzw. aus Gruppen heraus begangen wurde, fällt der im Vergleich zur Vorgängerstudie deutlich größere Anteil von Einzeltaten auf. Waren zwischen 2003 und 2008 für lediglich 13 % der Fälle Einzeltäter verantwortlich, stieg dieser Anteil zwischen 2009 und 2013 auf 24 % an. Eine Einschränkung erhält dieser Befund jedoch bei der Aufschlüsselung der Anzahl der Tatverdächtigen nach den einzelnen Jahren des Untersuchungszeitraumes. Lag der Anteil der Einzeltäter in den Jahre 2009 bis 2012 bei durchschnittlich 16 %, handelte es sich im Jahr 2013 mit 44 % bei nahezu der Hälfte aller Tatverdächtigen um Einzeltäter.

Das Gros dieser Einzeltaten des Jahres 2013 fiel im Zusammenhang mit Protesten gegen rechtsextremistische Aufmärsche vor Flüchtlingsheimen im August bzw. Oktober 2013 an. Diese zum Teil hoch emotionalisierten Veranstaltungen verleiteten offensichtlich eine beachtliche Anzahl von Teilnehmern zu situativen Angriffen auf Rechtsextremisten und Polizeibeamte. Waren es in den Jahren 2009 bis 2012 mehrheitlich größere Gruppen von über 10 Tatverdächtigen, die Gewalt im Zuge von Demonstrationen ausübten, wurde 2013 nur noch weniger als ein Drittel (32 %) aller linken Gewalttaten mit Demonstrationsbezug von Gruppen mit über zehn Personen begangen.

Wie stark sich das Bild demonstrationsbezogener Straftaten 2013 änderte, zeigt auch ein Blick auf die Entwicklung des diesbezüglichen Anteils von Einzeltätern in den einzelnen Jahren. Lag dieser in den Jahren 2009 bis 2012 nie über 20 %, waren 2013 in 52 % der Fälle Einzeltäter für demonstrationsbezogene Gewalttaten verantwortlich. Ein mögliches Indiz dafür, dass die Proteste gegen die rechtsextremistische Stimmungsmache vor Flüchtlingsheimen spontaner und weniger organisiert als bestimmte Szene-Großveranstaltungen in den Vorjahren waren. Beträchtlichen Einfluss hierauf dürfte allerdings auch das Anzeigenverhalten der jeweils vor Ort befindlichen Polizeibeamten gehabt haben. Insbesondere die Grenze zwischen einer „Einzeltat“ und der „Einzeltat aus einer Gruppe“ waren dabei oftmals fließend. Folgerichtig wurde der hohe Einzeltäteranteil 2013 flankiert von kaum noch registrierten Einzeltaten aus Gruppen heraus (3 Fälle insgesamt).

Abb. 19: Entwicklung des Anteils von Einzeltätern bei demonstrationsbezogenen Delikten 2009 bis 2013 (in Prozent)



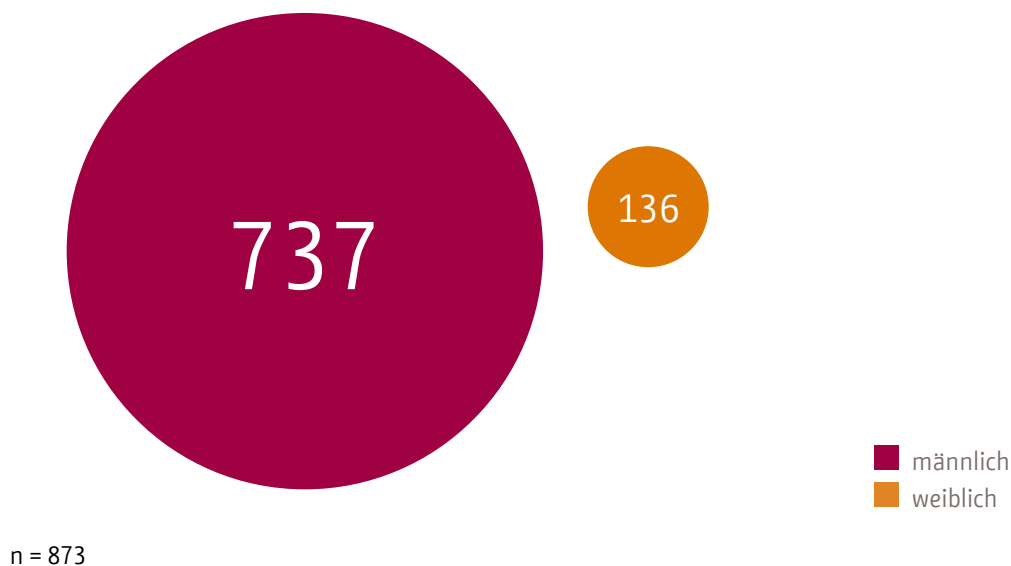
n = 789

3.3 Geschlecht und Alter

3.3.1 Geschlecht

Linke Gewalt in Berlin bleibt ein männlich dominiertes Phänomen. Von den 873 verschiedenen Tatverdächtigen, zu denen Angaben zum Geschlecht vorlagen, waren 737 männlichen (84 %) und 136 weiblichen (16 %) Geschlechts.

Abb. 20: Geschlecht der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)



Damit entspricht dieser Anteil genau dem Anteil weiblicher Tatverdächtiger bei allgemeinkriminellen Gewaltdelikten (2013: 16 %). Im Vergleich zur Vorgängerstudie, in der im Zeitraum zwischen 2003 und 2008 noch durchschnittlich 19 % der Tatverdächtigen Frauen waren, hat sich deren Anteil zwischen 2009 und 2013 leicht verringert.

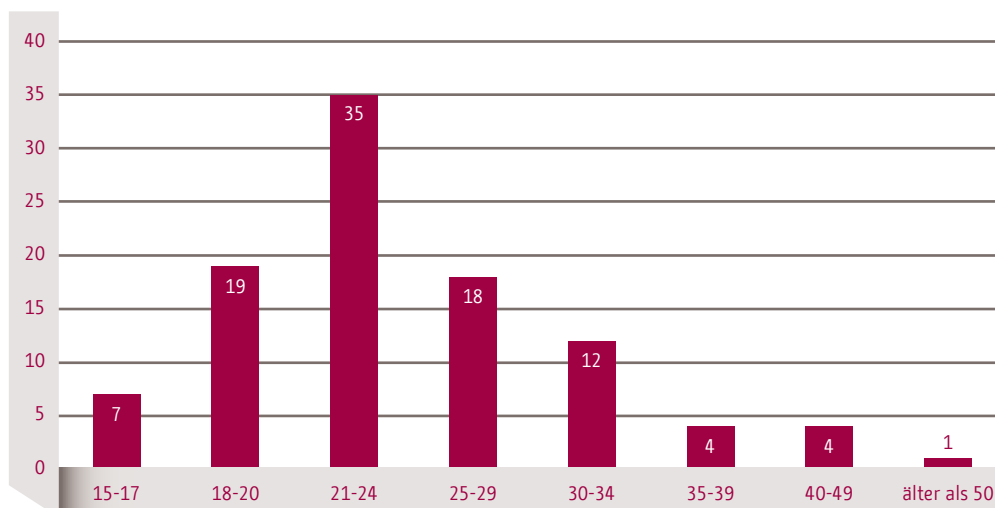
Aufgeschlüsselt nach einzelnen Delikten war ein höherer Anteil weiblicher Tatverdächtiger an Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB) beteiligt (22 % der Tatverdächtigen zwischen 2009 und 2013), wohingegen es sich bei Landfriedensbruchsdelikten (§§ 125, 125a StGB) nur bei 7 % der Tatverdächtigen um Frauen handelte. Im Bereich der Körperverletzungsdelikte (§§ 223, 224, 226 StGB) lag der Anteil mit 14 % im Rahmen des Gesamtdurchschnitts.

3.3.2 Alter

Linke Gewalt war, ähnlich wie bereits im Rahmen der Vorgängerstudie ausgewiesen, auch in den Jahren zwischen 2009 und 2013 vor allem ein Phänomen unter Heranwachsenden und jungen Erwachsenen. Knapp drei Viertel (72 %) aller Tatverdächtigen waren zwischen 18 und 29 Jahren alt. Mit 308 Tatverdächtigen entfiel dabei mehr als ein Drittel der Tatverdächtigen (35 %) allein auf die Altersgruppe zwischen 21 und 24 Jahren.¹²

¹² Bei mehrfach erfassten Tatverdächtigen wurde das Alter zum Zeitpunkt der ersten Gewalttat einbezogen.

Abb. 21: Altersverteilung der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)

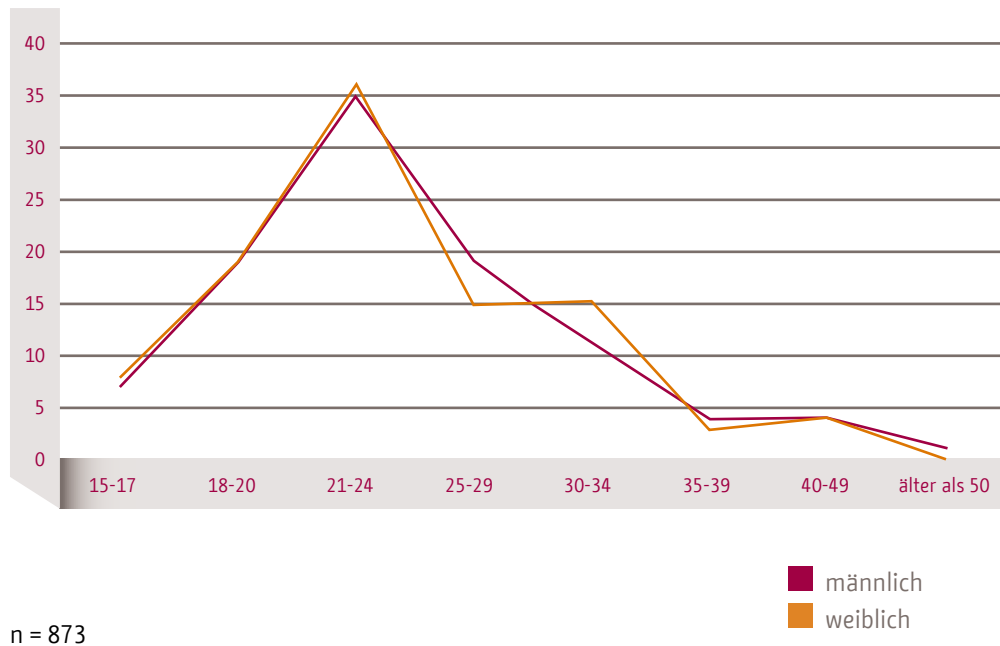


n = 873

Die größten Zuwachsraten im Vergleich zur Altersverteilung des in der Vorgängerstudie untersuchten Zeitraumes zwischen 2003 und 2008 wiesen die Altersgruppen zwischen 21 und 24 Jahren und 30 und 34 Jahren (jeweils + 6 Prozentpunkte) aus. Demgegenüber war der Anteil der unter 20-jährigen Tatverdächtigen deutlich rückläufig (zwischen 15 und 17 Jahren sank er um 10 Prozentpunkte und zwischen 18 und 20 Jahren um 3 Prozentpunkte). Das sind Verschiebungen, nach denen sich mehr junge Erwachsene als Heranwachsende unter den linken Gewalttätern befanden.

Unterschieden nach Geschlechtern ähnelten sich die Altersstrukturen der Tatverdächtigen stark. Die Abweichungen in den einzelnen Altersgruppen betragen in den meisten Fällen lediglich ein bis zwei Prozent.

Ausnahmen hiervon waren die Altersgruppen zwischen 25 und 29 Jahren bzw. zwischen 30 und 34 Jahren, in denen der Anteil männlicher Tatverdächtiger um 4 % (19 % zu 15 %) bzw. der Anteil weiblicher Tatverdächtiger um 4 % (11 % zu 15 %) höher lag.

Abb. 22: Altersverteilung männlicher und weiblicher Tatverdächtiger 2009 bis 2013 (in Prozent)

Die vorliegenden Befunde weisen linke Gewalt zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil noch immer als Jugendphänomen aus. Interessant im Vergleich zur Vorgängerstudie ist allerdings die Verschiebung eines größeren Anteils an Tatverdächtigen vom Bereich der Jugendlichen in den der jungen Erwachsenen. Dennoch bleibt linke Gewalt ein Phänomen, das zum Großteil an eine bestimmte Lebensphase - unter 30 Jahre - und an ein Geschlecht - männlich - gebunden ist. Beide Kriterien dürften bei der Klärung von Ursachen und Kontextfaktoren linker Gewalt eine mindestens ebenso große Rolle spielen wie die politische Motivation eines Täters.

3.4 Familienstand und Wohnsituation

Die nachfolgenden Daten zur Wohnsituation, Schulbildung und zum Beruf beruhen auf freiwilligen, hier nicht nachprüfaren Daten der Tatverdächtigen während des Ermittlungsverfahrens. Häufig machten die Tatverdächtigen gegenüber der Polizei hierzu keine oder nur lückenhafte Angaben, so dass die folgenden Aussagen auf zum Teil wesentlich kleineren Datenmengen beruhen. Die statistische Verlässlichkeit der Daten in den Kapiteln 3.4 und 3.5 ist daher geringer als im Rest der Studie. Dies trifft auch auf die Aussagekraft dieser Ergebnisse zu.

3.4.1 Familienstand

Dem jungen Alter der meisten Tatverdächtigen entsprechend war die Mehrzahl der Tatverdächtigen (91 %) zum Tatzeitpunkt ledig. 4 % waren verheiratet bzw. lebten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, 5 % waren geschieden.

3.4.2 Wohnsituation

Familienstand und Altersstruktur der Tatverdächtigen schlagen sich auch in ihrer Wohnsituation nieder. 92 % der Tatverdächtigen lebten bei ihren Eltern, 4 % in einem Wohnheim und je 2 % allein bzw. zusammen mit Freunden.

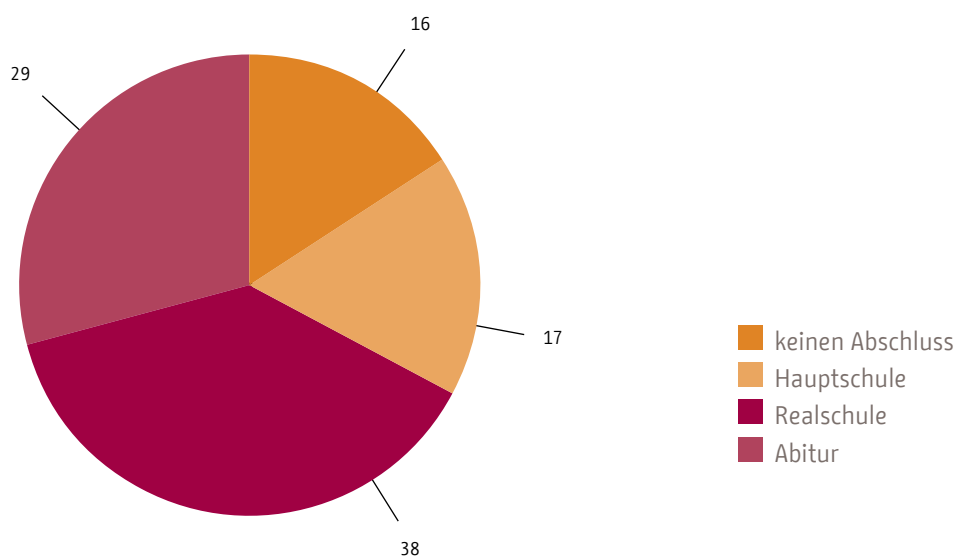
Aufgrund der geringen Fallzahl, die hier zur Verfügung stand (insgesamt lagen nur zu 65 Tatverdächtigen valide Aussagen über ihre Wohnsituation vor), sind diese Angaben jedoch in keiner Weise repräsentativ und auch nicht mit den Ergebnissen der Vorgängerstudie vergleichbar. Vielmehr dürften die Verschiebungen - beispielsweise gaben in der Vorgängerstudie noch 57 % der Tatverdächtigen an, allein zu wohnen - zuallererst auf ein noch deutlich zurückhaltenderes Aussageverhalten der (vor allem nicht mehr im elterlichen Haushalt lebenden) Tatverdächtigen zurückzuführen sein.

3.5 Schulbildung und Beruf

3.5.1 Formale Bildungsabschlüsse

16 % der Tatverdächtigen verfügten zum Tatzeitpunkt über keinen Schulabschluss, 17 % hatten einen Hauptschulabschluss, 38 % einen mittleren Schulabschluss / Realschulabschluss und 29 % waren im Besitz der Hochschulreife bzw. besaßen das Abitur.

Abb. 23: Schulabschlüsse der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)



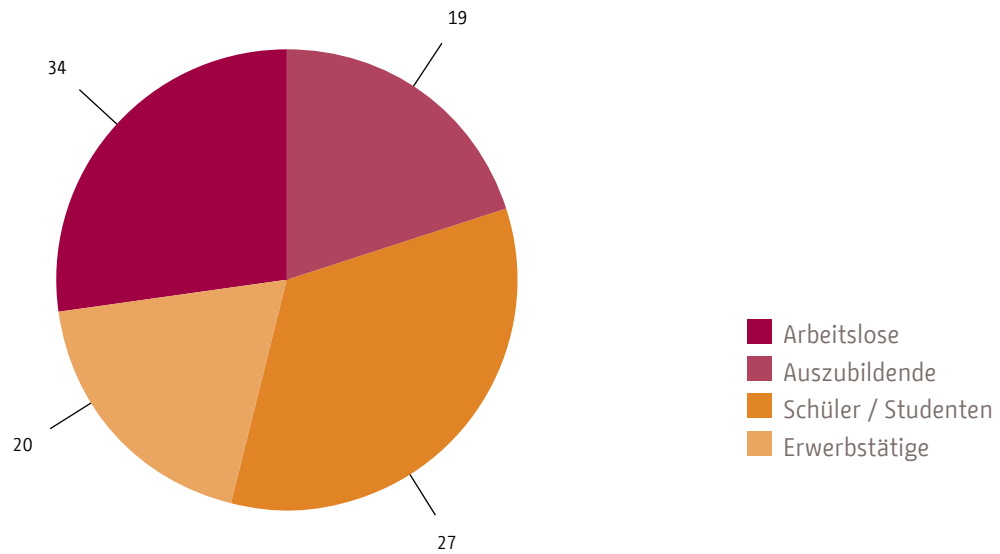
n = 119

3.5.2 Erwerbstätigkeit

Abgestellt auf die Erwerbstätigkeit der Tatverdächtigen fallen vor allem zwei Gruppen ins Auge. Etwa ein Drittel der Tatverdächtigen (34 %) war arbeitslos, bei mehr als einem Viertel (27 %) handelte es sich um Schüler oder Studenten. Hinzu kommen 20 % Erwerbstätige und 19 % der Tatverdächtigen, die eine Ausbildung absolvierten. Im Vergleich zur Vorgängerstudie befanden sich damit mehr Erwerbstätige (+ 10 %) unter den Tatverdächtigen, deren gestiegener Anteil in etwa dem rückläufigen Anteil arbeitsloser Tatverdächtiger entspricht (- 9 %).

Vor dem Hintergrund der geringen Anzahl der zur Wohnsituation, des Schulabschlusses und der Erwerbstätigkeit der Tatverdächtigen vorliegenden Fallzahlen lassen sich die vorstehenden Erkenntnisse hierzu nicht verallgemeinern. Da nur zu weniger als einem Fünftel aller Tatverdächtigen überhaupt entsprechende Daten vorlagen, können seriöse Aussagen über das Bildungsniveau oder den beruflichen Status linker Gewalttäter im Rahmen dieser Studie nicht getroffen werden.

Abb. 24: Erwerbstätigkeit der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)



n = 191

3.6 Delinquenz

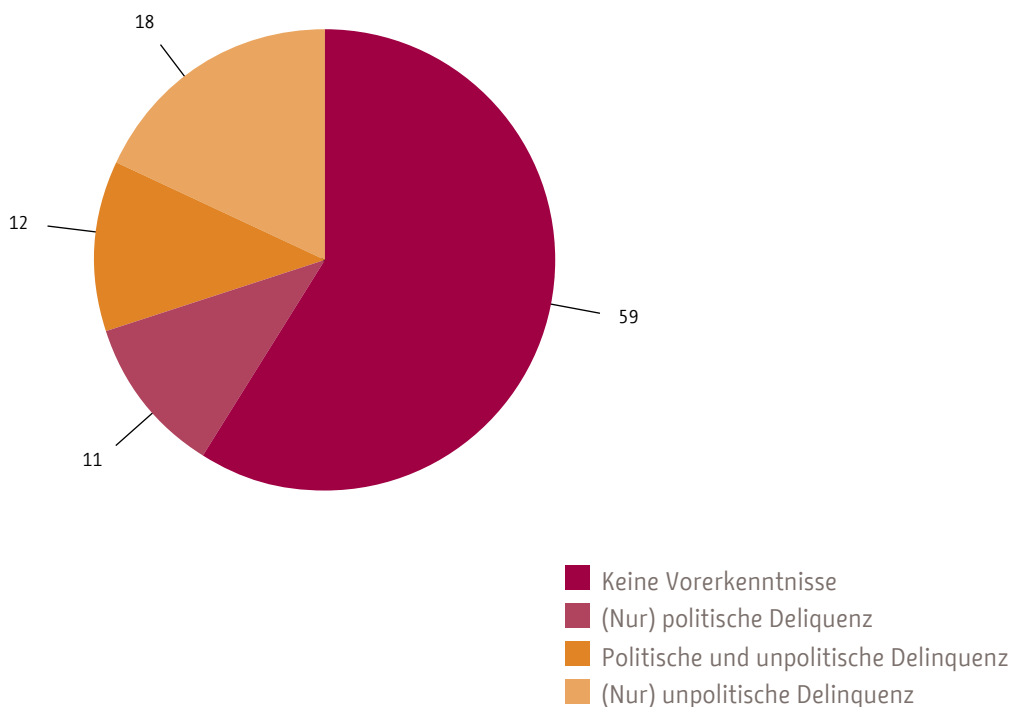
Weitere Erkenntnisse über die Tatverdächtigen linker Gewalt liefert eine Delinquenzanalyse, die auf die Vorstrafen der Tatverdächtigen zum Tatzeitpunkt abstellt. Dabei wird deutlich, dass mit 41 % der 954 Tatverdächtigen¹³ einer politisch motivierten Gewalttat, zu denen überprüfbare Angaben vorlagen, ein erheblicher Anteil bereits vorher straffällig geworden war. Von diesen insgesamt 378 vorbestraften linken Gewalttätern war mehr als die Hälfte (211 Tatverdächtige; 56 % der vorbestraften Tatverdächtigen) bereits wegen politischer bzw. politischer und unpolitischer Delikte verurteilt. 44 % der bereits verurteilten Gewalttäter verfügten über einen Eintrag im Bundeszentralregister¹⁴ ausschließlich wegen allgemeinkrimineller Delikte.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorgängerstudie zeigt einen enormen Anstieg bereits vorbestrafter linker Gewalttäter. Waren zwischen 2003 und 2008 lediglich 16 % der Tatverdächtigen zum Zeitpunkt der Gewalttat bereits vorbestraft, hat sich dieser Anteil zwischen 2009 und 2013 mehr als verdoppelt (41 %). Eine Tatsache, die auch auf die höheren Anteile der 21- bis 34-jährigen Tatverdächtigen zurückzuführen ist. Enorm gestiegen ist zudem der Anteil wegen bereits anderer politischer sowie sowohl politischer als auch unpolitischer Delikte vorbestrafter Tatverdächtiger. Mit 23 % war knapp ein Viertel aller linken Gewalttäter zwischen 2009 und 2013 bereits wegen anderer politischer Delikte vorbestraft. Zwischen 2003 und 2008 betrug dieser Anteil dagegen lediglich 7 %.

¹³ Hier wurden öfter als ein Mal als Tatverdächtige erfasste Personen mehrfach (bei der entsprechenden Tat) berücksichtigt, da sich die Delinquenz auf den Zeitpunkt der jeweiligen Tat bezieht.

¹⁴ Das Bundeszentralregister wird vom Bundesamt für Justiz geführt. Es ist ein zentrales Register, in dem strafrechtliche Verurteilungen, Entscheidungen von Verwaltungsbehörden und Gerichten, Vermerke über Schuldenfähigkeit, sonstige gerichtliche Feststellungen sowie nachträgliche Entscheidungen und Tatsachen, die sich auf die zuvor genannten Eintragungen beziehen, festgehalten werden. Die einzelnen Gerichte und Behörden teilen der Registerbehörde die von ihnen getroffenen Entscheidungen, Feststellungen und Tatsachen mit. Die gesetzlichen Regelungen hierfür sind in dem Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (BZRG) enthalten.

Abb. 25: Delinquenz der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)



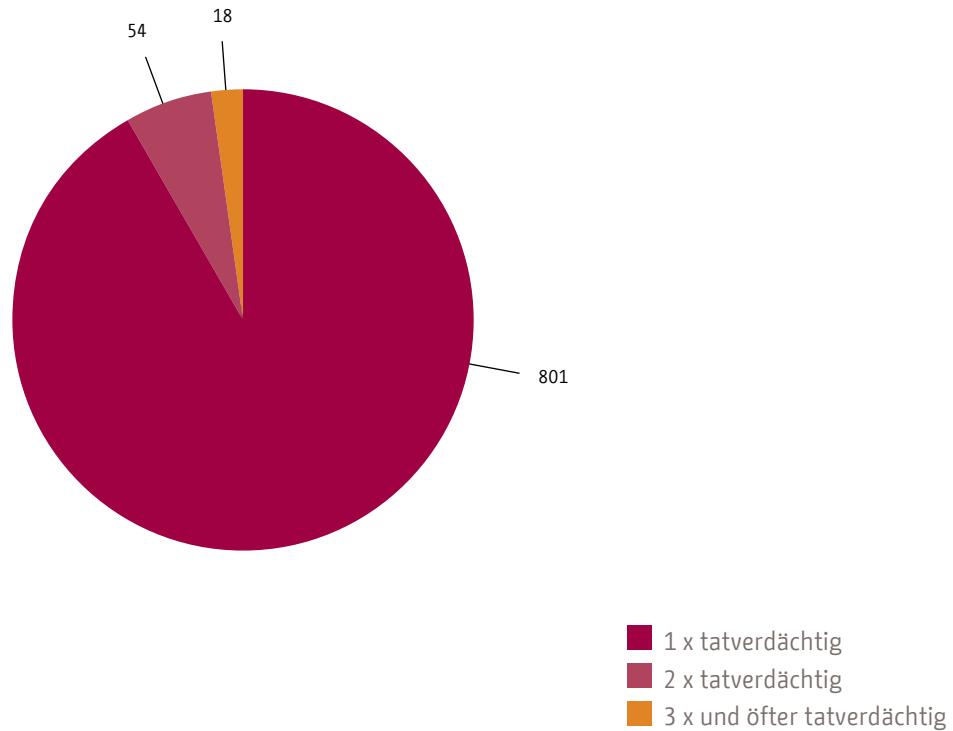
n = 954

Damit konnten zwischen 2009 und 2013 erheblich mehr linke Gewalttäter als zuvor zum Zeitpunkt der Tat bereits auf „kriminelle Erfahrungen“ zurückgreifen. Dass insofern weniger Straftäter mehr Gewalttaten begingen, korrespondiert mit der Einschätzung des Verfassungsschutzes zu Entwicklungen innerhalb des linksextremistischen Spektrums: eine personell schrumpfende Szene agiert in Teilen gewalttätiger.

Dies gilt umso mehr, als es sich bei diesen Prozentsätzen der Delinquenz linker Gewalttäter um die absolute Untergrenze handelt, da zwischen einer Tat, dem Urteil, dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils und dem sich erst daran anschließenden Eintrag ins Bundeszentralregister viel Zeit vergehen kann. Zudem unterliegen auch Einträge im Bundeszentralregister gesetzlichen Löschfristen. Würde man hier auf das polizeiliche Erfassungssystem POLIKS zurückgreifen, in dem auch Daten (Anzeigen, Ermittlungsverfahren) erfasst sind, die (noch) nicht zu einer Verurteilung führten - etwa wegen der Einstellung eines Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft - würden die Ergebnisse zur Delinquenz linker Gewalttäter noch höher ausfallen.

Zu den insgesamt 1 523 zwischen 2009 und 2013 registrierten linken Gewalttaten konnten 873 verschiedene Personen als Tatverdächtige ermittelt werden. 72 (8 %) wurden wiederholt als Tatverdächtige bei politisch motivierten Gewalttaten festgestellt wurden. 801 Personen (92 %) wurden einmalig festgestellt, 54 Personen (6 %) zweimal und 18 Personen (2 %) dreimal und öfter. Ein Tatverdächtiger wurde zwölfmal (!) ermittelt.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass einzelne Tatverdächtige vor und/oder nach dem Untersuchungszeitraum dieser Studie bei weiteren politisch motivierten Gewalttaten festgestellt worden sein könnten. Zudem wurden bei den obigen Zahlen nur in Berlin begangene Taten berücksichtigt. Der Anteil der mehrfach Tatverdächtigen dürfte also bei einer zeitlich oder räumlich weniger eingegrenzten Studie höher ausfallen.

Abb. 26: Mehrfach Tatverdächtige 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)

n = 873

Die meisten Verurteilten waren für ihre vorherigen Delikte zu Geld- oder Bewährungsstrafen verurteilt worden. Aufgrund des geringen Lebensalters kam dabei häufig das Jugendstrafrecht zur Anwendung. Über Hafterfahrung verfügten lediglich 4 % der Tatverdächtigen; sie waren zum Tatzeitpunkt aufgrund einer früheren Tat schon einmal zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.

3.7 Hintergründe und Akteure linksextremistischer Gewalt in den Jahren 2009 bis 2013

Für politisch motivierte Gewalt im Sinne der dieser Studie zugrunde liegenden polizeilichen Definition können sowohl isoliert handelnde Einzelpersonen als auch organisierte Personenzusammenschlüsse verantwortlich sein. Wie bereits dargestellt (vgl. 1.2.3), unterscheidet sich dieser, auf die „linke Orientierung“ von Taten und/oder Tätern abstellende weite Bezugsrahmen der Polizei von dem für den Verfassungsschutz entscheidenden Extremismusbezug und der damit einhergehenden Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ist vor allem dann gegeben, wenn sich Personen zu Gruppen zusammenschließen, organisieren und vernetzen, deren verbindendes Element das politische Ziel der Abschaffung eben dieser Ordnung ist und die bereit sind, zur Erreichung dieses Zieles Gewalt anzuwenden. Insbesondere die aus solchen gewaltorientierten Bestrebungen bestehende autonome Szene Berlins steht im Fokus des Verfassungsschutzes.

Diese Szene ist jedoch nicht identisch mit den Tatverdächtigen politisch links motivierter Gewalttaten im polizeilichen Sinne. Ein großer Anteil dieser Tatverdächtigen war zum Zeitpunkt der Tat in keiner der verschiedenen autonomen Gruppen organisiert. Hinzu kommt der Umstand, dass für bestimmte Taten nicht die Gruppen selbst, sondern einzelne Aktivisten in Eigenregie verantwortlich sein können. Diese Straftäter, die zwar politisch motiviert, aber institutionell isoliert agieren,

bewegen sich in einem für die Sicherheitsbehörden schwer einsehbaren Dunkelfeld. Oftmals werden szenetypische Straftaten auch situativ von Personen mit lediglich losen Beziehungen zu links-extremistischen Strukturen begangen. Diese Taten können dann entweder zum vertieften Einstieg in oder auch - insbesondere nach ersten Erfahrungen mit Straf- und Ermittlungsverfahren - dem Rückzug aus der Szene führen.

Vorrangige Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Beobachtung des „harten Kerns“ der autonomen Szene, der aus auf Dauer angelegten, planerisch tätigen, und arbeitsteilig handelnden sowie zum Teil weit vernetzten Vereinigungen besteht, die zur Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele neben anderen Mitteln auch Gewalt anwenden.

3.7.1 Linksextremistische „Agenda“¹⁵

Strategisch sind Linksextremisten bemüht, Themenfelder zu besetzen, die vermeintlich eine breite gesellschaftliche Anschlussfähigkeit besitzen, weil zu diesen bereits eine kritische Öffentlichkeit existiert, die es zu vereinnahmen und zu radikalieren gilt. Dabei lagen die Schwerpunkte linksextremistischer Aktivitäten in den Jahren 2009 bis 2013 in den Bereichen:

- „Kampf gegen den Faschismus“,
- Widerstand gegen „staatliche Repression“ und
- Verhinderung städtebaulicher Umstrukturierungen („Gentrifizierung“).

Ende 2012 gewann das Thema „Anti-Rassismus“ zunehmend an Bedeutung. Von den ebenfalls in diesen Themenfeldern agierenden politisch eher links orientierten Protestbewegungen unterscheiden sich Linksextremisten bei ihren Aktivitäten durch das tatsächlich verfolgte politische Ziel (Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung) und die Wahl ihrer Mittel (gezielte Gewalt). Der Kampf gegen „Faschismus“ ist für Linksextremisten nicht nur gegen Rechtsextremisten gerichtet, sondern auch gegen das von ihnen sogenannte „kapitalistische Herrschaftssystem“ mit seiner vermeintlich „pseudodemokratischen Maske“, dem der Faschismus systemimmanent sei. Im Bereich des Widerstandes gegen „staatliche Repression“ sind es regelmäßig Linksextremisten, die auf öffentlichen Veranstaltungen gezielt Polizisten attackieren, um eine Reaktion zu provozieren, die den „gewalttätigen Repressionsapparat entlarvt“. Und auch linksextremistisches Engagement gegen „Gentrifizierung“ dient nicht der Bewahrung sozial- und wohnräumlicher Strukturen, sondern - unter Missachtung der Eigentumsrechte Dritter - der Etablierung sogenannter „autonomer Freiräume“, in denen rechtsstaatliche Normen außer Kraft gesetzt werden sollen.

3.7.2 Gegen „Faschismus“

Der „Antifaschismus“ war (und ist) der kleinste gemeinsame Nenner der linksextremistischen Szene Berlins und ermöglichte zwischen 2009 und 2013 wie kein anderes Thema gruppenübergreifende Mobilisierungen und Schnittstellen zu zivilgesellschaftlichem Protest. Zum Themenfeld gehörten zahlreiche unterschiedliche Aktionsformen, angefangen von Gegendemonstrationen zu rechtsextremistischen Veranstaltungen, Kampagnen gegen rechtsextremistische „Reiz“-Objekte wie Bekleidungsäden, Szenelokale oder bekannte Trefforte, das Ausspähen und Veröffentlichen von Daten vermeintlicher oder tatsächlicher Rechtsextremisten mit dem Ziel der Einschüchterung bis hin zu gewalttätigen Angriffen.

Ein für Linksextremisten konsequenter Antifaschismus ist jedoch untrennbar mit dem Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und der ihr zugerechneten parlamentarischen Demokratie verbunden:

¹⁵ Um die Ergebnisse dieser Studie mit den verfassungsschutzrelevanten Erkenntnissen aus dieser Zeit vergleichen zu können, stellen die hier aufgelisteten Themenfelder ebenso wie die nachfolgenden Ausführungen zu Akteuren und Strukturen der Szene auf den Untersuchungszeitraum 2009 bis 2013 ab. Thematische Veränderungen, wie etwa der Bedeutungszuwachs des Bereichs „Anti-Rassismus“ im Zuge der Flüchtlingsproblematik ab 2014 oder strukturelle Veränderungen wie die Auflösung der „Antifaschistischen Linken Berlin“ (ALB) oder die Gründung der Gruppe „radikale linke | berlin“ (rlb) bleiben dabei unberücksichtigt.

„Unser antifaschistisches Selbstverständnis beinhaltet dabei die Erkenntnis, dass die Wurzeln des Faschismus im Kapitalismus liegen, unser antifaschistischer Kampf daher in eine antikapitalistische Perspektive eingebunden sein muss. Die bürgerliche, parlamentarische Demokratie ist nur eine Form staatlicher Herrschaft im Kapitalismus.“¹⁶

Hauptakteure dieser autonomen „Antifa“-Szene waren im Untersuchungszeitraum die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB), die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) und die „North East Antifascists“ (NEA). Alle drei Gruppen zeichneten sich durch ein größeres Personenpotenzial, gefestigte Strukturen, ein hohes Aktionsniveau und vielfältige Kontakte innerhalb der linksextremistischen Szene Berlins und auch darüber hinaus aus. Größere linksextremistische Demonstrationen in der Stadt wurden - spektrenübergreifend - im allgemeinen von wenigstens einer dieser Gruppierungen mit organisiert.

Neben ALB, ARAB und NEA in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow existierten eine Reihe weiterer lokaler „Antifa“-Gruppen, die in weiten Teilen der Stadt ansässig waren (und nach wie vor sind), um dort ihren Kiez gegen Rechtsextremisten zu „verteidigen“. Diese Kiezorientierung der „Antifa“-Szene Berlins führte zwar zu einer gewissen Fluktuation, also zu regelmäßigen Auflösungen und Neugründungen von Gruppen. Dennoch war die Szene durch individuelle Kontakte der führenden Einzelpersonen sehr gut miteinander vernetzt und in der Lage, in relativ kurzer Zeit auf rechtsextremistische Übergriffe zu reagieren, für größere Demonstrationen zu mobilisieren, Kampagnen zu planen und teils überregionale sowie szeneübergreifende Bündnisse auf die Beine zu stellen. In diesen Strukturen besaßen also auch lokale Kleingruppen wichtige Schnittstellenfunktionen. „Antifa“-Gruppen tauschten regelmäßig Informationen über den politischen Gegner aus. Die als „Recherchearbeit“ bezeichnete Ausforschung von Akteuren, Strukturen und Strategien des Rechtsextremismus und die anschließende öffentliche Präsentation der Informationen (über das Internet, Plakate oder Zeitschriften) sollte zunächst eine Drohkulisse aufbauen. Letztlich konnten Linksextremisten diese Daten aber auch als Vorbereitung für gewalttätige Übergriffe auf vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten nutzen.

Fließend sind die Übergänge zwischen den Themenfeldern „Antifaschismus“ und „Anti-Rassismus“. Letzteres gewann ab Mitte / Ende des Jahres 2012 zunehmend an Bedeutung, als im Zuge des sogenannten „Refugee Protest March“ von Süddeutschland nach Berlin in verschiedenen deutschen Städten - darunter auch in Berlin am Kreuzberger Oranienplatz - Protestcamps entstanden, die sich gegen die Residenzpflicht und eine Unterbringung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften richteten. Dabei ging es allerdings nicht allein um die Bekämpfung eines sich in fremdenfeindlichen Übergriffen offenbarenden „Alltagsrassismus“ oder die „institutionelle Benachteiligung“ von Zuwanderern. Vielmehr überspitzten Linksextremisten die Kritik an bestehenden Gesetzen und am Handeln von Ausländerbehörden, Polizei und Gerichten zum Vorwurf eines „systemimmanenten“ Rassismus. Staatliche Akteure wurden auf eine Stufe mit Rechtsextremisten gestellt und damit Forderungen nach der Abschaffung des politischen Systems legitimiert. Während Autonome diesen linksextremistischen „antirassistischen“ Begründungszusammenhang für eine Vielzahl militanter Aktionen heranzogen, traten Postautonome als Moderator dieser Proteste auf, um durch eine breite Bündnispolitik die gesellschaftliche Basis des Widerstands gegen die Flüchtlingspolitik auszudehnen.

3.7.3 Gegen „Repression“

Auch im Themenfeld „Antirepression“ suchten Teile der Szene einen breiteren gesellschaftlichen Anschluss. Dabei zielten sie neben den Familien und Freunden von Inhaftierten immer stärker auf das Umfeld von eher unpolitischen Personen, die bei Polizeieinsätzen verletzt oder gar ums Leben gekommen waren und deren Fälle zum Teil bis heute mediale Aufmerksamkeit erhalten. Speziell für diese Kreise wurden Gedenkdemonstrationen organisiert, bei denen häufig gezielt die Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht wurde, um den gewalttätigen „Repressionsapparat zu

16 Artikel „Wir wollen mehr. Zur Gründung der Autonomen Antifa Berlin (A2B)“ auf der Internetpräsenz der Gruppe A2B mit Datum vom 25.6.2012.

entlarven“ und die Teilnehmer zu radikalisieren. So hieß es zum Beispiel in einem Redebeitrag bei einer solchen Veranstaltung am 5. März 2011:

[...] und warum werden die Bullen von Gerichten selten belangt? Die Antwort liegt in diesem Scheißsystem in dem wir leben und das von Sozialarbeiter_innen, Lehrer_innen und Bullen ‚Demokratie‘ und ‚Rechtsstaat‘ genannt wird. Wir nennen es lieber ‚Schweinesystem‘ und ‚Kapitalismus‘ [...] Es reicht deshalb nicht ‚Gerechtigkeit‘ zu fordern, sondern wir müssen die Bullen, den Staat und seine Gewalt grundlegend in Frage stellen. Denn die Bullen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!¹⁷

Diese Strategie blieb nicht ohne Wirkung. Immer wieder kam es zwischen 2009 und 2013 bei Demonstrationen oder Kundgebungen zu verbalen und tätlichen Übergriffen auf Polizisten, die als „Mörder“ verunglimpft und angegriffen wurden.

Das Thema Antirepression gewann im Untersuchungszeitraum dieser Studie innerhalb der links-extremistischen Szene Berlins zunehmend an Bedeutung. Dabei bildeten sich auch klandestine Kleingruppen-Strukturen, wie die „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ), „Anarchist Black Cross“ (ABC) und „out of control“.

Ein wichtiger Eckpfeiler der Antirepressions-Aktivitäten war (und ist) die Unterstützung vermeintlich „politischer Gefangener“. In ihren Mitgliedszeitschriften veröffentlichte etwa die „Rote Hilfe“ (RH) Adressen von Inhaftierten, die es politisch und materiell zu unterstützen galt. Die „Genossen“ hatten zudem die Möglichkeit, sich in Artikeln zu Wort zu melden. Darüber hinaus bot die RH unter bestimmten Voraussetzungen auch Angeklagten in laufenden Verfahren und nicht-inhaftierten Verurteilten vor allem rechtlichen Beistand und stellte damit eine wichtige Infrastruktur innerhalb der Szene. Außerhalb solcher auf Dauer angelegten Strukturen wurden Verhafteten und Verurteilten teils eigene, ad hoc gegründete „Soli“-Gruppen gewidmet, die im Internet Kampagnenarbeit betrieben oder zu Demonstrationen aufriefen.

Im Rahmen ihrer Antirepressions-Aktivitäten versuchten Linksextremisten auch immer wieder, die Sicherheitsbehörden und hier speziell die Polizei herauszufordern. Neben der unangekündigten Durchführung von Demonstrationen, durch die die Polizei vorgeführt und deutlich gemacht werden sollte, dass man die öffentliche Ordnung nicht anerkennt, häuften sich im Untersuchungszeitraum dieser Studie auch direkte Angriffe auf Polizisten, Polizeifahrzeuge, und es kam sogar zu einem direkten Angriff auf ein Polizeigebäude. Am 11. April 2011 warf eine unbekannte Gruppe von Tätern Farbflaschen, Steine und Brandsätze gegen das Dienstgebäude des Polizeiabschnitts 51 in Friedrichshain. Zwei der in den offenen Eingangsbereich geworfenen Brandflaschen entzündeten sich und nur durch Zufall blieb ein Mitarbeiter einer Reinigungsfirma, der gerade das Gebäude betreten hatte, trotz intensiver Flammenbildung unverletzt. Dass die Täter bei ihrer Flucht sogenannte „Krähenfüße“ auslegten, um ihre Verfolgung zu erschweren, spricht für die detaillierte Planung und klare Gewaltorientierung dieser Tat, wegen der der Generalbundesanwalt wegen schwerer Brandstiftung und versuchten Mordes ermittelt.

3.7.4 Gegen Umstrukturierung

Das Handeln linksextremistischer Akteure im Bereich städtebaulicher Umstrukturierungsmaßnahmen („Gentrifizierung“) war (und ist) primär auf die Etablierung „autonomer Freiräume“ gerichtet, in denen rechtsstaatliche Normen keine Geltung haben sollen. Diesen Anspruch versuchten Autonome insbesondere dann zu verteidigen, wenn zum Freiraum erklärte Gebiete oder Gebäude gegen rechtmäßige Räumungen gewaltsam „verteidigt“ und noch nach erfolgten Sanierungen immer wieder angegriffen wurden. Nicht selten mündete dies in - zum Teil schweren - Sachbeschädigungen an diesen Objekten oder in - häufig gewalttätig eskalierenden - spontanen Protestaufzügen. Die so entstandenen Drohkulissen gegenüber Immobilieninvestoren und Neumieter sowie ihren vermeintlichen „Erfüllungsgehilfen“ in Senatsverwaltungen, Polizei und Justiz waren gewollt und zielten auf Machtausübung in Teilen des öffentlichen Raums.

¹⁷ Artikel „Redebeiträge No Justice – No Peace: Slieman – wir vergessen dich nicht“ auf der Internetpräsenz der ARAB mit Datum vom 1.3.2011 (gehalten am 5.3.2011).

Dieser Teil der linksextremistischen Szene Berlins besaß im Untersuchungszeitraum einen geringeren Organisationsgrad. Seine Aktivitäten entstanden eher anlassbezogen und hatten Kampagnencharakter. Die Teilnahme war niedrigschwellig und nicht an tiefergehende linksextremistische „Glaubensbekenntnisse“ gebunden.

Zur wichtigsten Institution innerhalb dieses Spektrums des Berliner Linksextremismus hat sich in den vergangenen Jahren die „Rigaer 94“ entwickelt. Dabei handelt es sich vordergründig um einen Gebäudekomplex in der zweiten Häuserreihe der Rigaer Straße, der in der linksextremistischen Szene den Status eines „autonomen Freiraums“ inne hat. Bewohner und Besucher dieses Wohnprojektes und einer darin befindlichen Veranstaltungsstätte zählen zum harten Kern der autonomen „Anarcho“-Szene Berlins. Die „Rigaer 94“ war und ist Ausgangspunkt zahlreicher gewaltorientierter Aktionen, die sich gegen die Polizei, aber auch gegen Hinzugezogene und bauliche Veränderungen im weiteren Umfeld richten.

Besetzte Häuser, deren Räumungen zwangsweise durchgesetzt werden mussten, waren und sind von hohem Symbolwert für die autonome Szene. So etwa im Januar und Februar 2011, als die Zwangsräumung eines Anfang der 90er Jahre besetzten Hauses in der Liebigstraße 14 in Friedrichshain durchgeführt wurde. Bereits eine Demonstration im Vorfeld der eigentlichen Räumung lief völlig aus dem Ruder. Polizisten wurden massiv mit Flaschen und Steinen angegriffen. Am Tag der Räumung selbst, dem 2. Februar 2011, kam es neben einem unangemeldeten Aufzug mit 1 500 Teilnehmern schließlich stadtweit zu Anschlägen mit Farbe, Steinen, Pfefferspray, Pyrotechnik und Feuer, unter anderem auf das Rathaus Schöneberg, die Senatsverwaltung für Finanzen, die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union, Gebäude, Fahrzeuge und Beamte der Polizei, Sicherheitstechnik der Deutschen Bahn, diverse Bankfilialen und Geldautomaten sowie Geschäfte. Bei den genannten Aktionen wurden freiheitsbeschränkende Maßnahmen im dreistelligen Bereich durchgeführt und über 100 Polizeibeamte verletzt.

Immer häufiger wurden im Zuge des militanten Widerstandes gegen Umstrukturierungsmaßnahmen auch private Objekte und Personen Ziel von Attacken organisierter Autonome. 2013 wurden auf der sogenannten „Berliner Liste“ im Internet verschiedene Objekte und Institutionen aufgeführt, die aus Sicht von Linksextremisten verantwortlich für Verdrängungsprozesse in der Stadt seien. Dazu gehörten einerseits Eigentümer, Investoren, Projektentwickler und Vermieter als Profiteure, andererseits aber auch Behörden, Polizei und Justiz als deren vermeintliche Helfer.

„Wer sich als Teil der antisozialen Stadtumstrukturierung hervortut, kommt auf die Liste. Alles und Alle auf dieser Liste müssen mit einem Besuch rechnen. Dabei ist die Palette groß. Ob ein negatives Outing in der Nachbarschaft, ob das kollektive Überreichen eines Protestbriefes, ob eine kreative Fassadenumgestaltung eines Büros, ein Sit-In oder ziviler Ungehorsam bei einer Räumung – wir sammeln hier alles, was den Druck auf die Gegenseite erhöht und unseren Dissens sichtbar macht.“¹⁸

In diesem Rahmen wurde offen zu militanten Aktionen aufgerufen und u.a. auch auf Anleitungen zum Bau von Brand- und Sprengsätzen in einschlägigen Szenezeitschriften hingewiesen. Insgesamt wurden über 20 Aktionen auf der Internetpräsenz der „Berliner Liste“ dokumentiert, überwiegend Sachbeschädigungen an Luxuswohnbauprojekten, Amtsgerichten und Jobcentern. Der schwerwiegendste Vorfall ereignete sich in der Rigaer Straße in Friedrichshain, wo am 11. Mai 2013 auf der Baustelle eines noch nicht bezugsfertigen Eigentumswohnungskomplexes zwei Brände gelegt wurden. Die Feuer griffen auf Bauwagen, Baucontainer, Baugerüst sowie die Hausfassade über und richteten Sachschaden in Höhe von mehreren hunderttausend Euro an.

18 Artikel „Mieter*innen stressen zurück“ auf der Internetpräsenz „berlinerliste“ mit Datum vom 18.4.2013.

4 Opfer

Empirische Befunde

Personen und Sachen: Mit 59 % (902 Taten) richtete sich die Mehrzahl linker Gewalttaten „gegen Personen“; 619 Taten (41 %) waren „gegen Sachen“ gerichtet.

Gewalt gegen Polizeibeamte: In 81 % der „gegen Personen“ gerichteten linken Gewalttaten waren Polizistinnen und Polizisten Opfer der Attacken. 15 % der Taten richteten sich gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten. In 4 % der Fälle gerieten andere Personen (Haus- und Wohnungseigentümer, Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen) in den Fokus linker Gewalttäter.

Deliktkontext „gegen Polizeibeamte“: 81 % der gegen Polizeibeamte gerichteten Gewalttaten standen im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen. Bei den meisten Delikten gegen Polizistinnen und Polizisten handelte es sich um - mit steigender Tendenz - Körperverletzungen (39 %), gefolgt von Fällen des Landfriedensbruches (35 %) und Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte (24 %).

Deliktkontext „gegen rechts“: Knapp ein Drittel (31 %) der gegen (vermeintliche) Rechtsextremisten gerichteten Gewalttaten wiesen einen Demonstrationsbezug auf. Bei mehr als zwei Drittel der Fälle (69 %) gerieten Opfer und Täter jedoch unabhängig von öffentlichen Veranstaltungen aneinander. Bei der Mehrheit dieser Fälle (60 %) wurden die Opfer zufällig ausgewählt. Auffällig ist der hohe Anteil schwerer Straftaten (u. a. waren 56 % der Taten Gefährliche Körperverletzungen) in diesem Bereich linker Gewalttaten.

Gewalt „gegen Sachen“: Am häufigsten von den „gegen Sachen“ gerichteten Gewalttaten waren Kraftfahrzeuge (62 %) betroffen, in 16 % der Fälle Privat- oder Firmengebäude und in 6 % öffentliche Gebäude. Unterschieden nach Delikten dominierten dabei Brandstiftungen (62 %) und Fälle des Landfriedensbruches (28 %). Bei den Opfern der Brandstiftungen handelte es sich in den meisten Fällen um die Fahrzeuge von Privatpersonen (40 %), gefolgt von Firmenwagen (37 %) und Polizeifahrzeugen (15 %).

Angriffsziel nach Themenfeld: Thematisch waren linke Gewalttaten zu mehr als 80 % drei Bereichen zuzuordnen: Innen- und Sicherheitspolitik (34 %), Umstrukturierung (25 %) und Antifaschismus (23 %).

Interpretation

Situative Eskalationen „gegen Staatsgewalt“: Linke Gewalt richtet sich in allererster Linie gegen Polizistinnen und Polizisten. Vor allem im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen geraten Polizeibeamte regelmäßig ins Visier linker Gewalttäter. Die Eskalation der Gewalt ist dabei von der (spontanen) Entwicklung einer Veranstaltung, deren genereller Stoßrichtung, aber auch der Dominanz linksextremistischer polizeifeindlicher Teilnehmer abhängig.

„Antifaschismus“ als Rechtfertigung schwerer Gewalttaten: (Vermeintliche) Rechtsextremisten werden vielfach unabhängig von öffentlichen Veranstaltungen zum Opfer linker Gewalt. Nach einem zumeist zufälligen Aufeinandertreffen und der „Identifikation“ anhand von Äußerlichkeiten kann es dabei zu schweren Gewalttaten kommen. Ein nicht unerheblicher Anteil der so begangenen gefährlichen Körperverletzungen, aber auch der Raubdelikte dürfte Tatverdächtigen aus dem Bereich der autonomen „Antifa“ zuzurechnen sein.

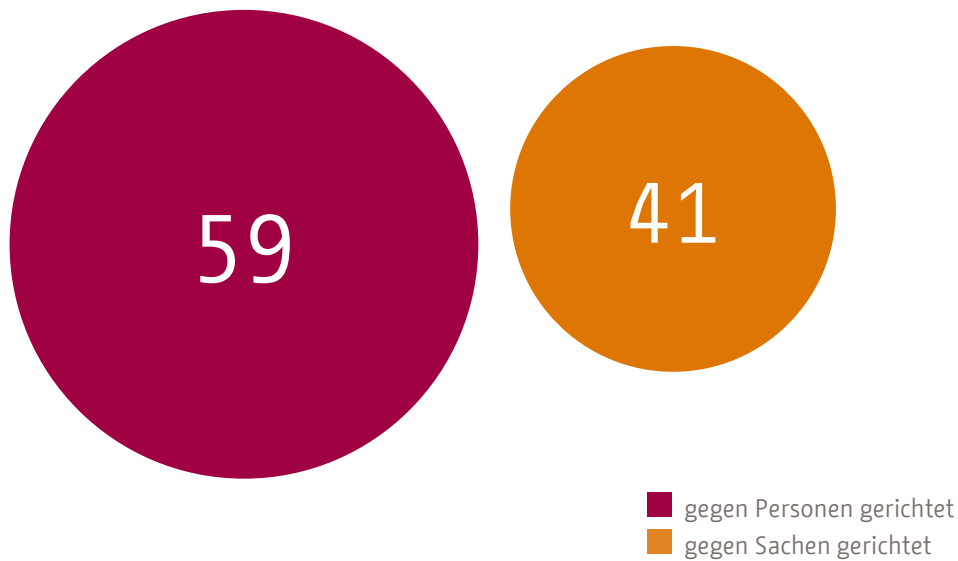
Linke Gewaltagenda: Die Fokussierung linker Gewalttaten auf die drei Bereiche Innen- und Sicherheitspolitik, Umstrukturierung und Antifaschismus entspricht im Wesentlichen den drei Kernthemen der linksextremistischen Szene Berlins, nämlich: dem Widerstand gegen staatliche Repression, der Verhinderung städtebaulicher Umstrukturierungen („Gentrifizierung“) und dem „Kampf gegen Faschismus“. Unabhängig von möglichen personellen und strukturellen Verbindungen von linken Gewalttätern und Linksextremisten zeigt sich hier eine gemeinsame thematisch-ideologische Basis beider Spektren.

4.1 Auswahl der Opfer

Je nach Ziel und Ablauf einer Tat bewertet die Polizei linke Gewalttaten als entweder „gegen Personen“ oder „gegen Sachen“ gerichtet. Dabei kann sich eine Tat zunächst formal „gegen eine Institution“ (z. B. die Polizei) richten, aber je nach Tatablauf als Gewalt „gegen Personen“ (Polizeibeamte) oder Gewalt „gegen Sachen“ (Polizeifahrzeuge) gezählt werden. Im Bereich der „gegen Personen“ gerichteten Gewalt werden im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) alle Personen als Opfer linker Gewalt benannt, die körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Bei Gewaltdelikten, die sich gegen Polizeibeamte richten, wird durch die Polizei keine Opferzahl benannt, sondern nur die angegriffene Institution Polizei.

Unterschieden nach Gewalttaten „gegen Personen“ und „gegen Sachen“, richtete sich die Mehrheit der zwischen 2009 und 2013 registrierten Delikte gegen Personen. Von 1 521 Taten, zu denen entsprechende Angaben vorlagen, waren 902 (59 %) „gegen Personen“ und 619 (41 %) „gegen Sachen“ gerichtet.

Abb. 27: Zielrichtung linker Gewalt 2009 bis 2013 (in Prozent)



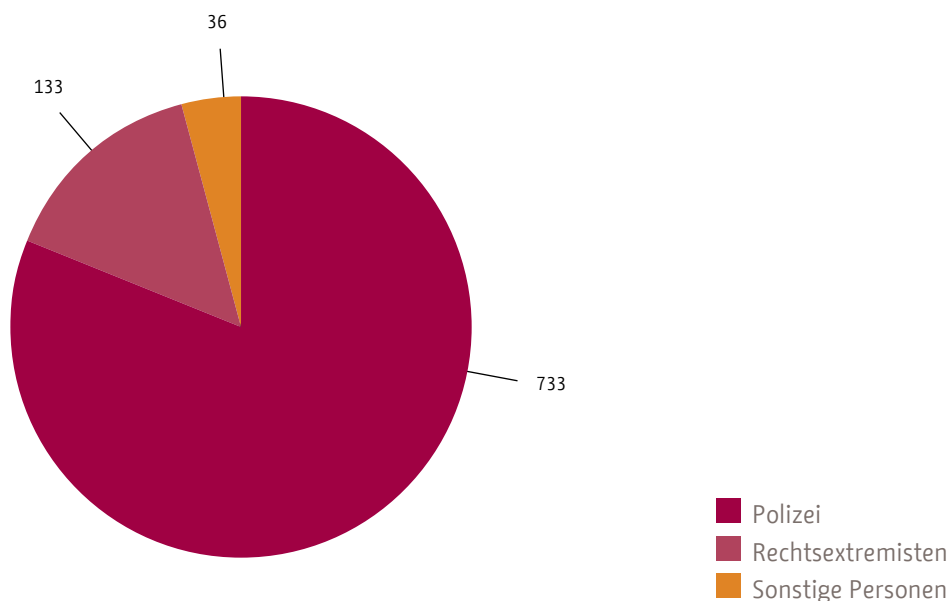
n = 1 521

Dabei hat der Anteil der gegen Personen gerichteten Gewalttaten zwischen 2009 und 2013 zugenommen. 2012 richteten sich 70 % aller linken Gewaltdelikte gegen Personen, 2013 waren es 62 %.

4.2 Gewalt gegen Personen

4.2.1 Gewalt gegen Polizeibeamte

Fragt man nach den Adressaten der „gegen Personen“ gerichteten linken Gewalttaten, zeigen die vorliegenden Daten einen eindeutigen Befund. Bei 733 der insgesamt 902 gegen Personen gerichteten Delikte waren Polizeibeamte Opfer linker Gewalttäter (81 %). 133 Taten richteten sich gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten (15 %) und von insgesamt 36 Taten (4 %) waren sonstige Personen, darunter etwa Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen, die Neubauprojekte bewachen, betroffen.

Abb. 28: Opfer der Gewaltdelikte „gegen Personen“ 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)

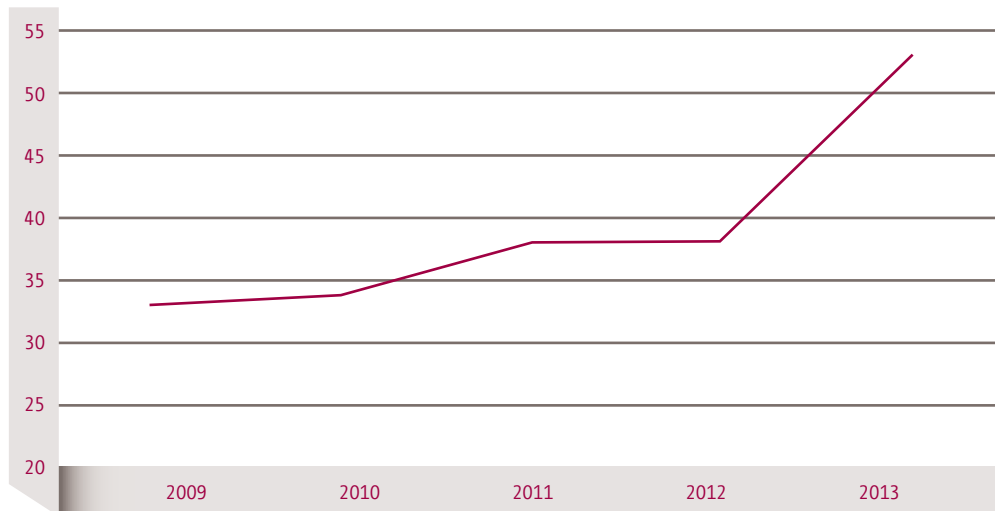
n = 902

Die überwiegende Mehrheit der gegen Polizeibeamte gerichteten Gewalttaten wurde im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen (angemeldeten und unangemeldeten Demonstrationen, Kundgebungen, Proteste gegen andere Veranstaltungen) begangen. 577 der insgesamt 733 gegen Polizeibeamte gerichteten Gewalttaten (81 %) wiesen einen entsprechenden Demonstrationsbezug auf.

Für diese massive Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten waren offensichtlich vor allem zwei Faktoren ursächlich. Zum Einen die situative Entwicklung bestimmter Großveranstaltungen. Bei Protesten gegen rechtsextremistische Veranstaltungen zum Beispiel waren die Polizeibeamten weniger das eigentliche Ziel vieler Delikte, sondern standen zwischen den rechten und linken Veranstaltungsteilnehmern, die sie vor gegenseitigen Übergriffen zu schützen suchten. In einer solchen, oftmals sehr unübersichtlichen und hoch emotionalisierten Gemengelage wurden die vor Ort befindlichen Polizistinnen und Polizisten oftmals Opfer linker Gewalttaten, ohne deren eigentliches Ziel zu sein.

Zum Anderen spielte bei der Konzentration linker Gewalttaten auf die Polizei aber auch eine ideologische Komponente eine nicht zu unterschätzende Rolle. Insbesondere das in der linksextremistischen Szene gepflegte „Feindbild Polizei“ und eine damit verbundene negative und latent aggressive Stimmung war geeignet, konkrete Gewalttaten gegen Polizeibeamte zu befördern. So gab es in jedem Jahr des Untersuchungszeitraums Szeneveranstaltungen, die aus ihrer Stoßrichtung gegen die Polizei keinen Hehl machten. Insbesondere bei Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Räumung von linken Szeneobjekten in der Brunnenstraße 2009 oder in der Liebigstraße 2011, bei unangemeldeten Demonstrationen wie 2011 in Erinnerung an Carlo Giuliani¹⁹ oder den jährlichen Protesten gegen den Europäischen Polizeikongress wurde die Polizei als Vertreter des staatlichen „Repressionsapparats“ regelmäßig zum Ziel vorsätzlicher Angriffe. Ganz bewusst wurden solche Veranstaltungen mit beleidigenden und provozierenden Plakaten wie „Hass auf Schweine“ oder Parolen wie „Ganz Berlin hasst die Polizei“ aufgeheizt.

19 Carlo Giuliani kam während der gewalttätigen Ausschreitungen am Rande des G8-Gipfels am 20.7.2001 in Genua ums Leben.

Abb. 29: Anteil der Körperverletzungsdelikte gegen Polizeibeamte 2009 bis 2013 (in Prozent)

n = 733

Unterschieden nach Delikten entfielen 286 der gegen Polizeibeamte gerichteten Taten (39 %) auf Körperverletzungen, bei 255 Taten (35 %) handelte es sich um Landfriedensbruchsdelikte und 178 Taten (24 %) betrafen Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte. Auffällig ist dabei vor allem die Entwicklung im Bereich der Körperverletzungsdelikte. Machte deren Anteil 2009 noch 33 % der Delikte aus, handelte es sich 2013 bei mehr als der Hälfte (53 %) aller gegen Polizeibeamte begangenen Gewalttaten um körperliche Angriffe. Diese Zahlen sind ebenso Ausdruck einer zunehmenden Aggressivität, wie die acht Fälle, in denen seit 2009 wegen versuchten Mordes oder Totschlags (§§ 211, 212 StGB) an Polizeibeamten ermittelt wurde.

Fallbeispiel: Versuchter Mord

Ein in den letzten Jahren schon beinahe als typisch zu bezeichnender Fall eines politisch links motivierten versuchten Mordes an Polizisten ereignete sich am 7. Juni 2013 am Kottbusser Tor im Ortsteil Kreuzberg. Während eines Einsatzes zur Bekämpfung von Betäubungsmittelkriminalität wurden mehrere Polizeibeamte von einer 40- bis 50-köpfigen Gruppe Vermummter attackiert und mit Steinen, Flaschen, Farbbeuteln und Teerflaschen beworfen: ein offensichtlich gezielter Übergriff, der darin gipfelte, dass ein brennender Molotowcocktail eine Polizistin nur knapp verfehlte. Die Angriffe setzten sich weiter fort, als die Polizisten ihren Gruppenwagen bestiegen hatten. Dabei entzündete sich ein bewusst auf das mit den Polizisten besetzte Auto geworfener Brandsatz, dessen Flammen große Teile des Kfz einschlossen.

4.2.2 Gewalt gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten

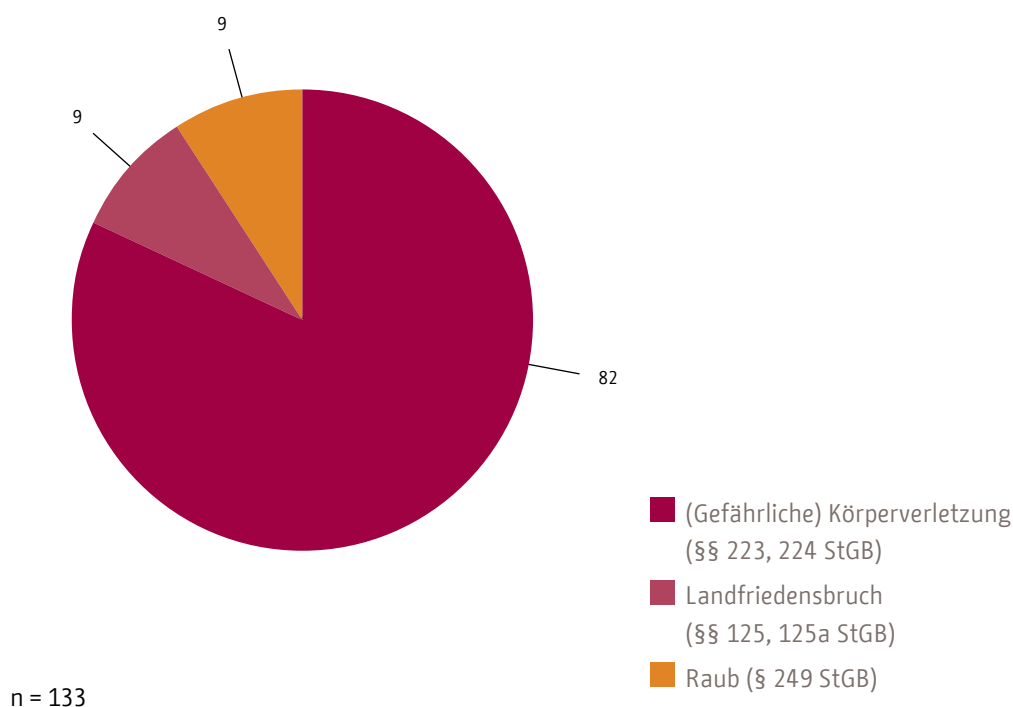
Mit großem Abstand machten sogenannte „links-rechts“ Auseinandersetzungen den zweiten größeren Anteil der gegen Personen gerichteten linken Gewalttaten aus. 133 Taten (15 % der Gewaltdelikte gegen Personen) richteten sich gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten.

Dabei kristallisierten sich im Untersuchungszeitraum zwei typische „Tatszenarien“ heraus: Übergriffe auf Teilnehmer rechtsextremistischer Veranstaltungen und Angriffe auf (anhand der Kleidung oder des Habitus) als „rechts“ definierte Personen, denen die Tatverdächtigen zumeist zufällig begegneten. 92 der 133 (69 %) gegen rechts gerichteten Taten waren dieser zweiten Gruppe zuzuordnen, 41 Taten (31 %) wurden im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Demonstrationen begangen. 2013, im Zuge des gesteigerten rechtsextremistischen Demonstrationsgeschehens vor Flüchtlingsunterkünften, machten demonstrationsbezogene Gewalttaten „gegen rechts“ die Mehrheit aus (58 %).

Insgesamt wurden zwischen 2009 und 2013 151 Personen Opfer dieser gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten gerichteten Gewalt. Etwa ein Viertel (25 %) davon wurde gezielt angegriffen, die Mehrheit der Opfer (60 %) geriet jedoch zufällig ins Visier linker Gewalttäter.²⁰

Die Deliktstruktur zeigt, dass diese Taten in ihrer überwiegenden Mehrheit auf die unmittelbare Konfrontation mit dem als politischer Gegner definierten Opfer ausgerichtet waren.

Abb. 30: Deliktstruktur der Gewalttaten „gegen rechts“ 2009 bis 2013 (in Prozent)



In acht von zehn Fällen handelte es sich um Körperverletzungsdelikte. Hervorzuheben ist dabei der hohe Anteil gefährlicher Körperverletzungen, der mit 75 Taten allein mehr als die Hälfte (56 %) aller „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten ausmachte. In der Regel war dies auf die gemeinschaftliche Tatbegehung mehrerer Tatbeteiligter oder auf die Benutzung eines gefährlichen Tatmittels zurückzuführen. Bemerkenswert ist auch der, insbesondere im Vergleich zur Deliktstruktur der Jahre 2003 bis 2008, hohe Anteil an Raubdelikten. Waren diese in der Vorgängerstudie gar nicht gesondert ausgewiesen, machten sie zwischen 2009 und 2013 mit zwölf Taten 9 % der Delikte „gegen rechts“ aus. In den meisten Fällen wurde den Opfern dabei ein Kleidungsstück entwendet, das Bezüge zum Rechtsextremismus aufwies (bestimmte Kleidermarke, Bandlogo etc.). In einigen Fällen wurde dem Betroffenen jedoch auch gezielt das Handy entwendet, um die Kontaktdaten (Namen, Telefonnummern) anderer Rechtsextremisten auszuspähen und diese im Rahmen von „Antifa“-Aktivitäten zu verwenden.

²⁰ Zu 15 % der Fälle lagen keine entsprechenden Angaben vor.

Fallbeispiel: Raub und gefährliche Körperverletzung

Einer der schwersten gewalttätigen Übergriffe gegen einen bekannten Berliner Rechtsextremisten ereignete sich am 15. November 2013. Opfer dieses Angriffes war der langjährige Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), der gezielt von vier unbekannt Personen vom Fahrrad gezogen und massiv mit einem Gegenstand geschlagen wurde. Nachdem er auch noch mit Pfefferspray besprüht worden war, durchsuchten die Angreifer ihr Opfer und entwendeten sein Handy. Mit mehreren Platzwunden, Verletzungen an Hand und Bein und einer Schädelfraktur musste das Opfer in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

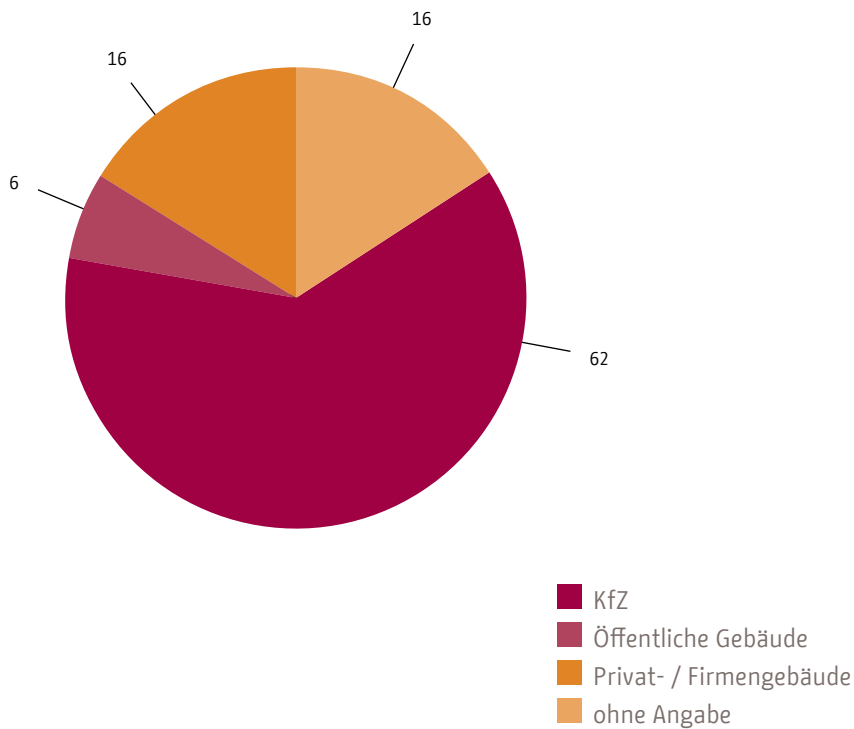
4.2.3 Gewalt gegen (sonstige) Privatpersonen

Insgesamt 36 Personen, bei denen es sich weder um Polizeibeamte noch um (vermeintliche) Rechtsextremisten handelte, waren zwischen 2009 und 2013 von ausdrücklich „gegen Personen“ gerichteter linker Gewalt betroffen. Diese Taten wiesen nahezu ausnahmslos einen Bezug zum Thema „Gentrifizierung“ auf. So waren von diesen Taten vor allem Eigentümer oder Mieter von Wohnungs- und Geschäftsneubauten oder Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen betroffen, die zum Schutz von noch im Bau befindlichen Neubauten abgestellt waren.

4.3 Gewalt gegen Sachen

Insgesamt wurden zwischen 2009 und 2013 619 linke Gewalttaten von der Polizei als „gegen Sachen“ gerichtet bewertet. Ähnlich wie im Bereich der „gegen Personen“ gerichteten Gewalt wird auf der Grundlage der hierzu zur Verfügung stehenden Daten auch in diesem Bereich eine ziemlich eindeutige Stoßrichtung linker Gewalt sichtbar.

Abb. 31: Ziele der „gegen Sachen“ gerichteten Gewalttaten 2009 bis 2013 (in Prozent)

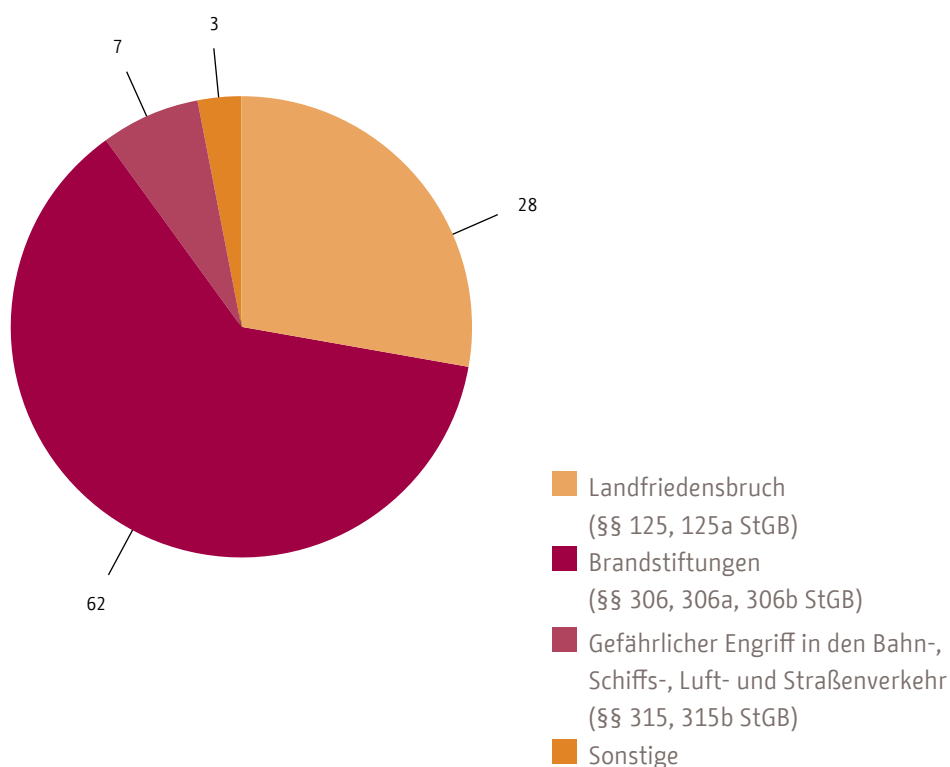


n = 619

Mit 62 % waren knapp zwei Drittel der linken Gewalt „gegen Sachen“ gegen Kraftfahrzeuge gerichtet. 16 % der Gewalttaten richteten sich gegen Privat- und/oder Firmengebäude und -gelände, in 6 % der Fälle waren öffentliche Gebäude Ziel politisch links gerichteter Attacken.

Zu diesen Ergebnissen passt auch die Deliktstruktur der „gegen Sachen“ gerichteten linken Gewalttaten. Zwischen 2009 und 2013 wurden insgesamt 384 Brandstiftungen (62 %), 176 Landfriedensbrüche (28 %) und 41 Fälle von gefährlichem Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr (7 %) bzw. gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr (3 %) registriert.

Abb. 32: Deliktstruktur linke Gewalt „gegen Sachen“ 2009 bis 2013 (in Prozent)



n = 619

Diese auf den ersten Blick eindeutigen Befunde müssen jedoch in mehrfacher Hinsicht relativiert werden. Zu einer Vielzahl dieser gegen Kraftfahrzeuge gerichteten Brandstiftungen konnten weder Tatverdächtige ermittelt werden, noch wurden - vor allem für die linksextremistische Szene durchaus typische - Selbstbeichtigungschriften veröffentlicht. Für einen nicht unerheblichen Anteil der hier ausgewiesenen Taten kommen insofern auch andere, unpolitische Motive in Betracht. Hierzu zählen etwa Erlebnisorientierung, Versicherungsbetrug oder persönliche Frustration, wie beispielsweise im Fall eines im April 2012 verurteilten (unpolitischen) Täters von 56 Brandstiftungen mit mehr als 100 betroffenen Fahrzeugen.

Dieses uneinheitliche Bild bestätigt auch die Analyse der zu den unmittelbaren Opfern der Kfz-Brände vorliegenden Daten. Insgesamt waren zwischen 2009 und 2013 155 Privatpersonen (40 %), 142 Firmenwagen (37 %), 58 Polizeifahrzeuge (15 %), 19 Kraftfahrzeuge der Deutschen Bahn AG (5 %) und 10 Fahrzeuge anderer staatlicher Einrichtungen (3 %) von als politisch motiviert bewerteten Brandanschlägen betroffen.

4.4 Zielrichtung nach Themenfeldern

Die Erfassung der politisch motivierten Kriminalität durch die Polizei erfolgt auf der Grundlage eines Themenfeldkataloges, durch den die Umstände und der Charakter einer Tat beschrieben werden. Aus diesen Themenfeldern lassen sich Rückschlüsse auf die Motivation der Täter bezüglich der Auswahl ihrer Opfer treffen. Für politisch links motivierte Gewalttaten umfasst dieser Themenkatalog u. a. die Oberbegriffe:

- Innen- und Sicherheitspolitik
- Umstrukturierung
- Antiimperialismus
- Konfrontation / Politische Einstellung
- Antifaschismus
- Ausländer- / Asylproblematik
- Ökologie / Industrie / Wirtschaft
- Sozialpolitik
- Hasskriminalität
- Politischer Kalender.

Konkretisiert werden diese Oberbegriffe durch verschiedene „Unterthemenfelder“, durch die beispielsweise Gewaltdelikte aus dem Bereich Innen- und Sicherheitspolitik mit bestimmten Veranstaltungen wie dem 1. Mai in Verbindung gebracht werden. Dabei sind Mehrfachnennungen möglich. Für die nachfolgende Auswertung wurde auf das Themenfeld abgestellt, dem eine Tat zuerst zugeordnet wurde. Dabei zeigen sich für die Jahre 2009 bis 2013 drei thematische Schwerpunkte.

**Abb. 33: Thematische Zielrichtung linker Gewalttaten 2009 bis 2013
(in absoluten Zahlen und Prozent)**

Themenfeld	Absolute Anzahl	Prozentanteil an 1 523 Taten
Innen- und Sicherheitspolitik	517	34 %
Umstrukturierung	373	25 %
Antifaschismus	346	23 %
Antiimperialismus	103	7 %
Ausländer - / Asylproblematik	52	3 %
Sozialpolitik	20	1 %
Konfrontation / Politische Einstellung	17	1 %
Hasskriminalität	17	1 %
Andere Themenfelder	78	5 %

n = 1 523

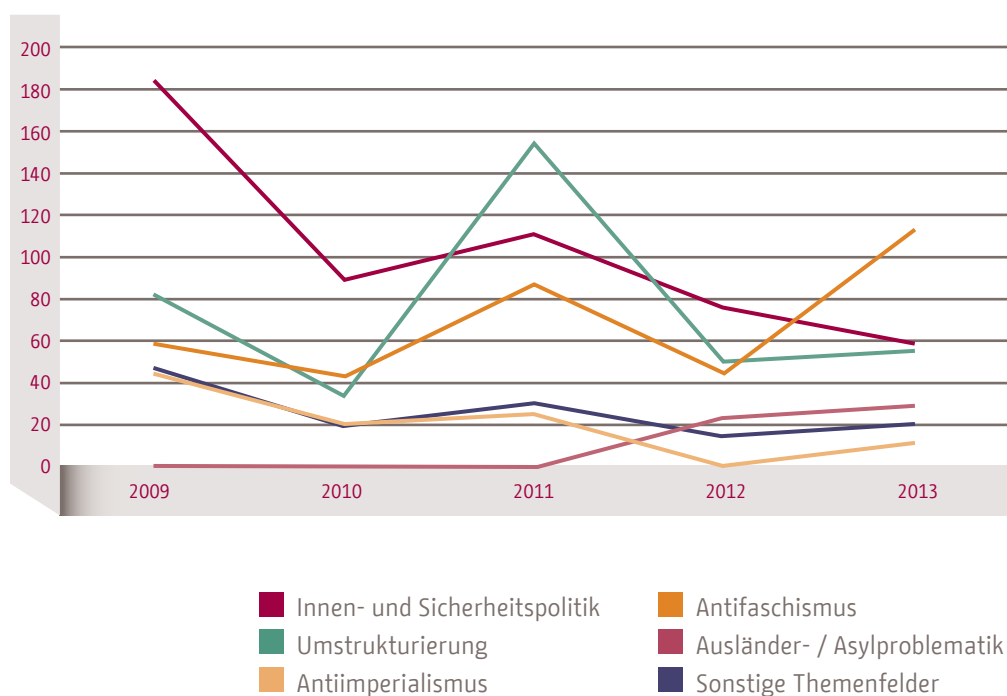
Mit 34 % waren demnach mehr als ein Drittel der linken Gewalttaten dem Bereich der „Innen- und Sicherheitspolitik“ zuzurechnen. Hierunter fallen zum Beispiel sämtliche Gewaltdelikte, die sich gegen die Polizei richteten. Diese Bewertung ist zunächst unabhängig vom erweiterten Kontext einer Tat, der in zusätzlich vergebenen Themenfeldern zum Ausdruck kommen kann. In den Bereich der „Innen- und Sicherheitspolitik“ fallen auch sämtliche Gewalttaten im Zusammenhang mit Wahlen, Wahlkämpfen oder Parteiveranstaltungen.

Die zweitmeisten linken Gewalttaten in Berlin waren zwischen 2009 und 2013 dem Bereich „Umstrukturierung“ (373 Taten, 25 %) zuzuordnen. Dieses Themenfeld beinhaltet u. a. alle Fälle linker Gewalttaten, die den Widerstand gegen die Veränderung sozial- und wohnräumlicher Strukturen mit der gewalttätigen Etablierung so genannter „autonomer Freiräume“ verknüpfen. Hierzu zählen insbesondere Angriffe auf im Bau befindliche oder bereits fertiggestellte Neubauten und auch Sachbeschädigungen oder Brandanschläge gegen Luxus-Pkw in bestimmten Bezirken. Hinzu kommen Ausschreitungen wie etwa im Rahmen der Proteste gegen die Räumung eines Szeneobjektes in der Liebigstraße 14 im Jahr 2011 oder gegen eine Zwangsräumung in der Lausitzer Straße im Jahr 2013.

Den dritten großen thematischen Schwerpunkt linker Gewalt bildete der Bereich „Antifaschismus“ (346 Taten, 23 %), der vor allem die Fälle politisch motivierter Gewalt gegen Rechtsextremisten bzw. vermeintliche Rechtsextremisten umfasst. Dem Themenfeld „Antifaschismus“ war auch die überwiegenden Mehrheit der Fälle aus den Bereichen „Konfrontation / Politische Einstellung“ (17 Taten, 1 %) und Hasskriminalität (17 Taten, 1 %) zuzurechnen.

Ab 2013 gewann schließlich ein vierter Bereich zunehmend an Bedeutung. Die steigenden Flüchtlingszahlen und die damit einhergehenden fremdenfeindlichen Proteste vor Flüchtlingsunterkünften führten zu einer entsprechenden Reaktion in der linken / linksextremistischen Szene, die sich auch in entsprechenden Gewalttaten (2012: 23 Taten, 2013: 29 Taten) im Bereich „Ausländer- / Asylproblematik“ („Antirassismus“) niederschlug.

Abb. 34: Themenfelder linker Gewalt nach Jahren (in absoluten Zahlen)



n = 1 523

Eine chronologische Betrachtung der Entwicklung nach Jahren zeigt für die Jahre 2009 bis 2010 einen relativ synchronen Verlauf der Taten nach einzelnen Themenfeldern. 2011 dominierten Gewalttaten, die sich gegen städtebauliche Umstrukturierungen richteten, wofür zu einem beträchtlichen Teil Taten verantwortlich waren, die im Zusammenhang mit der Zwangsräumung eines Szeneobjektes in der Liebigstraße im Ortsteil Friedrichshain standen. 2013 waren die meisten Taten dem Bereich „Antifaschismus“ zuzurechnen. Eine Entwicklung, die vor allem einer Vielzahl von Taten geschuldet war, die im Zusammenhang mit Protesten gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Aktivitäten gegen Flüchtlingsunterkünfte standen.

5 Entwicklungen

Die Übernahme wesentlicher Grundzüge des Aufbaus der Vorgängerstudie zu linker Gewalt in Berlin 2003 bis 2008 in die vorliegende Studie diente nicht zuletzt auch der Vergleichbarkeit der jeweiligen Ergebnisse beider Studien. Erstmals konnten auf diese Weise Veränderungen und Konstanten linker Gewalt in Berlin über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren beobachtet und dargestellt werden.

5.1 Vergleich Taten

Steigende Fallzahlen mit größeren Schwankungen: Das Ausmaß linker Gewalt in Berlin hat deutlich zugenommen. Wurden in den sechs Jahren zwischen 2003 und 2008 durchschnittlich 139 Gewaltdelikte pro Jahr registriert, hat sich diese Zahl mit im Durchschnitt 305 Gewalttaten pro Jahr zwischen 2009 und 2013 mehr als verdoppelt. Dabei lagen die Fallzahlen jedes einzelnen Jahres des Zeitraumes zwischen 2009 und 2013 über dem am höchsten belasteten Jahr des zuvor untersuchten Zeitraumes (2007: 186 Taten).

Auffällig sind zudem die enormen Schwankungen der Fallzahlen linker Gewalt zwischen 2009 und 2013, demgegenüber die Zahlen zwischen 2003 und 2008 nahezu „homogen“ erscheinen. So waren die Fallzahlen der Jahre 2009 und 2011 doppelt so hoch wie in den Folgejahren 2010 und 2012.

Veränderte Deliktstruktur: Vor allem an zwei Punkten zeigt sich ein verändertes Erscheinungsbild linker Gewalt in Berlin:

Der Anteil der Brandstiftungen - zwischen 2003 und 2008 noch die am häufigsten registrierten Delikte - war signifikant rückläufig. Dabei drückt der Vergleich der Durchschnittszahlen der Jahre 2003 bis 2008 (32 %) und 2009 bis 2013 (25 %) diese Entwicklung nur unzureichend aus. Entfiel 2008 noch knapp die Hälfte aller Taten (46 %) auf Brandstiftungen waren es 2013 nur noch 12 %.

Parallel dazu stieg der Anteil von Delikten, die im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen wurden. Gegenüber dem Durchschnittswert von 44 % in den Jahren 2003 bis 2008 auf 57 % 2012 und 72 % im Jahr 2013. Eine Entwicklung, die sich auch in der Deliktstruktur niederschlug. Zwei Drittel (2012) bzw. sogar knapp drei Viertel (2013) aller linken Gewalttaten verteilten sich in diesen beiden Jahren auf Körperverletzungs- und Landfriedensbruchdelikte.

Verdichteter Raum und neue themenbezogene „Hotspots“ linker Gewalt: Noch stärker als zuvor hat sich der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zum Schwerpunkt-Bezirk linker Gewalt in Berlin entwickelt. Im Vergleich zum Zeitraum 2003 bis 2008, in dem 35 % aller linken Gewalttaten in diesem Bezirk stattfanden, stieg dieser Anteil in den Jahren 2009 bis 2013 auf 46 % an. Gegenläufig verlief die Entwicklung in Pankow, wo sich der Anteil am Gesamtaufkommen linker Gewalttaten nahezu halbierte (von 15 % auf 8 %).

2013 wurde diese Entwicklung durch die Verlagerung vieler linker Gewalttaten in die Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick relativiert. Dass diese beiden - bis dahin so gut wie nie von linker Gewalt betroffenen - Bezirke den Schwerpunkt der (auch gewalttätigen) Proteste gegen die fremdenfeindlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Neueröffnung von Flüchtlingsheimen bildeten, zeigt exemplarisch, wie stark Anstieg oder Rückgang der Fallzahlen linker Gewalt an bestimmte Themen und Veranstaltungen gebunden sind.

„Emanzipation“ linker Gewalt vom 1. Mai: Die Bedeutung der Ereignisse rund um den 1. Mai („Walpurgisnacht“, „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“) für das Gesamtaufkommen politisch links motivierter Gewalttaten hat spürbar nachgelassen. Ereigneten sich zwischen 2003 und 2008 noch 24 % aller Taten im Monat Mai, waren es zwischen 2009 und 2013 nur noch durchschnittlich 20 % - 2013 sogar nur noch 14 %. Dass damit kein genereller Rückgang der Fallzahlen linker Gewalt verbunden war, zeigt, dass sich zwar Zeit und Ort linker Gewalt veränderten, jedoch dessen gesamtes Ausmaß von den Entwicklungen rund um den 1. Mai weitgehend unberührt blieb. Diesbezüglich kann von einem zunehmend diversifizierten Demonstrationsgeschehen gesprochen werden.

5.2 Vergleich Tatverdächtige

Jugendliches, männlich dominiertes Gruppenphänomen: Linke Gewalt in Berlin wurde mehrheitlich von Gruppen bzw. aus Gruppen heraus verübt. Auffällig hoch blieb der Anteil von Großgruppen mit mehr als zehn Personen (2003 - 2008: 48 %, 2009 - 2013: 43 %), was vor allem auf die Bindung vieler Taten an Demonstrationen zurückzuführen ist. Deutlich gestiegen ist allerdings der Anteil an Einzeltätern von durchschnittlich 13 % zwischen 2003 und 2008 auf 24 % zwischen 2009 und 2013. Hauptverantwortlich hierfür war die Entwicklung im Jahr 2013, als mit 44 % nahezu die Hälfte aller Taten von Einzeltätern begangen wurde.

Betrachtet nach Altersgruppen bleibt linke Gewalt vor allem ein Jugendphänomen. Zwischen 2003 und 2008 waren 87 % der Tatverdächtigen unter 30 Jahren, zwischen 2009 und 2013 lag dieser Anteil bei 79 %. Die Altersgruppe zwischen 21 und 24 Jahren blieb die am häufigsten betroffene.

Leicht rückläufig war der Anteil weiblicher Tatverdächtiger (von 19 % zwischen 2003 und 2008 auf 16 % zwischen 2009 und 2013). Linke Gewalt bleibt damit ein vor allem männlich dominiertes Phänomen.

Mehr Vorbestrafte: Eine der signifikantesten Veränderungen im Vergleich beider Studien zu linker Gewalt in Berlin ist der deutlich gestiegene Anteil vorbestrafter Tatverdächtiger. Waren zwischen 2003 und 2008 lediglich 16 % der Tatverdächtigen vorbestraft, hat sich dieser Anteil zwischen 2009 und 2013 mit 41 % mehr als verdoppelt. Die Tatsache, dass die Mehrheit aller linken Gewaltdelikte einen Demonstrationsbezug aufwies, legt den Schluss nahe, dass insbesondere (größere) öffentliche Veranstaltungen in gestiegenem Maße auch bereits straffällig gewordene Personen anziehen.

Empirisch nicht valide zu bestimmender Einfluss linksextremistischer Personenzusammenschlüsse: Hinweise auf einen direkten Zusammenhang linksextremistischer Gruppierungen mit den hier untersuchten linken Gewalttaten lagen im Zeitraum beider Studien nur in Einzelfällen vor. Hierzu zählen insbesondere Taten, zu denen Bekennerschreiben vorlagen oder, die aufgrund ihrer Planung, Zielrichtung und Schwere Bezüge zum linksextremistischen Spektrum nahe legten. Die sichtbarsten Hinweise auf Verbindungen von linken Gewalttätern und linksextremistischer Szene bieten die Übereinstimmungen von Wohnorten linker Gewalttäter und Linksextremisten und inhaltliche Übereinstimmungen, wie sie in den Themenfeldern der Gewalttaten einerseits und den Kernthemen der linksextremistischen Szene andererseits zum Ausdruck kommen. Insofern sind die Bezüge eher indirekt als direkt und eher qualitativ als quantitativ herzuleiten. Nicht zuletzt hier setzt die Arbeit des Verfassungsschutzes an.

5.3 Vergleich Opfer

Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte steigt: Nahezu unverändert richtete sich linke Gewalt mehrheitlich gegen Personen (58 % der Taten zwischen 2003 und 2008, 59 % der Taten zwischen 2009 und 2013). Hauptbetroffene dieser „personalisierten“ Gewalt waren in acht von zehn Fällen Polizeibeamte, die wiederum zu 81 % im Zuge von öffentlichen Veranstaltungen zum Ziel linker Gewalttäter wurden. Dieser Anteil ist im Vergleich zur Vorgängerstudie, nach der zwischen 2003 und 2008 Polizistinnen und Polizisten bereits 75 % der Opfer demonstrationsbezogener Gewalttaten ausmachten, nochmals gestiegen. Offensichtlich ist die Hemmschwelle, auf öffentlichen Veranstaltungen - nicht selten aus einer größeren Gruppe heraus - Polizisten zu attackieren, weiter gesunken.

Weniger Brandanschläge mit leicht veränderter Zielrichtung: Bei der „gegen Sachen“ gerichteten Gewalt dominierten in beiden Untersuchungszeiträumen Brandstiftungsdelikte an Kraftfahrzeugen. In den Jahren 2012 und 2013 sank der Anteil entsprechender Brandstiftungsdelikte jedoch deutlich auf 15 % (2012) bzw. 12 % (2013) aller linken Gewalttaten. Wurden 2009 noch insgesamt 128 Kfz-Brände als politisch motiviert bewertet, waren es 2013 nur noch 28.

Abgestellt auf die Opfer der Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge waren sowohl der - in beiden Studien größte - Anteil an privaten Kfz (zwischen 2003 und 2008 45 % der Opfer und zwischen 2009 und 2013 40 %) als auch der Anteil betroffener Firmenwagen (43 % gegenüber 37 %) leicht rückläufig. Deutlich häufiger wurden jedoch Polizeifahrzeuge angegriffen. Neun zwischen 2003 und 2008 registrierten Fällen standen 58 in den Jahren 2009 bis 2013 registrierten Brandstiftungen an Polizeieinsatzfahrzeugen gegenüber. Auch im Bereich der „gegen Sachen“ gerichteten Gewalt geriet die Polizei damit noch stärker als im Zeitraum der Vorgängerstudie in den Fokus linker Gewalttäter.

Modifizierte thematische Agenda linker Gewalt: Während in beiden Studien ein großer Anteil linker Gewalttaten den Themenfeldern „Innen- und Sicherheitspolitik“ und „Antifaschismus“ zuzuordnen war, wurde das Thema „Antiimperialismus“ in den Jahren 2009 bis 2013 zunehmend durch Taten, die dem Bereich „Umstrukturierung“ zuzuordnen waren, verdrängt.

Hier zeigt sich am deutlichsten die Abhängigkeit der Zielrichtung und des Ausmaßes linker Gewalt von aktuellen Ereignissen. Während in der ersten Studie ein überproportional großer Anteil aller Gewalttaten eine globalisierungskritische („antiimperialistische“) Stoßrichtung besaß - wie etwa die gewalttätigen Proteste gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm - und dementsprechend dem Themenfeld „Antiimperialismus“ zuzuordnen waren, gewann im Rahmen der in dieser Studie untersuchten Gewalttaten das Thema „Umstrukturierung“ zunehmend an Bedeutung. Beispielhaft hierfür stehen die diesem Themenfeld zuzurechnenden Taten die im Zusammenhang mit der Räumung eines linken Szeneobjektes in der Liebigstraße im Jahr 2011 begangen wurden. Auch die Zunahme „antifaschistischer / antirassistischer“ Gewalttaten ab 2013, die im engen Zusammenhang mit den Protesten gegen fremdenfeindliche Aktivitäten gegen Flüchtlingsunterkünfte standen, belegen die Bindung linker Gewalt an aktuelle politische Entwicklungen.

6 Maßnahmen gegen linke Gewalt

Während sich im Bereich rechter Gewalt (bzw. rechtsextremistischer Aktivitäten) sowohl im präventiven als auch im repressiven Bereich mittlerweile eine ganze Palette an Maßnahmen, getragen von einer Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, etabliert hat, sucht man Vergleichbares für Linksextremismus / linke Gewalt weitgehend vergeblich. Dieser Befund soll keineswegs die von rechter Gewalt ausgehende Gefährdung bagatellisieren bzw. die Notwendigkeit der dagegen initiierten Maßnahmen in Frage stellen. Er ist nur Ausdruck einer durchaus weit verbreiteten Sichtweise auf linke Gewalt als ein Phänomen, für das hauptsächlich Jugendliche verantwortlich sind, die in ihrem Einsatz für legitime gesellschaftliche und soziale Ziele lediglich „etwas über die Stränge schlagen“. Dieser verharmlosenden Sichtweise auf zum Teil schwerste Straftaten, wie versuchte Morde, die mit dem Ziel verübt werden, wesentliche Bestandteile unserer verfassungsmäßigen Ordnung außer Kraft zu setzen, entschieden entgegenzutreten, ist ein erster unabdingbarer Schritt zur nachhaltigen Bekämpfung linker Gewalt.

Bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird entsprechende Aufklärungs- und Präventionsarbeit bereits seit längerem geleistet. Neben regelmäßigen Vorträgen hat der Berliner Verfassungsschutz 2014 eine Infobroschüre veröffentlicht, in der auf knapp 60 Seiten Begriffe, Strukturen und Themen des Linksextremismus dargestellt werden. Im Dezember 2014 diskutierten Vertreter von Sicherheitsbehörden, Medien und der Wissenschaft auf Einladung des Berliner Verfassungsschutzes über die Gefahren, die von linksextremistischem Gedankengut und linker Gewalt ausgehen. Mit der „Landeskommission gegen Gewalt“ (LAKO), deren Geschäftsstelle ebenfalls bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angesiedelt ist, existiert zudem ein Gremium, das sich in den letzten Jahren mit ganz unterschiedlichen Gewaltphänomenen befasst hat und deren Erkenntnisse auch im Rahmen der Prävention gegen politisch links motivierte Gewalt Verwendung finden können.

Aber auch Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind bei der Aufklärung über die Potenziale und Gefahren linker Gewalt und linksextremistischer Einstellungen gefordert. Für Aufsehen sorgte eine Anfang 2015 veröffentlichte Studie von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin (FU Berlin) zu demokratiegefährdenden Potenzialen des Linksextremismus. Nach den Ergebnissen dieser Studie zeigte sich bei einem Sechstel der Gesamtbevölkerung Deutschlands eine - nach den Maßstäben der Autoren der Studie - linksradikale / linksextreme Grundhaltung. Besorgniserregend ist insbesondere der Befund, nachdem die durchschnittliche Zustimmung zum Einsatz politisch motivierter Gewalt²¹ bei sieben Prozent (!) lag. Die Forscher kamen zudem zu dem Schluss, dass sich durch den gewachsenen gesellschaftspolitischen Einfluss radikaler (nicht extremistischer) Linker auch ein Milieu etablieren konnte, das zugleich „Schutz und Projektionsfläche für die extreme Linke“²² ist. Diese Studie kann, ebenso wie die vorliegende Untersuchung zu linker Gewalt, zu einer empirisch unterstützten Ursachendebatte linker Gewalt beitragen und Anhaltspunkte für präventive Maßnahmen liefern.

21 Gemeint war hier sowohl „proaktive“ Gewalt gegen Personen oder Sachen als auch „reaktive“ Gewalt gegen eine als strukturell empfundene Gewalt „des Systems“.

22 Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika: „Gegen Staat und Kapital - für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie“, Frankfurt / Main, 2015.

Ein durchaus erfolgversprechender Weg ist dabei der von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen verfolgte Ansatz zur Demokratieentwicklung und -förderung. Wenn in bestimmten Teilen der Gesellschaft eine - wie in der o. a. Studie diagnostizierte - grundsätzliche Unzufriedenheit mit bestimmten politischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen herrscht, müssen die Möglichkeiten und Wege, die unser demokratisches System jedem Einzelnen bietet, darauf Einfluss zu nehmen, intensiver verbreitet und beworben werden. In dem Maße, in dem über eine aktive Teilhabe an demokratischen Prozessen, das Wissen und die Überzeugung darüber wachsen, etwas in legalem Rahmen bewegen zu können, wird die Neigung, Gewalt zur Durchsetzung bestimmter Ziele anzuwenden, abnehmen. Ein hervorragendes praktisches Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement für die erfolgreiche Eindämmung von (auch politisch motivierter) Gewalt ist die Initiierung des MyFest durch Anwohnerinitiativen in Kreuzberg. Nicht zuletzt durch ihr Engagement ist es gelungen, die jahrelange Spirale der Gewalt am 1. Mai zu durchbrechen und gewaltsuchende Demonstranten und Krawalltouristen noch weiter zu bekämpfen.

Selbstverständlich werden solche zivilgesellschaftlichen Initiativen und präventiven Maßnahmen allein linke Gewalt nicht nachhaltig eindämmen können. Wie die vorliegende Studie zeigt, sind es insbesondere öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen, in deren Rahmen politisch motivierte Gewalt eskaliert. Aus diesem Grunde operiert die Berliner Polizei bei störanfälligen Großveranstaltungen bereits seit mehreren Jahren mit einer Doppelstrategie. Das „Konzept der ausgestreckten Hand“ legt den Schwerpunkt zunächst auf konfliktmindernde und gewaltdämpfende Maßnahmen sowie zurückhaltende Präsenz bei friedlichen Veranstaltungen. Besonders gekennzeichnete und speziell ausgebildete Anti-Konflikt-Teams (AKT) der Polizei suchen das Gespräch mit Teilnehmern, Anwohnern, Zuschauern und Medienvertretern, um Konflikte zu verhindern oder abzumildern, zu vermitteln und Gewaltrituale zu durchbrechen. Gleichzeitig wird jedoch bei auftretender Gewalt konsequent eingeschritten und erkannte Straftäter werden gezielt von geschulten Einheiten festgenommen.

Allein mit einem ausgewogenen Maß an repressiven und präventiven Maßnahmen kann es gelingen, linke Gewalt nachhaltig zu bekämpfen und einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu etablieren, durch den jede Form politisch motivierter Gewaltanwendung geächtet wird.

7 Anhang

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Fallzahlen linker Gewalt in Berlin nach Jahren (in absoluten Zahlen)	9
Abb. 2: Überblick PMK - links 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)	12
Abb. 3: Anteil einzelner Delikte 2009 bis 2013 (in Prozent)	18
Abb. 4: Deliktarten nach Jahren (in absoluten Zahlen)	19
Abb. 5: Entwicklung demonstrationsbezogener Gewalttaten nach Jahren (in Prozent und in absoluten Zahlen)	20
Abb. 6: Deliktstruktur Demonstrationen 2009 bis 2013 (in Prozent)	21
Abb. 7: Tatorte 2009 bis 2013 (in Prozent)	22
Abb. 8: Tatorte nach Bezirken 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)	23
Abb. 9: Tatorte nach Ortsteilen 2009 bis 2013 (in Prozent)	24
Abb. 10: Tatorte nach Ortsteilen 2013 (in absoluten Zahlen)	25
Abb. 11: Wohnorte der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)	26
Abb. 12: Wohnorte der Berliner Tatverdächtigen nach Ortsteilen 2009 bis 2013 (in Prozent)	27
Abb. 13: Verortung der Tatverdächtigen bei Gewalttaten „gegen rechts“ 2009 bis 2013 (in Prozent)	28
Abb. 14: Linke Gewalttaten nach Monaten 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)	30
Abb. 15: Linke Gewalttaten nach Wochentagen 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)	31
Abb. 16: Linke Gewalttaten nach Uhrzeit 2009 bis 2013 (in Prozent)	31
Abb. 17: Tatmittel 2009 bis 2013 (in Prozent)	32
Abb. 18: Tatverdächtige je Tat 2009 bis 2013 (in Prozent)	36
Abb. 19: Entwicklung des Anteils von Einzeltätern bei demonstrationsbezogenen Delikten 2009 bis 2013 (in Prozent)	37
Abb. 20: Geschlecht der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)	38
Abb. 21: Altersverteilung der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)	39
Abb. 22: Altersverteilung männlicher und weiblicher Tatverdächtiger 2009 bis 2013 (in Prozent)	40
Abb. 23: Schulabschlüsse der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)	41
Abb. 24: Erwerbstätigkeit der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)	42
Abb. 25: Delinquenz der Tatverdächtigen 2009 bis 2013 (in Prozent)	43
Abb. 26: Mehrfach Tatverdächtige 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)	44
Abb. 27: Zielrichtung linker Gewalt 2009 bis 2013 (in Prozent)	51

Abb. 28: Opfer der Gewaltdelikte „gegen Personen“ 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen)	52
Abb. 29: Anteil der Körperverletzungsdelikte gegen Polizeibeamte 2009 bis 2013 (in Prozent)	53
Abb. 30: Deliktstruktur der Gewalttaten „gegen rechts“ 2009 bis 2013 (in Prozent)	54
Abb. 31: Ziele der „gegen Sachen“ gerichteten Gewalttaten 2009 bis 2013 (in Prozent)	55
Abb. 32: Deliktstruktur linke Gewalt „gegen Sachen“ 2009 bis 2013 (in Prozent)	56
Abb. 33: Thematische Zielrichtung linker Gewalttaten 2009 bis 2013 (in absoluten Zahlen und in Prozent)	57
Abb. 34: Themenfelder linker Gewalt nach Jahren (in absoluten Zahlen)	58

Delikte Politisch motivierter Gewaltkriminalität nach dem Strafgesetzbuch (StGB)

§ 113	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
§ 114	Widerstand gegen Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen
§ 125	Landfriedensbruch
§ 125 a	Besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs
§ 177	Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung
§ 178	Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge
§ 211	Mord
§ 212	Totschlag
§ 213	Minder schwerer Fall des Totschlags
§ 216	Tötung auf Verlangen
§ 220 a	Völkermord
§ 222	Fahrlässige Tötung
§ 223	Körperverletzung
§ 224	Gefährliche Körperverletzung
§ 225	Misshandlung Schutzbefohlener
§ 226	Schwere Körperverletzung
§ 227	Körperverletzung mit Todesfolge
§ 231	Beteiligung an einer Schlägerei
§ 234	Menschenraub
§ 239	Freiheitsberaubung
§ 239 a	Erpresserischer Menschenraub
§ 239 b	Geiselnahme
§ 249	Raub
§ 250	Schwerer Raub
§ 251	Raub mit Todesfolge
§ 252	Räuberischer Diebstahl
§ 253	Erpressung
§ 255	Räuberische Erpressung
§ 306	Brandstiftung
§ 306 a	Schwere Brandstiftung
§ 306 b	Besonders schwere Brandstiftung
§ 306 c	Brandstiftung mit Todesfolge
§ 307	Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie
§ 308	Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion
§ 315	Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr
§ 315 b	Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr
§ 316 a	Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer
§ 316 c	Angriff auf den Luftverkehr

Zusätzlich zählen sieben Straftatbestände aus dem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB, §§ 6 - 12) zur Politisch motivierten Kriminalität.

Literaturverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2014):** Statistischer Bericht – Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31.12.2012. www.statistik-berlin-brandenburg.de.
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1996):** Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 4. Aufl., Bonn.
- Backes, Otto / Reichenbach, Peter (2002):** Demonstrationsfreiheit und Gewalt: Die Gefährdung politischer Grundrechte durch das Strafrecht. In: Heitmeyer, Wilhelm / Hagan, John: Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden. 2002.
- Backes, Uwe (2007):** Rechts- und linksextremistische Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen. In: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich. Politische Studien 1/2007, S. 31 - 43.
- Bötticher, Astrid / Mares, Miroslav (2012):** Extremismus: Theorien - Konzepte - Formen. 1. Aufl., München.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2010 - 2014):** Verfassungsschutzberichte 2009 - 2013. Berlin.
- Hoffmann-Holland, Klaus (2010):** Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin - triangulierte kriminologische Studie. Berlin.
- Kersten, Joachim (2002):** Jugendgewalt und Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/2002, S. 14 – 20.
- Kühnel, Wolfgang (2002):** Gruppen, Gangs und Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm / Hagan, John (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden. S. 1441 – 1456.
- Der Polizeipräsident in Berlin (2010 - 2014):** Polizeiliche Kriminalstatistiken 2009 - 2013. www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/.
- Rucht, Dieter (2003):** Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale. Opladen.
- Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika (2015):** Gegen Staat und Kapital - für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie. Frankfurt / Main.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2010 - 2014):** Verfassungsschutzberichte 2009 - 2013. Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2014):** Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin 2003 - 2012. Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2009):** Im Fokus: Linke Gewalt in Berlin. Berlin.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014):** Bildungsabschluss. www.statistik-portal.de.
- Statistisches Bundesamt (2014):** Bildungsstand 2010 - 2012. www.destatis.de.

Publikationen des Verfassungsschutzes Berlin

Aktueller Verfassungsschutzbericht



Verfassungsschutzbericht 2014

1. Auflage, Berlin 2015. 192 Seiten.

Reihe IM FOKUS



Rechte Gewalt in Berlin 2003 - 2012

1. Auflage, Berlin 2014. 66 Seiten.



Scientology - Eine kritische Bestandsaufnahme

1. Auflage, Berlin 2011. 83 Seiten.



Zerrbilder von Islam und Demokratie

1. Auflage, Berlin 2011. 128 Seiten.



Linke Gewalt in Berlin

1. Auflage, Berlin 2009. 84 Seiten.



Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2006

1. Auflage, Berlin 2007. 84 Seiten.



Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins

2. Auflage, Berlin 2006. 56 Seiten (nur im Internet abrufbar).



Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens

2. Auflage, Berlin 2006. 116 Seiten (nur im Internet abrufbar).



Rechtsextremistische Skinheads

1. Auflage, Berlin 2003. 86 Seiten (nur im Internet abrufbar).

Reihe INFO



Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus

9. überarbeitete Auflage, Berlin 2015. 42 Seiten.



Rechtsextremismus in Berlin

2. Auflage, Berlin 2014. 58 Seiten.



Salafismus als politische Ideologie

2. Auflage, Berlin 2015. 66 Seiten.



Linksextremismus

1. Auflage, Berlin 2014. 66 Seiten.



Rechtsextremistische Musik

3. überarbeitete Auflage, Berlin 2012. 58 Seiten.



Islamismus

3. Auflage, Berlin 2006. 42 Seiten.

Sonstiges



Verfassungsschutz – Nehmen Sie uns unter die Lupe

1. Auflage, Berlin 2002. 19 Seiten.



Islamismus: Prävention und Deradikalisierung (DVD)

1. Auflage, Berlin 2011. 59 min.

Diese sowie weitere Publikationen des Berliner Verfassungsschutzes können Sie unter der rückseitig angegebenen Adresse sowie telefonisch unter 030 90129-440 bestellen oder im Internet unter www.verfassungsschutz-berlin.de abrufen.

Der Verfassungsschutz Berlin bietet zudem Vorträge zu den einzelnen Extremismusfeldern und zum Thema Spionage an. Nähere Informationen erhalten Sie ebenfalls unter 030 90129-440.

DER VERFASSUNGSSCHUTZ DIENT
DEM SCHUTZ DER FREIHEITLICHEN
DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG,
DES BESTANDES UND DER SICHERHEIT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND IHRER LÄNDER.